

DIE WELTWOCH



Darf dieses Plakat verboten werden? Nein

Minarette und Islam: Die neue staatliche Zensur gegen die Redefreiheit.
Von Philipp Gut, Pierre Heumann, Peter Keller und Roger Köppel

Der Lack blättert ab

Was taugt Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf? *Von Andreas Kunz*

«Wir machen auch Salat»

Wie Ringier-Manager Marc Walder seine Firma für die Zukunft rüstet.
Von Roger Köppel





Montage des Planetengetriebes im Kaliber 58

Der Senator Chronometer.

Zertifizierte deutsche Präzision und innovative Technik in klassisch elegantem Design. Sein Handaufzugwerk Kaliber 58 ist feinste Mechanik, von Hand gefertigt in der großen Tradition der Uhrenmanufaktur Glashütte Original. Erfahren Sie mehr über uns unter www.glashuette-original.com oder Telefon +49 35053 46 0.

Handwerkskunst.
Kunsth Handwerk.



Glashütte Original.
Stifter des Deutschen Uhrenmuseums Glashütte.

Glashütte
ORIGINAL

HANDMADE IN GERMANY

Panasonic
ideas for life



**AUF ALLES EINGESTELLT.
FOTO UND VIDEO IN HD-QUALITÄT.**

Mit der neuen Hybrid-Kamera Lumix TZ7 sind Sie bereit. Fangen Sie grossartige Momente auf Foto oder Video in brillanter HD-Qualität ein. Dank 25-mm-Weitwinkel-Objektiv ist Ihnen kein Motiv zu breit und mit dem optischen 12fach-Zoom kommen Sie für Fotos und Videos ganz nahe ran. Ihre Filme geniessen Sie in überragender AVCHD-Auflösung (1.280 x 720 Pixel) und Stereo-Tonqualität. Jetzt sind Sie am Drücker.



**EVERYTHING
MATTERS.**

LUMIX

AVCHD | it www.panasonic.ch

Minarette

Staatliche Zensoren wollen eine echte Debatte über Minarette und Islam verhindern. Schweizer Grossverlage bejahen die neuen Denkverbote.

Von Roger Köppel

Mehrere Schweizer Zeitungsverlage wollen ein umstrittenes Inserat nicht drucken, das eine verschleierte Frau vor einer mit gefährlich spitzen Minaretten gespickten Schweizer Flagge zeigt. Die rot-grün regierte Stadt Basel hat bereits entschieden, das entsprechende Plakat auf ihrem Boden zu verbieten. Zürich prüft noch. Die amtlichen Zensoren berufen sich auf den angeblich «rassistischen» Inhalt der Anzeige. Man will den religiösen Frieden wahren im Land. Wie man hört, haben Integrations- und Gleichstellungsbüros die Stadt beraten, die von Parteien regiert wird, die sich für besonders tolerant halten.

Bevor wir zum Grundsätzlichen kommen: Was eigentlich stellt das besagte Plakat dar? Wir sehen einen Wald von bedrohlich aufragenden Minaretten. Wie Mittelstreckenraketen oder schwarze Speere stecken die Türme auf rot-weissem Grund. Im Vordergrund steht eine dunkel verschleierte Frau, die uns rätselhaft anblickt. Drei Botschaften sind aus der Anzeige unzweifelhaft abzuleiten. Erstens: Minarette sind keine orientalischen Gebäudedekorationen, sondern Symbole der Macht. Zweitens: Hinter den Gebetstürmen steckt eine Wachstums- und Eroberungsstrategie. Drittens: Die verschleierte Frau verkörpert den Islamismus, der als totalitäre Staatsreligion bis in die intimsten Zonen seiner Bürger hineinregiert und Frauen einem verwerflichen Regime bärtiger Männer unterwirft.

Wo liegt der Skandal? Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass Minarette historisch gesehen zu den wichtigsten Symbolen islamischer Machtentfaltung gehören. Weshalb soll man sie nicht zeigen dürfen? Dass sich der Islam ausdehnen möchte, ist ebenfalls bekannt. In der Schweiz hat sich die Zahl der Muslime innerhalb der letzten anderthalb Jahrzehnte mehr als verdoppelt. Schliesslich hat es nichts mit Rassismus zu tun, aber sehr viel mit der Realität, wie sie nun einmal ist, dass Frauen in islamischen Ländern verschleiert herumlaufen müssen. Was soll an der Illustration dieser Tatsache anstössig sein? Man mag es bejahen oder verurteilen, aber es kann kein ernsthaftes Anliegen sein, eine Diskussion über diese Themen abzuwürgen, indem



Wachstums- und Eroberungsstrategie.

man ihre bildhafte, pointierte Darstellung auf einem Inserat verbietet.

Offene Gesellschaften leben von offenen Diskussionen. Keine Demokratie funktioniert ohne die harte Auseinandersetzung. Die neuen Zensoren reden von Stil, aber sie wollen Denkverbote. Sie stützen sich auf amtliche Stellen, um ihren Anschlag auf die Redefreiheit zu rechtfertigen. Leben wir neuerdings in einem Staat, in dem Gleichstellungs- und Integrationsbüros den Inhalt unserer öffentlichen Debatten bestimmen? In einer Demokratie müssen auch Meinungsäusserungen zugelassen werden, die absurd und hassenswert sind. Das Publikum möge entscheiden. Wenn wir an der Mündigkeit der Bürger zweifeln, haben wir das Vertrauen in die Demokratie verloren. Dass grosse Schweizer Städte darüber nachdenken, ein provokatives, aber triftiges Plakat abzuhängen, ist ein Skandal. Eine Schande allerdings ist es, wenn sich die grossen Schweizer Verlagshäuser durch einen Inseratboykott an der Aktion beteiligen. Journalisten, die sich für staatliche Zensur einsetzen, bewegen sich auf ganz dünnem Eis.

Ich bin kein grundsätzlicher Islamgegner, aber auch ich habe die kleinen hässlichen Stimmen im Ohr. Vor drei Jahren gingen Zehntausende von Muslimen wutentbrannt auf die Strassen, um gegen die schändliche Entweihung ihrer Religion durch ein paar harmlose Mohammed-Karikaturen in einer dänischen Zeitung zu protestieren. Der Hinweis, es sei in

westlichen Ländern üblich, auch das Allerheiligste periodisch durch den Kakao zu ziehen, verhallte ungehört. Die schäumende Masse verlangte Respekt und Rücksicht auf die eigene religiöse Sensibilität, die sie gegenüber unseren aufklärerischen Traditionen absolut setzte.

Ich fragte mich schon damals erstaunt, warum die leicht erregbaren Mohammedaner immer nur dann auf die Barrikaden steigen, wenn es gegen den Westen, die USA oder Israel geht. Meines Wissens gab es keinen vergleichbaren Massenumzug, als Osama Bin Ladens Terrorbrigaden im Namen Allahs serienweise Ungläubige umbrachten. Ist die Entweihung des Islam durch ein paar Zeichnungen gravierender als die Tatsache, dass sich eine weltweit operierende Verbrecherbande bei ihren Untaten ständig auf den Islam beruft? Man muss sich diese Fragen stellen, um das Misstrauen zu begreifen, das sich in weiten Teilen Europas gegenüber den Muslimen regt.

Selbstzensur und die vorausseilende Preisgabe der Rede- und Ausdrucksfreiheit sind keine angemessenen Antworten auf die absehbaren kulturellen Konflikte zwischen Schweizern und Muslimen. Es ist kein Rassismus, sondern Ausdruck vernünftiger Instinkte, wenn wir an einer Leitkultur festhalten möchten, die unsere gemeinsamen Werte und Erfahrungen verkörpert. Es ist legitim, keine Minarette in der Schweiz zu wollen. Es ist aber notwendig, in aller denkbaren Klarheit, Schärfe und Offenheit die politische Debatte auszutragen, die zur Klärung dieser Frage führt. Staatliche Plakatverbote sind der falsche Weg.

Hartnäckig hält sich das Vorurteil, Italien sei eine Art Bananenrepublik mit einer gleichgeschalteten Presse unter der Fuchtel von Premierminister Berlusconi. Wir haben uns die Mühe gemacht, das Vorurteil zu überprüfen. Fazit: Es ist falsch. Berlusconi mag aus eigener Kraft die Schlagzeilen und die Fernsehnachrichten beherrschen, aber er ist nicht der allein herrschende Medienzar, als den ihn die erstaunlich gleichgeschaltete Presse von *Guardian*, *Woz*, und *NZZ* bis hin zur *International Herald Tribune* und zum *Tages-Anzeiger* beschreibt. Tatsache ist: Die wichtigsten italienischen Tageszeitungen *Repubblica* und *Corriere della Sera* stehen pickelhart gegen den Premier. Berlusconis *Giornale* ist unter den fünf grossen Blättern das unbedeutendste. Es gibt acht Fernsehkanäle von nationaler Bedeutung, darunter drei staatliche Sender, drei Berlusconi-Kanäle, La 7 sowie Sky von Murdoch. Die Anti-Berlusconi-Sender sind 4:3 im Vorteil.

Anschlussfrage: Wären die zahlreichen Schweizer Kulturschaffenden, die sich so beherzt für den geständigen Sexualtäter Roman Polanski ins Zeug legten, auch bereit, dem italienischen Premier seine rechtlich immerhin einwandfreien Affären zu verzeihen?

A woman with her hair pulled back, wearing a long, brown, textured coat over a white turtleneck and white trousers. She is looking over her shoulder towards the camera. The background is a soft, out-of-focus grey.

windsor.

HOLY FASHION GROUP



«Wir packen die Politik nicht in Watte ein»: Ringier-Chef Walder. Seite 54

Interview

54 «Zivilisierende Wirkung des Marktes»

Zum 50. Geburtstag des Boulevardblattes *Blick* unterhalten wir uns mit Ringier-Chef Marc Walder – eine Fachsimpelei

Stil & Kultur

58 **Stil & Kultur** Lilo lacht

60 **Namen** Von Isabella Rossellini bis Lindsay Lohan

61 **MvH** Meine People

62 **Im Gespräch** Jim Gerber, Uhrenhändler

63 **Luxus** Höchste Zeit für Platin

64 **Auto** Alfa Romeo MiTo

67 **Objekte** Näh- und Stickmaschine von Bernina

67 **Wein** Meursault Les Grands Charrons 2004

68 **Bestseller**

68 **Der vergiftete Wald**

Mit dem Horrorthriller «Glister» erweist sich der schottische Schriftsteller John Burnside als einer der brillantesten und entsetzlichsten Romanciers unserer Zeit

70 **Jazz** Jan Garbarek Group

70 **Film** «Giulias Verschwinden»

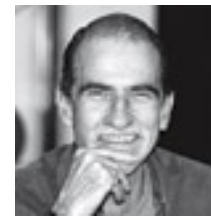
71 **Deutschland, ein Bilder Märchen** Thomas Demand in Berlin

72 **Doppelpass** Fototermin: Folge 45 des Fortsetzungsromans

74 **Hochzeit** Tanja Warman und Guido Urbach

Autoren in dieser Ausgabe

Peter Achten



Bekannt wurde der gebürtige Basler beim Schweizer Fernsehen, wo er ab Mitte der siebziger Jahre die «Tagesschau» moderierte. Heute lebt und arbeitet Peter Achten als freier Asien-Korrespondent in Peking. Für die *Weltwoche* beschreibt er die Folgen der chinesischen Einkind-Politik. Seite 52

Dominik Flammer



Bis 2001 war Dominik Flammer als Wirtschaftsredaktor bei der *Weltwoche* tätig. Heute arbeitet er an der HWV St. Gallen ausgebildete Betriebswirtschafter als freier Wirtschaftsjournalist. In dieser Ausgabe lesen Sie sein Interview mit dem Ökonomen Ernst Fehr. Seite 34

www.weltwoche.ch

Digitales Archiv

Von der Gründung 1933 bis zum Mordfall Kehrsatz 1988/89: Wir haben einige der brisantesten Zeitabschnitte aus unserem Archiv digitalisiert. Abonnenten können diese Ausgaben im Volltext durchsuchen und Artikel 1:1 als PDF herunterladen.
www.weltwoche.ch/historisch

Weltwoche-Videokommentar

Direkt aus dem Redaktionsbüro senden wir jeden Montag den *Weltwoche*-Videokommentar. Chefredaktor Roger Köppel und weitere Autoren präsentieren in drei bis vier Minuten ihre Ansichten zu den brennenden Themen der Woche. Der Kommentar wird jeweils ab 15 Uhr auf der Homepage geschaltet.
www.weltwoche.ch/videokommentar

Platin-Club

Spezialangebot: Argentinisches Musical «Tanguera»: 20% Rabatt auf die Vorstellungen vom 17., 22. und 26. November 2009, Theater 11 in Zürich
Spezialangebot: Schachkurs der besonderen Art. Melden Sie sich jetzt an! 31. Oktober 2009, Zürich
Spezialangebot: Abonnenten profitieren von 15% Rabatt auf vier Konzerte von Obrasso Classic Events
Produkt des Monats: 37% Rabatt auf digitalen 10-Zoll-Fotorahmen von Philips. Fr. 189.– statt Fr. 301.–
Mehr auf www.weltwoche.ch/platinclub



INSTRUMENTS FOR PROFESSIONALS™

Pure **performance** Absolute **precision**

WWW.BREITLING.COM



Navitimer World

Der Kult-Chronograph von Breitling in GMT-Version mit zweiter Zeitzoneanzeige. Offiziell COSC-zertifizierter Chronometer.

GEOXX

A T M E T



GEOX BREATHING SYSTEM



Trage Geox. Erlebe dank der exklusiven und patentierten atmungsaktiven Systeme ein neues Wohlgefühl.
Erfunden und designed in Italien.

International Patent

are trademarks of Geox Spa

Geox - Respira -

GEOX.com

Sieg der Ungeliebten

Von Daniel Hannan — Nach dem Ja der Iren zum Lissabon-Vertrag sollten sich die Eurokraten nicht zu früh freuen. Kommen in London die Konservativen an die Macht, werden sie Gegensteuer geben.



Die Wirtschaftskrise hat mitentschieden: irische Lissabon-Befürworter.

Diesmal sind die Eurokraten keine Risiken eingegangen. Die irischen Befürworter des Lissabon-Vertrags liessen sich ihre Kampagne zehnmal so viel kosten wie die Gegner. Die Europäische Kommission finanzierte Pro-Lissabon-Propaganda und forderte damit ihre eigenen Regeln heraus. Wenige Tage vor der Wahl – und erneut in Widerspruch zu ihren eigenen Regeln – kündete sie Unterstützungsgelder für einen irischen Grossbetrieb an.

Brüssel scheint ausserdem Druck auf irische Wirtschaftsführer ausgeübt zu haben. Zwei prominente Unternehmer unterstützten die Ja-Kampagne: Jim O'Hara von der irischen Intel-Gruppe und Michael O'Leary von Ryanair. Beide hatten gute Gründe, das Wohlwollen der EU zu suchen. Intel Irland rekuriert gegen eine Busse in Milliardenhöhe, zu der die Kommission den Konzern verurteilte. O'Leary, der die EU einst als Reich des Bösen bezeichnete, brauchte die Zustimmung von Brüssel, um Aer Lingus kaufen zu können. Inzwischen hat er mehr oder weniger offen zugegeben, dass dies der Grund für seinen Seitenwechsel war.

Als würde das nicht genügen, unterstützte ausser der winzigen Sinn Féin jede politische Partei den Lissabon-Vertrag. Dasselbe taten die Zeitungen. Um ganz sicherzugehen, änderte die irische Regierung die Verfahrensregeln bei Referenden, die zuvor beiden Seiten gleich viel

Anspruch auf Öffentlichkeit garantiert hatten. (Eine Folge davon wird sein, dass alle künftigen Referenden Irlands unausgewogen sein werden.) Die EU, undemokratisch in ihren eigenen Strukturen, verlangt also von ihren Mitgliedstaaten, auch im eigenen Land Regeln ihrer Demokratie zu opfern.

Es hätte dennoch nicht für ein Ja ausgereicht, wenn die Wirtschaftslage anders gewesen wäre. Die Kreditkrise traf Irland härter als jeden anderen EU-Staat. Seine Lage wurde durch die Währungszugehörigkeit zum Euro verschlechtert, die es gezwungen hatte, zu Boomzeiten die Zinsen tief zu halten. Die Kreditkrise liess das nationale Selbstbewusstsein einbrechen. Obwohl der Lissabon-Vertrag nichts mit der Wirtschaft zu tun hatte, herrschte das Gefühl vor, die irischen Institutionen hätten versagt und das Land müsse Teil von etwas Grösserem werden.

Paradoxerweise half die Unbeliebtheit der irischen Regierung der Ja-Kampagne. Irische Politiker, vor allem regierende, werden vom Volk verabscheut. In normalen Zeiten hätte ihr Ja zum Vertrag die Wähler vermutlich zur Ablehnung motiviert. Aber diesmal verlagerte das Ausmass der Krise die Argumentation auf eine andere Ebene. «Seht, was für eine Sauerei diese Idioten angerichtet haben», sagten die Lissabon-Befürworter. «Wenn uns die Eurokraten regiert hätten, wären wir besser dran.»

Dieses Argument wurde sehr explizit vorgebracht. Irlands grösste Tageszeitung eröffnete am Tag nach der Wahl den Leitartikel auf der Frontseite mit folgenden Worten: «Kann bitte jemand kommen und uns übernehmen? Irgendjemand? Es ist uns egal, ob ihr Europäer seid und wir euch nicht trauen. Ihr werdet genügen.» Wie immer wurde die europäische Integration nicht aus Hoffnung, sondern aus Verzweiflung bejaht. Dasselbe traf auf mein eigenes Land zu, das EU-Mitglied wurde, als es in den siebziger Jahren auf dem absoluten Tiefpunkt war. Zehn Jahre früher wäre ein Ja für den Beitritt ebenso undenkbar gewesen wie zehn Jahre später. Wir hätten den nötigen Pessimismus nicht aufgebracht.

Fremder Apparat

Was geschieht als Nächstes? Tschechien und Polen müssen den Vertrag noch ratifizieren. In beiden Staaten wurde der Vertrag bereits von den verschiedenen Kammern des Parlaments genehmigt. Er muss nur noch von den Regierungschefs unterzeichnet werden.

Polens Präsident Kaczynski zeigt wenig Begeisterung für Lissabon und bestand darauf, erst zu unterzeichnen, wenn die Resultate aus Irland vorliegen. Angeblich will er den Vertrag aber bald ratifizieren. Tschechiens Präsident Klaus ist ein zäherer Fall. Der Thatcherist findet den Vertrag schlecht für Freiheit, Demokratie und Souveränität. Eine Gruppe Euro-skeptischer Senatoren, die ihm nahestehen, reichte beim Verfassungsgericht Klage gegen den Vertrag ein. Präsident Klaus will den Gerichtsentscheid abwarten, bevor er seinen Entscheid bekanntgibt. Bereits jetzt wird er vom EU-Establishment mit Drohungen gegen seine Person und seine Republik unter heftigen Druck gesetzt. Aber die Eurokraten haben möglicherweise nicht die Statur ihres Widersachers. Klaus ist kein Politiker, sondern ein Akademiker mit strengen Prinzipien, der weiss, was es bedeutet, wenn sein Land von einem fremden Apparat regiert wird.

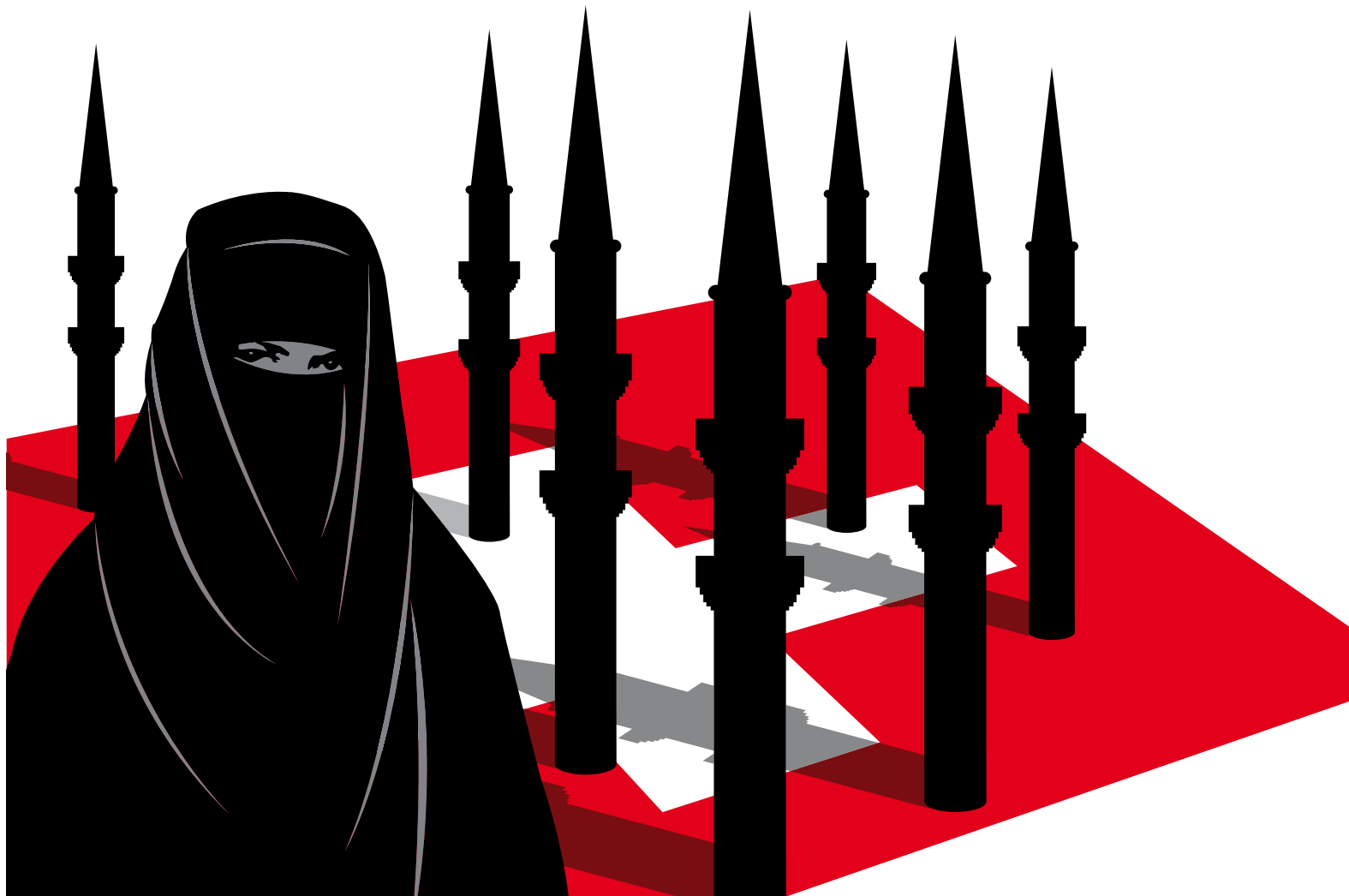
Das Timing wird eine entscheidende Rolle spielen. David Cameron, Parteichef der britischen Konservativen, versprach, Grossbritanniens Ratifizierungsregeln ausser Kraft zu setzen und ein Referendum abzuhalten. Die Gesetzgebung ist bereits entworfen und soll in den ersten Stunden der neuen Tory-Regierung abgesegnet werden, falls der Vertrag bis dahin noch nicht in Kraft getreten ist. Da Grossbritannien mit überwältigendem Mehr gegen den Lissabon-Vertrag stimmen würde, ist dessen Schicksal eine Frage des Datums. Die britischen Wahlen finden voraussichtlich Anfang Mai 2010 statt. Kann Präsident Klaus seinen Entscheid so lange hinauszögern?

Daniel Hannan ist Kolumnist des britischen *Daily Telegraph* und seit 1999 als Konservativer Mitglied des Europaparlaments.

Übersetzung Beatrice Schlag

Rot-grüner Wächterrat

Von Philipp Gut — Das Minarett-Plakat der SVP soll flächendeckend verboten werden. Ein neuer Wächterrat aus amtlichen Zensoren und grossen Zeitungsverlagen sieht die Demokratie in Gefahr. Die Gesinnungshüter wollen die Redefreiheit beschneiden.



Mit einem Verbot des Turms würde die Ausübung des islamischen Glaubens nicht behindert: Plakat der Minarett-Gegner.

Das Thema ist heiss, so heiss, dass sich nicht einmal die SVP die Finger daran verbrennen will. Im Abstimmungskampf um die Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» hält sich der ehemalige Bundesrat Christoph Blocher vornehm zurück. Und Ernst Stocker, SVP-Kandidat für den Zürcher Regierungsrat, weicht von der Parteilinie ab und unterstützt die Initiative nicht – eine Haltung, für die Kantonalparteipräsident Alfred Heer öffentlich Verständnis zeigte.

Zu polarisierend scheint das Anliegen, zu umstritten die Kampagne, mit der die Befürworter für ihre Initiative werben. Neuen Schub erhielt die Debatte diese Woche: In die von Nervosität, Rücksichten und Tabus geprägte Auseinandersetzung platzte die Nachricht, dass der Kanton Basel-Stadt ein Plakat der Initianten verbietet. Es zeigt Minaretttürme auf einem Schweizer Kreuz und eine schwarz ver-

schleierte Frau. Dazu der Text: «Stopp. Ja zum Minarettverbot».

Verbot des Verbots

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie: Durch das Verbot des Verbotsplakats ist, knapp zwei Monate vor der Abstimmung am 29. November, das Thema Minarette und Islam zuoberst auf die politische Agenda gerückt. Vor allem aber haben die Behörden eine Diskussion um die Meinungsäusserungsfreiheit provoziert. Denn auch andere Städte wie Zürich, Winterthur, Luzern und Churerwogen bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe ein Verbot des Plakats.

Obrigkeitliche Eingriffe solcher Art scheinen im Trend zu liegen. Kürzlich wurden weitere Werbeaktivitäten im öffentlichen Raum auf den Index gesetzt: Die Stadt Zug untersagte eine Kampagne der atheistischen Freidenker-Vereinigung mit der Botschaft: «Da ist

wahrscheinlich kein Gott. Also sorg dich nicht – geniess das Leben». Luzern hatte das Plakat ebenfalls verboten, krebste dann aber wieder zurück.

Die neue Lust am Verboten erstaunt. Warum, um Himmels willen, drängt der Staat mit solcher Vehemenz in die Rolle des Oberzensors?

Verlage vorne dabei

Noch erstaunlicher wirkt, dass er dabei von den Medien – wie man annehmen müsste, die natürlichen Verfechter der Meinungsfreiheit – sekundiert wird. Der Ringier-Konzern und der *Tages-Anzeiger*, sonst, etwa bei Sexanzeigen, ohne Berührungsängste gegenüber grenzwertigen Botschaften, lehnen es ab, das Minarett-Inserat zu publizieren. Res Strehle, Co-Chefredaktor des *Tages-Anzeigers*, verstieg sich sogar in einem Kommentar zur Aussage, die Verbote seien «ein Zeichen von Weltoffenheit».

Das Verhalten der eifrigen Zensoren und beinahe noch eifrigeren Selbstzensoren wirft Fragen auf. Wie kommen die Behörden dazu, ein politisches Plakat zu verbieten? Was steckt hinter der nahezu selbstmörderischen Art, mit der die Medien auf den Verbotszug aufspringen? Scheut man vielleicht eine inhaltliche Auseinandersetzung?

Rassistisch und frauenfeindlich

Aufschlussreich ist zunächst, wie der Basler Entscheid zustande kam. Es ging ruck, zuck, wie der *Tages-Anzeiger* lobt («Basel-Stadt hat mit dem Plakat der Minarett-Gegner kurzen Prozess gemacht»): «Das Bau- und Verkehrsdepartement konsultierte die Gleichstellungs- und Integrationsbüros, nahm den Gesetzestext zur Hand und befand: «Das Sujet ist ein klarer Verstoss gegen Paragraph 7 der Plakatverordnung.»» Dieser untersagte Kampagnen mit «rassistischem oder Geschlechter diskriminierendem Inhalt». Grundlage für das Verbot war demnach die Einschätzung, das Plakat sei rassistisch und/oder geschlechterdiskriminierend. Im Klartext: rassistisch und frauenfeindlich.

Die Argumentation erstaunt einigermassen. Was soll an den Minaretttürmen auf rot-weissem Grund «rassistisch» sein? Wird hier eine Rasse herabgesetzt? Wenn ja: welche? Ebenso wenig leuchtet ein, warum die Illustration einer Frau in Burka eine diskriminierende Beleidigung für das weibliche Geschlecht darstellen sollte.

Das Plakat hat eine klare, eher unzimperlich formulierte Aussage: Es warnt vor einer als zunehmend geschilderten Islamisierung der Schweiz. Dazu kann man politisch stehen, wie man will. Man kann die Lage so oder anders sehen. Aber nur unter akrobatischen intellektuellen Verrenkungen wird man die Bildsprache als «rassistisch» taxieren können.

Leicht verwundert nimmt man überdies zur Kenntnis, welche Instanzen in Basel offenbar einen Entscheid von solcher Tragweite beeinflussen.

Sind die konsultierten «Gleichstellungs- und Integrationsbüros» juristisch gerüstet und unabhängig genug, um auf diese einschneidende Weise in die Meinungsäusserungsfreiheit und den politischen Prozess einzugreifen? Setzen sich die Behörden damit nicht dem Verdacht aus, über Gesinnungen und politische Vorlieben zu urteilen?

Dieser Anschein besteht leider. Man gewinnt den Eindruck einer talibanartigen Gesinnungspolizei, eines rot-grünen Wächterrats, der entscheidet, was gesagt und plakatiert werden darf – und was nicht. In einer Demokratie wie der Schweiz sollte es doch erlaubt sein, eine unbefangene politische Diskussion darüber zu führen, ob Minarette erwünscht sind oder nicht. Und für die eigenen Positionen im Abstimmungskampf zu werben. >>>

Islam

«Jetzt geht es wieder rückwärts»

Sollen die Plakate der Minarett-Gegner verboten werden? Henryk M. Broder über Toleranz. Von Peter Keller

Einzelne Gemeinden in der Schweiz haben das Plakat der Minarett-Gegner verboten. Zu Recht?

Nein. Wir haben es mit einer der üblichen Vorausleistungen zu tun. Aus der Hoffnung geboren, gewaltsamen Aktionen zuvorzukommen. Das Plakatverbot wird allerdings nichts nutzen. Für die Debatte ist das Verbot sogar gut.

Wie sehen Sie das Plakat?

Ich sehe eine harmlose Untertreibung. Es gibt demografische Entwicklungen, die wir nicht verdrängen können. Die Schweiz ist ein christlich grundiertes Land, in dem Christen die Kultur bestimmen, was sich bisher nicht zum Nachteil anderer Religionen ausgewirkt hat. Nun stellen wir die Zunahme einer einzelnen Religion fest, die bedrohlich wird. Ich kann es den Schweizern nicht übelnehmen, dass sie sich wehren.

Wofür steht das Minarett im Islam?

Das Minarett steht für die visualisierte Präsenz und den Herrschaftsanspruch des Islam.

Was soll ein Minarett-Verbot bewirken?

Ich durchschaue die Initiative nicht. Man kann Minarette zulassen oder verbieten. Es kann aber nicht sein, dass Minarette ab fünfzehn Metern verboten werden und, wenn sie kleiner sind, nicht.

Wo bleibt die Religionsfreiheit?

Diese besteht nicht darin, dass jeder jederzeit seinen Glauben überall ausüben kann. Dafür gibt es Kirchen, Synagogen, Moscheen und andere Gotteshäuser. Was wir jetzt mit den Muslimen als Avantgarde erleben, ist die Klerikalisierung des öffentlichen Raumes. Wir haben zweihundert Jahre gebraucht, um die Religion zu privatisieren – jetzt geht es wieder rückwärts.

Sie sind ein Pessimist.

Nein. Es hat sich eine neue Form von Religionsfreiheit breitgemacht. Sie wird so verstanden, dass man das Recht hat, seine Religion zu wählen. Dabei ist vom Recht, keine Religion zu haben, überhaupt keine Rede mehr. In einer säkularen Gesellschaft ist das Recht, areligiös oder antireligiös zu sein, ein Grundrecht. Heute geht es um religiösen Dialog und um interreligiöse Aktivitäten. Immer unter der Voraussetzung, dass die Menschen an Gott glauben. Die «Ungläubigen» werden dabei regelrecht exkommuniziert. Damit hat sich die isla-



«Für die Debatte ist das Verbot gut»: Broder.

mische Anschauung von Glauben und Unglauben durchgesetzt.

Wie müsste eine offene Islam-Debatte aussehen?

Die entscheidende Frage ist, wie Europa sein will. Wenn Europa sich entscheidet, ein Anhängsel Arabiens zu werden, sollte es wenigstens eine bewusste Entscheidung sein.

Kann sich der Islam von innen heraus reformieren?

Ja. Ich mag nur nicht fünfhundert Jahre darauf warten. Es gibt viele liberale Muslime. Ich habe gestern Abend mit zwei Türken zusammengesessen, kein Witz, die sich Sorgen über Deutschland machen. Dass zu viele Ausländer herkommen, die nicht arbeiten wollen. Der eine, 35 Jahre alt, ist in Deutschland geboren. Der andere, Mitte vierzig, ist als Kind nach Deutschland eingewandert.

Gibt es für Sie eine Grenze der Religionsbeleidigung?

Ja, bei der Störung des Religionsfriedens. Das ist im deutschen Strafgesetzbuch sehr vernünftig geregelt. Sie dürfen nicht in eine Kirche oder Synagoge eindringen und Krach machen. Aber es gibt keine Grenze bei der Religionskritik. Egal, wen sie trifft.

Henryk M. Broder (*1946) ist Publizist und Autor der Bücher «Hurra, wir kapitulieren. Von der Lust am Einknicken» und «Kritik der reinen Toleranz».

Sakralbauten

Keine Chance für einen Kirchturm

Höher, mächtiger, wichtiger: Muslime nutzen Architektur als Instrument der Macht. *Von Pierre Heumann*

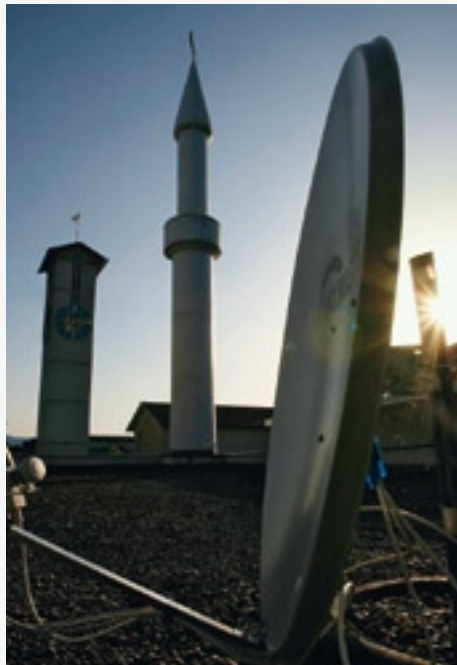
Schüchterne Anfrage aus Saudi-Arabien an die Schweiz: Der Dachverband islamischer Staaten wolle wissen, was es mit der Minarett-Initiative auf sich habe. Er befürchte eine Einschränkung der Religionsfreiheit für Muslime in der Schweiz, meinte er im Januar 2008 in einer diplomatischen Note. Da war es denn nur folgerichtig, dass er ebendieses Thema wenige Monate später nochmals aufs Tapet brachte und sich besorgt über die «Islamophobie» in der Schweiz äusserte, wie sie in der Minarett-Initiative zum Ausdruck komme.

Die Forderung nach Toleranz ist allerdings asymmetrisch. Und heuchlerisch.

Nicht in allen arabischen Staaten sind Kirchen und Pfarreien zugelassen. Und wenn sie toleriert werden, sind die Bedingungen oft einschneidend. In Katar durften Katholiken zwar vor zwei Jahren erstmals seit mehreren hundert Jahren ein Gotteshaus einweihen. Doch die Auflage der Behörden war klipp und klar: Von aussen dürfen keine religiösen Zeichen sichtbar sein. Christliche Symbole seien nur innerhalb der Mauern toleriert. Deshalb sagte Paul Hinder, Bischof von Arabien, im Dezember 2008 der *Weltwoche*: «Hätte ich diese Bedingung nicht akzeptiert, wäre mein Baugesuch abgelehnt worden.» Den Bau eines Kirchturms habe er deshalb schon gar nicht beantragt. Er hätte keine Chance gehabt.

Architektur als Machtinstrument hat Tradition: Muslime und Christen wetteifern seit jedarüber, werden höchsten, den mächtigsten Bau sein Eigen nennt. Der Streit dauert bis in die Gegenwart an. Muslime in Nazareth wollen zum Beispiel neben der Verkündigungsbasilika eine Moschee errichten, die das bisherige Wahrzeichen der Stadt (buchstäblich) in den Schatten stellen soll.

Weil die Städte des Nahen Ostens in den ersten Jahrhunderten des Islam durch Kirchenbauten geprägt waren, liess die muslimische Oberschicht mondäne Moscheen errichten. Der Islam als junge Religion wollte mit dem Bau von Moscheen zeigen, wer Herr im Land ist. Dabei setzte er stets die Forderung durch, dass die Minarette höher zu sein hatten als die Kirchtürme. Das wurde im ganzen Orient zur Praxis. Bereits die Kuppel auf dem Felsendom, den die islamischen Eroberer neben der christlichen Grabeskirche im späten 7. Jahrhun-



Minarett und Kirchturm in Zürich.

dert bauten, sollte alles andere überragen. Immer wieder lässt sich das Muster erkennen, wonach Muslime die Moschee erst bauen, nachdem ein nichtislamisches Gotteshaus errichtet wurde – das hatte bereits vor knapp hundert Jahren der auf den Nahen Osten spezialisierte Architekturhistoriker Keppel A. C. Creswell festgestellt. Das Minarett sah er als Nachahmung des Kirchturms, den die damaligen Herrscher im Nahen Osten, die Omayyaden, der syrisch-orthodoxen Kirche abgesehen hatten. Und wenn eine Stadt erst mal erobert war, machte man mit christlichen Gotteshäusern kurzen Prozess. Die byzantinische Hagia-Sophia-Kirche im damaligen Konstantinopel wurde im 15. Jahrhundert nach der Eroberung in eine Moschee zwangsmutiert.

Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts gingen christliche Bauherren wieder in die architektonische Offensive und erstellten Sakralbauten von symbolischem Wert. Kaiser Wilhelm II. besuchte im Jahre 1898 Jerusalem, um den Anspruch des Deutschen Reichs im Heiligen Land zu untermauern. Er liess im Süden der Stadt die burgartige katholische Dormitio-Kirche bauen und im Innern der Jerusalemer Altstadt die Erlöserkirche – und Architektur wurde erneut zum Abbild eines imperialistischen Machtstrebens.

Inhaltlich stellt sich die Frage, was ein Minarett-Verbot überhaupt bewirken würde. Klar ist: Das Minarett wird im Koran an keiner Stelle erwähnt. Es gibt weltweit Tausende von Moscheen, die ohne den Gebetsturm auskommen. Mit einem Verbot würde die Ausübung des islamischen Glaubens also nicht behindert.

Beten ohne Gebetstürme

Ein weiterer Streitpunkt betrifft den Symbolgehalt des Minaretts. Ist es bloss architektonisches Beiwerk oder bezeugt es den Machtanspruch des Islam? Dazu schrieb der Orientalist Thomas Widmer, heute Journalist beim *Tages-Anzeiger*, vor zwei Jahren in der *Weltwoche*: «Das Minarett, vertikale Manifestation des Islam, soll in der muslimisch geprägten Stadt alle anderen Bauwerke überragen. Insbesondere die der Konkurrenzreligion Christentum – sofern Kirchen überhaupt zugelassen sind, denn Saudi-

«Das Minarett ist eine Art Siegesturm, das sichtbare Zeichen der Gegenwart des Islam.»

Arabien zum Beispiel duldet keine Häuser fremder Religionen und hat alle Spuren des Christentums getilgt.»

Im Lauf der islamischen Eroberungen wurden Minarette zuerst als Wacht- und erst später als Gebetstürme eingesetzt. Der türkische Ministerpräsident Erdogan sagte es einmal so: «Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.»

Ohne südländische Machorhetorik, aber dennoch unmissverständlich beschreibt die deutsche Orientalistin Annemarie Schimmel den Sachverhalt: «Das Minarett ist eine Art Siegesturm, das sichtbare Zeichen der Gegenwart des Islam in einem neu eroberten Gebiet.»

Vor diesem Hintergrund und angesichts der rasant steigenden Zahl der Muslime in der Schweiz – 1980 lebten 56 000 Menschen mohammedanischen Glaubens hier, heute sind es gegen eine halbe Million – scheint die Diskussion darüber legitim, wie wir mit der Minarett-Frage umgehen wollen. Auch in zugespitzter Art und Weise.

PS: Im Jahr 1966 raffte sich Papst Pius VI. zu einer revolutionären Tat auf. Er schaffte den Index Librorum Prohibitorum, die berühmte und berüchtigte Liste der von der katholischen Kirche verbotenen Bücher, ab. Im Vatikan hielt man sie nicht mehr für zeitgemäss.

Ein knappes halbes Jahrhundert später scheint die Schweiz drauf und dran zu sein, unliebsame Drucksachen erneut auf eine Art Index zu setzen. Diesmal nicht im Namen Gottes, sondern in demjenigen der politischen Korrektheit. ○

Kunst der Verdrängung

Von Philipp Gut — Der grosse Architekt Le Corbusier war ein Bewunderer Adolf Hitlers. Trotzdem ziert er die Schweizer Zehnernote. Eine kritische Diskussion findet nicht statt.



«Zur Vergangenheit von Le Corbusier geben wir keine Stellungnahme ab»: Zehn-Franken-Note.

Die Verdrängungsleistung beeindruckt. Le Corbusier, der grosse Schweizer Architekt und Designer, gilt weltweit als Lichtgestalt, seine Möbel sind Klassiker, seine Bauten Ikonen der Moderne. Doch neben Glanz und Ruhm gibt es in seinem Leben auch dunkle Seiten, die allerdings kaum beachtet werden. Der Schweizer, der 1930 die französische Staatsbürgerschaft angenommen hatte, diente sich im Zweiten Weltkrieg dem Vichy-Regime an, das mit den Nazis kollaborierte. Le Corbusier wurde offizieller Mitarbeiter im Rumpfstaat von des Führers Gnaden. Mehr noch: Er bewunderte Hitler und verachtete die Juden (*Weltwoche* 40/09).

Am selben Tag, an dem Vichys Führer Marschall Henri Pétain die «Kollaboration» mit dem Dritten Reich ausgerufen hatte, schrieb Le Corbusier seiner Mutter einen hoffnungsvollen Brief. «Wenn es ihm mit seinen Ankündigungen ernst ist», heisst es im Schreiben vom 31. Oktober 1940, «kann Hitler sein Leben mit einem grossartigen Werk krönen: der Neugestaltung Europas.» Über die Juden schrieb Le Corbusier, «dass ihr blinder Durst nach Geld das Land korrumpiert hat». Der Antisemitismus ist eine Art Konstante in Le Corbusiers Biografie. Schon als junger, aufstrebender Künstler hatte er in Bezug auf seine Heimatstadt La Chaux-de-Fonds geschrieben: «Der kleine Jude wird sicher eines Tages bezwungen werden.

Ich sage «kleiner Jude», denn hier kommandieren sie herum, schlagen Krach und plustern sich auf, und ihre Väter haben praktisch die gesamte ortsansässige Industrie geschluckt.»

Es überrascht: Obwohl die historischen Fakten auf dem Tisch liegen, ist bis heute keine wirkliche Diskussion über Le Corbusiers politische Verstrickungen in Gang gekommen.

Gebaute Apartheid

Im Gegenteil: Der grosse Architekt ziert die Schweizer Zehnernote, eine Art offizielle Würdigung als herausragende Persönlichkeit des Landes. Das scheint, aus zwei Gründen, eher merkwürdig. Der erste entbehrt nicht einer gewissen Ironie: Der Geehrte leugnete in einem Lebenslauf zuhanden des Vichy-Regimes seine Schweizer Herkunft, weil er glaubte, dass sie ihn an einer Karriere im Nazi-freundlichen Staat hindern könnte. Die Schweiz belächelte er, weil sie ihm mit ihren demokratischen Gepflogenheiten ungeeignet schien für seine urbanistischen Grossprojekte.

Zweitens stellt sich die Frage: War es wirklich ein durchdachter und richtiger Entscheid, einen rabiaten Antisemiten, Kollaborateur und Hitler-Bewunderer derart auszuzeichnen und zu ehren?

Der Verantwortung für die Wahl lag bei der Schweizerischen Nationalbank (SNB), die aber

auf eine Gruppe von Experten zurückgriff, mehrheitlich Professoren. Sie schlugen Le Corbusier vor, offenbar ohne die geringsten Bedenken – und womöglich auch ohne Kenntnis des historischen Sachverhalts.

Jedenfalls fehlt in einem biografischen Abriss auf den Internetseiten der Nationalbank jeder Hinweis auf die Jahre, die Le Corbusier in Vichy verbrachte. Kein Wort davon, dass er im Kollaborations-Regime verschiedene Funktionen bekleidete. Kein Hinweis auch darauf, dass er für Stalin in Moskau baute, dass er Mussolini seine Dienste antrug. Darunter einen Plan für Addis Abeba, das er, auf der Grundlage einer strengen städtebaulichen Apartheid, zum repräsentativen Machtzentrum Italienisch-Ostafrikas ausbauen wollte.

Dass die problematischen Seiten Le Corbusiers so wenig diskutiert, ja grösstenteils ausgeblendet und verdrängt werden, überrascht umso mehr, als es bei der Einführung der aktuellen Notenserie zu einer Debatte um eine andere Persönlichkeit kam: um Jacob Burckhardt, den originellen Basler Kulturhistoriker des 19. Jahrhunderts. Im Juni 1998 reichte der damalige Genfer SP-Nationalrat und heutige Uno-Funktionär Jean Ziegler eine Interpellation ein, in der er, unterstützt von prominenten Kollegen wie Regine Aepli, Boris Banga, Franco Cavalli, Andrea Hämmerle oder Rudolf Strahm, vom Bundesrat wissen wollte, ob die neue Tausendernote «angesichts der antisemitischen Haltung von Jacob Burckhardt» nicht «sofort zurückgezogen werden» müsse.

In seiner Antwort beschied der Bundesrat, die Nationalbank sei dafür allein zuständig. Und diese wiederum verwies in einer Stellungnahme auf die «Empfehlung» der Experten-Gruppe. Eine «Würdigung des Gesamtwerkes» von Jacob Burckhardt dürfe nicht nur aus dem «Blickwinkel» des Antisemitismus erfolgen.

Das ist zweifellos richtig. Doch die Frage bleibt, und sie stellt sich bei Le Corbusier, der sich im Augenblick der Judenvernichtung antisemitisch äusserte und sogar Hitler bewunderte, in ungleich schärferer Form: Soll man solche Figuren auf Banknoten verewigen? Nicolas Haymoz, Sprecher der Nationalbank, sagt dazu bloss: «Zu Charakter und Vergangenheit von Le Corbusier geben wir keine Stellungnahme ab.»

In einem Kommentar zur Le-Corbusier-Titelgeschichte in der letzten *Weltwoche* schrieb das Architekturmagazin *Hochparterre*: «Wie kam es, dass im Bewusstsein der Öffentlichkeit Le Corbusier und seine Entourage ein Heldenbild aufbauen konnten, das bis heute so strahlenkräftig ist und all die dunklen Seiten ausklammert?»

Eine gute Frage, zu der man gern einmal Erhellendes von der Zunft erfahren würde. Jean Ziegler, der Anstösser der Debatte um Burckhardt, sagt heute: «In Architekturbüchern steht Le Corbusier als grosser Held da.» Der «Skandal» um seine Vergangenheit müsse endlich thematisiert werden. ○

Kalte Enteignung

Von Peter Keller — Gegenseitige Anschuldigungen, widerspenstige Studenten und eine Strafanzeige gegen den HSG-Verwaltungsdirektor: An der Hochschule St. Gallen ist ein Machtkampf zwischen der Uni-Leitung und einem Studentenverein ausgebrochen.



«Eine Art Notrecht»: Mitglieder des Forums HSG.

Wenn Studenten gegen ihre eigene Universität vor Gericht ziehen, muss Gravierendes vorgefallen sein. Seit dieser Woche liegt eine Strafanzeige gegen die Hochschule St. Gallen und ihren Verwaltungsdirektor Markus Brönnimann vor. Eingereicht hat die Ehrverletzungsklage eine Gruppe von Studenten. Sie wehrt sich gegen Anschuldigungen, die von der Universitätsleitung gegenüber ihrem Verein Dialog-Klub erhoben wurden. Es ist die Rede von Bereicherung, Missbrauch, Veruntreuung.

Mit dieser Klage hat ein Kulturkampf an der HSG seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Auf der einen Seite steht eine Gruppe Studenten, die unternehmerischer und unabhängiger handeln möchten. Gegensteuer gibt der Universitätsapparat, der einen «Missbrauch einzelner Studierender» und Bereicherungsabsichten wittert.

Auslöser des Konflikts ist das Forum HSG, ein Uni-interner Anlass, der dazu dient, den

Weg in die Berufswelt zu ebnen. Rund 1500 Studierende und Absolventen und rund einhundert Unternehmen nutzen die jährlich stattfindende Veranstaltung, um sich zu präsentieren und die mühsame Suche nach Stellen beziehungsweise jungen Talenten abzukürzen.

Lukrativer Grossanlass

1984 lancierte der St. Galler Wirtschaftsstudent Karl Gernandt die Idee einer solchen Veranstaltung. Seither organisiert die Studentenschaft das Forum ehrenamtlich im Auftrag der Universität. 2008/2009 zeichnete sich erstmals der Dialog-Klub verantwortlich für die Durchführung. Sein Mandat erhielt der Verein durch die Mitgliederversammlung der AIESEC, einer internationalen Studentenorganisation, die an der Universität St. Gallen (wie an acht weiteren Schweizer Hochschulen) aktiv ist und bisher für die Organisation des Forums HSG aufkam.

Mit Stolz verweist das Forum HSG auf seine 25-jährige Tradition als «studentische Initiative von Studenten für Studenten». Genau hier liegt der Knackpunkt: Wenn es nach dem Willen der Universitätsleitung geht, soll die Projektverantwortung ab 2010 ganz beim sogenannten Career Services Center (CSC-HSG) und nicht mehr bei den Studenten liegen.

Auch das von der Universität St. Gallen geführte Service-Center unterstützt Studierende und Absolventen in ihrer Berufs- und Karriereplanung. Dass die CSC-Mitarbeiter bezahlte Angestellte sind und der Dialog-Klub nur gegen eine bescheidene Spesenentschädigung diesen auch finanziell lukrativen Grossanlass durchführt, gibt dem Kulturkampf eine besondere Note. Immerhin liefern die «Amateure» jährlich einen Gewinn zwischen 200'000 und 300'000 Franken ab. Das Geld fliesst in einen Schnittstellenfonds, der paritätisch von der AIESEC, der HSG und der Studentenschaft verwaltet wird.

Im Frühling 2008 deutete noch nichts auf den heute eskalierten Konflikt hin. Erst der gemeinsame Vorstoss der damaligen Forum-HSG-Organisatoren und der AIESEC-Präsidentin brachte den Kampf der Kulturen zum Ausbruch. Die Studenten legten der Universitätsleitung ein Konzept zur strategischen Neuausrichtung des Forums HSG vor. Stossrichtung des Papiers: Der Verein möchte sich aus der allzu engen Umklammerung von Universität und Verwaltung lösen.

Die Vertreter des Forums HSG sahen sich, wie sie heute sagen, «zunehmenden finanziellen Erwartungen» ausgesetzt. Gleichzeitig seien nötige Investitionen systematisch vernachlässigt worden. Das Forum sei zudem gezwungen worden, mit exklusiven Partnern

Studentisches Unternehmertum wird den Eigeninteressen der Verwaltung geopfert.

des CSC-HSG zusammenzuarbeiten. «Damit drohte der Charakter des Forums HSG als eigenständige Veranstaltung endgültig verloren zu gehen, und es drohte ein schleicher Übergang des Forums HSG in ein Beherrschungsverhältnis zum CSC-HSG», schreibt der Verein in seiner Stellungnahme.

Der Wunsch nach mehr Selbständigkeit sollte an der Wirtschaftskaderschmiede in St. Gallen eigentlich auf offene Ohren stossen.

Gemäss Protokoll hätten sich die «massgeblichen Personen», CSC-Direktor Thorsten Thiel und HSG-Verwaltungsdirektor Markus Brönnimann, an der gemeinsamen Sitzung vom 16. April 2008 durchaus «wohlwollend» gegenüber den Absichten der umtriebigen Studentengruppe gezeigt. Der Eindruck täuschte.

Ausschlaggebend für den Stimmungswandel war wohl die Forderung nach mehr finanzieller Autonomie. Das Positionspapier der Studentenschaft vom 26. Mai 2008 verlangte das «Recht zur gleichgewichtigen Mitentscheidung über die Verwendung der erwirtschafteten Mittel». Bisher lag der Stichtscheid, wenn es um die Verwendung der Finanzen ging, bei den Vertretern der Universität. Die studentischen Verhandlungsführer konkretisierten später ihre Vorstellungen: Das CSC-HSG solle einen jährlichen Beitrag von 50 000 bis 100 000 Franken erhalten, der Rest der Gewinne habe an eine gemeinnützige Stiftung (St. Galler Stiftung zur Förderung studentischer Aktivitäten) mit Stiftungsrat und Aufsichtsbehörde zu fliessen.

Am 30. April 2008 erfolgte eine erste Absage gegenüber den studentischen Autonomieplänen. Mitgeteilt wurde der Entscheid durch CSC-HSG-Direktor Thorsten Thiel. Ganz frei von Eigeninteressen ist der Verwaltungsmann nicht. Schliesslich soll das etablierte Forum HSG in Zukunft seinem Aufgabenbereich unterstellt werden. Das mit dem Anlass verbundene Prestige ginge ebenfalls auf die CSC-HSG über.

«Kommunistische Zustände»

Thiel spricht dem Dialog-Klub die Kompetenz für die Durchführung des Forums ab: Der Verein sei nicht in der Lage, «die notwendigen konzeptionellen Verbesserungen» zu realisieren. Den Verantwortlichen würden die Erfahrungen, die Infrastruktur und «das erforderliche Standing» bei Studierenden und HSG fehlen. Eine schwer nachvollziehbare Abqualifizierung. Schliesslich führten die Studenten das Forum HSG 2008 mit grossem Erfolg durch. Was auch Markus Brönnimann bestätigte: In einer Mail vom 30. September 2008 gratulierte der Verwaltungsdirektor den Organisatoren ausdrücklich zum «sehr guten Ergebnis» und ergänzte: «Herr Thiel versicherte mir, dass das Team 07/08 wohl das am besten organisierte war, das je das Forum durchgeführt hat.» Das beste Team, aber nicht gut genug, um das Forum weiterhin zu führen?

Im Mai 2008 entscheidet die AIESEC-Mitgliederversammlung, den Vertrag mit der Universität zu kündigen. Noch im gleichen Monat findet eine Krisensitzung mit der HSG-Leitung statt. Resultat des Treffens: AIESEC kündigt zwar den Vertrag, das Forum 2009 findet aber noch unter den alten vertraglichen Bestimmungen statt. Wiederum mit Erfolg. Die

verantwortlichen Studenten weisen ein ähnlich starkes Ergebnis aus wie im Vorjahr. Dieses Mal gratuliert CSC-Direktor Thorsten Thiel sogar persönlich. Das gesamte Team habe bewiesen, heisst es in seiner Mail vom 29. August 2009, «dass es auch unter erschwerten Bedingungen möglich ist, den Zielbetrag für den Schnittstellenfonds zu erwirtschaften».

Gleichwohl hält die Universitätsführung an ihrer Haltung fest. Am 30. September 2009 gibt Verwaltungsdirektor Markus Brönnimann den Rektoratsentscheid über die Zukunft des Forums HSG bekannt: Für das Jahr 2010 und die folgenden Jahre soll die Projektverantwortung neu beim Career Services Center liegen. Für die Studenten eine kalte «Enteignung». Das seien kommunistische Zu-



Selbstbereicherung: HSG-Chef Brönnimann.

stände, meinen Vorstandsmitglieder des Vereins Forums HSG. Damit erhält der Kulturkampf eine ironische Komponente: Ausgerechnet die oft als neoliberale Hochburg verschriene St. Galler Hochschule soll eine sozialistische Brutstätte sein.

Brönnimann verknüpfte die Begründung für den vollständigen Wechsel zum CSC mit massiven Vorwürfen. Der Dialog-Klub, so der HSG-Verwaltungsdirektor, habe versucht, sich den Anlass «anzueignen» und «die damit verbundenen, erheblichen finanziellen Mittel für sich zu behalten».

Das Schreiben der HSG-Verwaltung sollte «andie Angehörigen der Universität St. Gallen» gehen, das heisst an mehrere tausend Studenten und Angestellte. Der Dialog-Klub wehrte sich umgehend juristisch gegen die Verbreitung. Mit Erfolg: Das Kreisgericht St. Gallen verhängte am 1. Oktober eine superprovisorische Verfügung und verbot mit sofor-

tiger Wirkung, «das Schreiben vom 30. September 2009 an die Angehörigen der Universität St. Gallen [...] elektronisch oder im Druckformat zu versenden oder sonst in irgendeiner Weise zu veröffentlichen oder Dritten mitzuteilen». Brönnimann versteht diese Verfügung als eine Art Notrecht, «mit dem man den vermeintlich Schwächeren schützt». So funktioniere eben unser Rechtsstaat.

Trotz superprovisorischer Verfügung äusserte sich Brönnimann am gleichen Tag gegenüber dem Ostschweizer Regionaljournal DRS. Die Universität habe festgestellt, so der Verwaltungsdirektor, dass eine Gruppe weniger Studierender «das Ganze» [das Forum HSG] für sich behalten möchte und «so den Nutzen daraus, der auch ein finanzieller Nutzen ist, nicht mehr der ganzen Studentenschaft zugutekommen lassen möchte». Im Uni-Schreiben wird von einem «Privatisierungsversuch» gesprochen.

«Öffentliche Frontenbildung»

Sind diese Aussagen als unterschwelliger Selbstbereicherungsvorwurf zu verstehen? Brönnimann verneint eine solche Deutung. Er habe so etwas nie behauptet. Der Dialog-Klub sieht trotzdem Veruntreuungsvorwürfe im Raum stehen. Dabei sei auch die letzte Jahresrechnung durch eine unabhängige Revisionsstelle abgenommen und vom HSG-Verwaltungsdirektor selbst lobend gewürdigt worden. Die rechtlichen Strukturen des Vereins liessen gar keine Selbstbedienung zu. Zudem wechsele die Zusammensetzung des Vereins spätestens nach zwei Jahren.

Gegenüber dem *St. Galler Tagblatt* betont Brönnimann, die Universitätsleitung habe dem Dialog-Klub nie «illegale Handlungen» vorgeworfen. «Wenn diese kleine Gruppe Studierender ein gutes Geschäft sieht und versucht, dieses zu übernehmen, dann ist das legal», präzisiert Brönnimann auf Nachfrage. Ob es anständig sei oder nicht, sei allerdings eine andere Frage. Jedenfalls habe die Universität dieses Vorgehen nicht unterstützen wollen und entsprechend entschieden.

Die betroffenen Studenten sehen sich durch die Äusserungen der Universitätsleitung in ihrer Persönlichkeit verletzt. Schliesslich sei ihre Arbeit stets ehrenamtlich und im Sinne des von der Studentenschaft übertragenen Mandats erfolgt. Es stehe nicht nur das Forum HSG zur Disposition, «sondern generell das Engagement von Studierenden und das studentische Unternehmertum». Dieses werde den Eigeninteressen der Verwaltung geopfert. Trotzdem setzt der Dialog-Klub auf Deeskalation. Ein externer Mediator soll die «öffentliche Frontenbildung» beenden. An der Strafanzeige gegen HSG-Verwaltungsdirektor Markus Brönnimann will der Verein trotzdem festhalten. ○



Replik

Selbstbedienungsluxusladen

Die *Weltwoche* wollte Probleme des Gesundheitswesens aufdecken. Herausgekommen ist eine platte Analyse voller Fehler und Klischees. Nicht Symptombekämpfung ist das Ziel: Die Eigenverantwortung der Patienten ist zu stärken. Die Prämien müssen steigen. Von Cédric A. George

In den *Weltwoche*-Ausgaben vom 17. und 24. September wurden das Gesundheitswesen und die von Jahr zu Jahr massiver steigenden Krankenkassenprämien zum Thema gemacht. Der Autor dieser Artikel nahm sich offensichtlich sehr viel vor, vielleicht zu viel, denn in etwas mehr als einem Dutzend ziemlich banalen, ziemlich schlecht recherchierten Thesen präsentierte er die Lösung für das immense Kostenwachstum.

Kurz zusammengefasst: Die Krankenkassenprämien steigen, weil sich alle auf Kosten der Allgemeinheit verschönern lassen, die Frauen für eine natürliche Geburt zu faul geworden sind und weil die Hausärzte beim ersten Auftreten von Beschwerden sofort umfangreiche radiologische Untersuchungen anordnen.

Als Akteur im Gesundheitswesen und damit direkt Betroffener kann ich dazu nur sagen: Wenn alles so trivial wäre, wie es hier präsentiert wird, dann hätten wir die Lösung tatsächlich schon längst gefunden. Tatsache ist jedoch, dass es sich beim Gesundheitswesen und bei der Gesundheit insgesamt um eine Problematik handelt, die nicht nur sehr komplex und selbst für viele Involvierte undurchschaubar geworden ist, sondern die ständig von moralischen und ethischen Gedanken überlagert wird, welche eine ganzheitliche und ausgewogene Beurteilung praktisch verunmöglichlichen.

These 1: Die Kassen bezahlen absurde Leistungen wie Schönheitsoperationen

Der Autor will den Lesern tatsächlich glaubhaft machen, dass Schönheitsoperationen jederzeit über die Kassen abgewickelt werden können. Für eine dermassen realitätsfremde Behauptung bedarf es mehr als eines ausgeprägten Sinns für journalistische Provokation: Das ist pure Desinformation. Als plastischer Chirurg mit mehr als zwanzigjähriger Erfahrung auf dem Gebiet kenne ich kein einziges Beispiel für eine angeblich rein kosmetische Operation, welche von der Krankenkasse übernommen wurde. Genau das Gegenteil ist der Fall: Es wird immer schwieriger, wenn überhaupt noch möglich, sogar echte krankheitswertige Befunde oder schwere Missbildungen über die Krankenkassen abzuwickeln. Bei einer Brustverkleinerung müssen zum Beispiel

verschiedene sehr strenge Kriterien erfüllt und aufwendige Abklärungen erfolgt sein.

These 2: Der Arzt ist ein Kostentreiber

Ich vertrete ebenfalls die Meinung, dass der Leistungskatalog im Grundversicherungsbereich gestrafft werden sollte. Pflichtleistungen sollten von Nichtpflichtleistungen klar getrennt werden. Aber schon hier beginnt das Problem: Die Unterscheidung zwischen Pflicht- und Nichtpflichtleistungen ist nun mal nicht so einfach. Es gibt nicht nur schwarz und weiss wie im Klischeejournalismus. Die Übergänge sind fließend: Ab wann ist eine wegen psychischen Unwohlseins erfolgte Konsultation beim Psychiater von der Krankenkasse zu übernehmen? Ab wann soll eine Kiefer- oder Schädelwachstumsstörung, die zu



Regelrechtes Wettrüsten: Klinik.

einer Entstellung des Gesichtes geführt hat, über die Versicherung abgewickelt werden? Was die Geschichte mit dem Kopfwepulver angeht, so kenne ich keinen Hausarzt, und es gibt wohl auch keinen, der bei erstmaligem Auftreten von Kopfschmerzen ein MRI verschreibt. Last, not least: Auch die gebärenden Frauen und ihre Gynäkologen müssen einmal

mehr für die stereotype Argumentation eines Journalisten herhalten. Wenn schon von Kaiserschnittquoten gesprochen wird, dann müsste diese Quote auch jener Statistik gegenübergestellt werden, welche geburtsbedingte Schädigungen infolge eines zu späten oder ganz unterlassenen Kaiserschnitts aufzeigt. Bei der Mehrheit der Wunschkaiserschnitte handelt es sich übrigens um Privatpatientinnen.

Grund- und Zusatzversicherung

Und genau hier haben wir ein weiteres Problem, welches der Autor ebenfalls nicht differenziert hat: In all den Beispielen über angebliche Kostentreiber wird nie zwischen Leistungen aus Grund- und Zusatzversicherung unterschieden. Mit keinem Wort wird auf die verschiedenen Versicherungsklassen eingegangen. Dies wäre sehr wichtig, wenn man bedenkt, dass bei Spitalbehandlungen in der Grundversicherungsklasse (KVG) weniger als fünfzig Prozent von den Kassen bezahlt werden, der grössere Teil also vom Staat übernommen wird. Dagegen sind Spitalbehandlungen im Privatbereich voll durch die Zusatzversicherung (VVG) gedeckt, sofern sich ein Patient in einem Privatspital behandeln lässt. Verfälscht wird der Wettbewerb leider aber auch in dieser Zusatzversicherungsklasse, weil ein Privatpatient, der sich im öffentlichen Spital behandeln lässt, einen sogenannten Grundsockelbeitrag an das Spital auslöst. Dieser wird von Kanton und Wohngemeinde getragen! Als Steuerzahler trage ich also die Kosten meines privatversicherten Nachbarn mit, wenn sich dieser in einer öffentlichen Institution behandeln lässt.

Dies widerspricht dem eigentlichen Sinn und Zweck der Zusatzversicherung diametral. Steuern sind bekanntlich ein Umverteilungsinstrument. Dieses ist wenigstens transparent. Im Gesundheitswesen geht aber die Umverteilung viel weiter. Zum Beispiel über die Prämienverbilligung oder die Quersubventionierung zwischen verschiedenen Versicherungsklassen (nicht selten werden KVG-Defizite der Kassen mit ungerechtfertigten VVG-Prämienerrhöhungen gedeckt), aber auch über die Quersubventionierung im Spital selber, indem Privatversicherte die Defizite der Allgemeinabteilung mittragen. Das alles findet in

einem Land statt, in dem der Durchschnittsbürger häufig ein Mehrfaches von seinen Krankenversicherungsprämien für Freizeitbeschäftigung, für Auto, für Zigaretten, Restaurantbesuche oder Ferien ausgibt.

Die Finanzierungsfalle

Als Bürger und nicht als auf Wahlstimmenfang orientierter Politiker darf ich den Verursacher der Kostensteigerungen beim Namen nennen. Das Hauptproblem liegt in der Finanzierung des Systems. Das heutige Gesundheitswesen betrachtet den Schweizer Durchschnittsbürger als Sozialfall. Zumindest im Spitalsektor kann man schon heute von einem verstaatlichten System sprechen. Dies wird mit der Einführung der Fallpauschalen (DRGs) nicht besser. Mit dem System der Fallpauschalen werden die Behandlungen pauschal vergütet, also unabhängig von den Einzelleistungen, die erbracht wurden. Damit wird sich die Kontrolle des Staates auf viele, bis anhin nicht unter dessen Kontrolle stehende Privatkliniken ausweiten. Zudem wird die Spitalplanung 2012 auch zu einem enormen Ausbau von Verwaltung und Administration führen.

Datentransfers und Qualitätskontrollen sind unabdingbar mit dem System der Fallpauschalen verbunden. Ob dabei tatsächlich Kosten gespart werden, ist eine andere Frage. Tatsache

ist, dass durch die bevorstehende Umstellung momentan massive, meist unnötige Investitionen in Milliardenhöhe im Gang sind. Insbesondere die öffentlichen Spitäler erlauben sich ein regelrechtes Wettrennen, um sich vor 2012 in eine möglichst gute Ausgangslage zu bringen. Auf dieses Datum verlieren die Spitäler ihre Defizitgarantie. Kleinere und veraltete Häuser geraten damit unter grossen Druck und wollen so eine mögliche Spitalschliessung verhindern. Ein inzwischen bekanntes Beispiel: Im Grossraum Basel planen gleich mehrere Spitäler im Umkreis von wenigen Kilometern ein eigenes Herzkatheterlabor: das Universitätsspital, das Claraspital, das Kantonsspital Liestal und das Bruderholz-Spital.

Mehr Eigenverantwortung

Wenn man die Problematik im Gesundheitswesen ernsthaft und komplett untersuchen will, dann muss man sich also in erster Linie mit dessen Finanzierungsmodell befassen. Die vom Autor suggerierten Sparmassnahmen gehören in die Kategorie der punktuellen Symptombekämpfung und hätten demzufolge auch nur einen beschränkten Effekt auf Gesundheitskosten und Krankenkassenprämien. Die Lösung liegt in der vermehrten Einbindung des Bürgers in die Verantwortung. Jedes Gut, das zu günstig zu haben ist, führt zu des-

sen Verschwendung. Das Gesundheitswesen ist ein Selbstbedienungsluxusmarkt zu Spottpreisen.

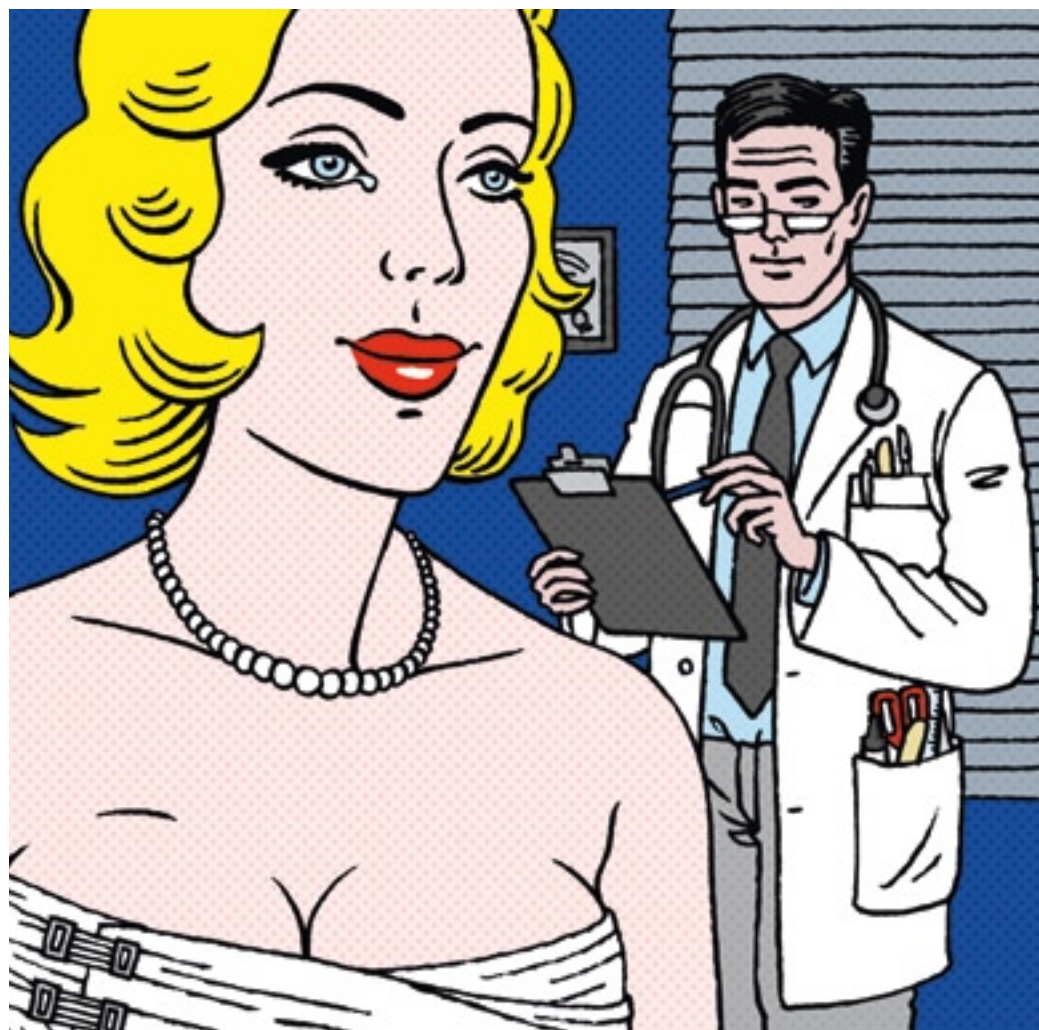
Ist es nicht paradox, dass im Rahmen der neuesten Prämienhöhrungsrunde genau diejenigen zur Kasse gebeten werden, welche bereit waren, mit höheren Franchisen mehr Risiko einzugehen? Durch die Umverteilung auf verschiedenen Ebenen wird die Mehrheit der Bürger von der gesamten Problematik abgekoppelt und quasi entmündigt.

Wettbewerb wird auf allen Ebenen verhindert. Die Parlamentarier vertreten die verschiedenen vom System profitierenden Lobbyisten und blockieren so die monistische Spitalfinanzierung. Die FMH ihrerseits stemmt sich als Vertreterin der Ärzteschaft gegen die notwendige Aufhebung des Vertragszwanges. Und das KVG-Obligatorium ist eine wettbewerbsverzerrende, pseudosoziale Errungenschaft, die paradoxerweise zu einer Benachteiligung der Mehrheit der Bürger führt, indem diese für ein schlechteres System vermehrt zur Kasse gebeten werden.

Liberales System als Lösung

Diese Erkenntnis führt zum Schluss, dass die echten Kosten auf ein privates Solidaritätssystem, also eine echte Privatversicherung, umgewälzt werden müssten, vergleichbar mit Sach- oder Autoversicherungen. Der Staat hat in einem liberalen Gesundheitssystem eine Aufsichtsfunktion und betreibt darüber hinaus für den minderbemittelten Teil der Bevölkerung ein medizinisches Netzwerk. Planwirtschaft ist längst Geschichte, und ihre Nachteile sind evident: Ineffizienz, Ressourcenverschwendung und Qualitätseinbusse. Trotzdem nehmen die planwirtschaftlichen Aspekte im Gesundheitswesen eindeutig zu. So kann man entweder zuschauen, wie im planwirtschaftlichen System die Qualität sinkt, die Kosten steigen und die Prämien davongaloppieren, oder sich als Bürger für eine Idee engagieren, die zwar ebenfalls zu einer massiven, dafür aber gerechten und sinnvollen Prämienhöhung führen würde, denn nur so kann die Kostenspirale gebremst werden.

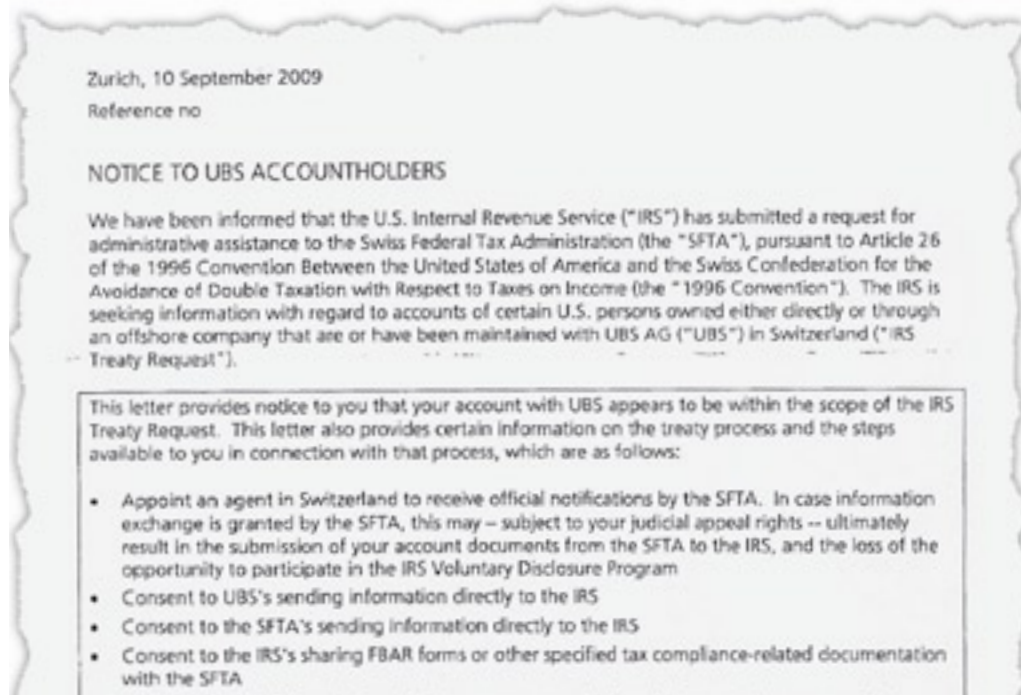
Cédric A. George, Dr. med., ist Gründer und Delegierter des Verwaltungsrates der Klinik Pyramide am See in Zürich. Die Klinik Pyramide ist die bislang einzige akutesomatische Privatklinik, welche im Kanton Zürich nicht für einen Listenplatz kandidiert. Die Klinik verfolgt eine konsequente Nischenstrategie im Topsegment der Privatversicherten und Selbstzahler. Als Vertragsspital von Versicherungen will die Klinik Pyramide beweisen, dass ohne Subventionen vom Staat, aber dank Effizienz und Wettbewerb ein sinnvolles Preis-Leistungs-Verhältnis bei besserer Qualität auch im Gesundheitswesen möglich ist. Bereits heute weist die Klinik aus diesem Grund einen überdurchschnittlichen Anteil an selbstzahlenden Patienten auf. Ab 2010 werden in der Klinik Pyramide in Zürich nur noch Privatpatienten und Selbstzahler beziehungsweise Allgemein- und Halbprivatpatienten mit Upgrade behandelt. In Schwerzenbach, dem zweiten Standort der Klinik, wird die Halbprivatabteilung weitergeführt.



Kein MRI bei leichten Kopfschmerzen: Arzt und Patientin.

Flucht aus dem sicheren Hafen

Von Pierre Heumann — Am 15. Oktober läuft für amerikanische UBS-Kunden die Frist zur Selbstanzeige aus. Viele sind irritiert und verunsichert.



Potenzielle Steuerdelinquenten: eingeschriebene Post an UBS-Konteninhaber in den USA.

Die UBS räumt auf. Der Exit ihrer Kunden mit Domizil in den USA sei «weitgehend abgeschlossen», sagt das grösste Finanzhaus der Schweiz. Diese hätten ihre Gelder auf Banken gebracht, die von US-Behörden reguliert werden – darunter auch Institute der UBS.

In der Affäre um UBS-Kunden, die Gelder vor dem amerikanischen Fiskus versteckt haben, wurde reiner Tisch gemacht, ist man geneigt zu sagen. Die Schweiz hat bekanntlich im Sommer den US-Behörden zugesichert, die Namen von UBS-Kunden zu übermitteln, die «Steuerbetrug und Ähnliches» begangen haben sollen.

Doch für viele ist die Krise noch nicht ausgestanden.

UBS-Kontoinhabern, die in den USA wohnen, ist Mitte September ein eingeschriebenes Schreiben aus Zürich ins Haus geflattert, in dem ihnen eröffnet wird, dass ihre Kundenbeziehungen vermutlich den Anforderungen des US-Amtshilfeersuchens entsprechen. Sie müssten deshalb damit rechnen, dass ihre Daten an die amerikanischen Steuerbehörden übermittelt würden.

Viele seien irritiert, meint Walter Frei von der Kanzlei Bill, Isenegger, Ackermann, der die Interessen von UBS-Kunden wahrnimmt. «Sie hatten nicht damit gerechnet, dass ihre Fälle ein Thema sein könnten», meint er und: «Es handelt sich bei vielen Briefempfängern

nicht um den typischen Steuerbetrüger mit dazwischengeschobenen Gesellschaften.» Die Konti beständen in vielen Fällen seit Jahrzehnten, oft würden sie aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg stammen. Und da stelle sich selbstredend die Frage, weshalb die UBS solche Kunden anschreibt und auf die Namenliste setzt, bei denen eigentlich die Voraussetzungen für eine Amtshilfe an die US-Steuerbehörden nicht erfüllt sind, da nicht von Steuerbetrug oder dergleichen die Rede sein kann.

«Unschön, aber nicht illegal»

Die Verunsicherung der Kunden ist verständlich. Denn die Kriterien für eine Weiterleitung werden nicht genannt. Das hat die Schweiz im Vertrag mit den USA zugebilligt. Darin verpflichtete sich Bern zur Amtshilfe, um vermuteten Steuerdelinquenten mit UBS-Verbindungen auf die Spur zu kommen. Welche Kriterien dabei zur Anwendung gelangen, ist im Anhang aufgelistet. Dieser wird allerdings erst neunzig Tage nach Unterzeichnung des Abkommens publiziert. Bis dann bleiben die Kriterien geheim.

Deshalb weiss kein Kunde, ob die UBS seine Schweizer Beziehung wie bisher vertraulich behandeln wird oder nicht. Potenzielle Steuerdelinquenten werden durch die Ungewissheit

unter Druck gesetzt, sich selber anzuzeigen. Ob die (befristete) Geheimhaltung der Kriterien rechtens ist, ist unter Juristen allerdings umstritten. «Das ist zwar unschön, aber nicht illegal», meint zum Beispiel Peter V. Kunz, Ordinarius für Wirtschaftsrecht und Rechtsvergleichung an der Universität Bern. Durch das Zugeständnis der Geheimhaltung habe ein grösserer Schaden abgewendet werden können, nämlich eine Strafanzeige gegen die UBS wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung, meint Kunz. Die Geheimhaltungspflicht verstosse gegen geltendes Schweizer Recht, sagt hingegen Bernhard Lötscher, Rechtsanwalt und Partner bei CMS von Erlach Henrici: «Völkerrechtliche Verträge [...] müssen publiziert werden, wenn sie Rechte und Pflichten von Privaten betreffen oder die Veröffentlichung aus Gründen der Rechtssicherheit [...] erforderlich ist», schreibt er in der NZZ.

Die Diskussion über die Rechtmässigkeit der Geheimhaltung ist für die betroffenen UBS-Kunden freilich eine müssige, rechtsphilosophische Frage. Sie wissen: Die Frist für eine Selbstanzeige bei den amerikanischen Steuerbehörden läuft am 15. Oktober aus. Wenn sie sich dort freiwillig melden, können sie mit einer tieferen Strafe rechnen. Nur: Sie wissen nicht, wie sie den Brief der UBS interpretieren sollen – namentlich: Sind sie im Verfahren oder nicht?

Nicht nur Kunden sind unter Druck, sondern offenbar auch die UBS. Um sich keine neuen Probleme mit den US-Behörden einzuhandeln, weigert sich die Nummer zwei im globalen Devisenhandel mitunter auch schon mal, Kunden, die abspringen wollen, das Geld bar auszuzahlen. Denn die amerikanischen Behörden könnten sich ja später einmal erkundigen, wohin das Geld geflossen sei. Und die UBS möchte sich nicht dem Vorwurf aussetzen, die Dokumentenspur nicht zu kennen, meint ein Zürcher Banker: «Damit werden Kunden als potenzielle Geldwäscher behandelt.» Denn laut der Verordnung über die Geldwäscherei müssen die Behörden in der Schweiz nur Bewegungen auf Konti, bei denen man Geldwäscherei vermutet, an die Behörden als «aussergewöhnliche Transaktionen» melden. Im Zusammenhang mit Steuerdelikten gibt es aber keine Geldwäscherei.

Doch die US-Behörden setzen nicht bloss auf die Selbstanzeige und die Amtshilfe der Schweiz. Allein im letzten Jahr hat sich die Zahl der Amerikaner, die Nachbarn, Kunden und Arbeitgeber an den Internal Revenue Service (IRS) verpiffen, auf 476 vervierfacht. Sie lieferten ihm Informationen über die Identitäten von über 1200 Steuerpflichtigen. Die Tätigkeit der selbsternannten Steuerspione ist freilich nicht ganz selbstlos. Bis zu dreissig Prozent der Steuerschuld wird ihnen gutgeschrieben, falls aufgrund ihrer Angaben ein Fiskaldelinquent erwischt wird. ○

VOR IHNEN STEHT DIE ZUKUNFT.

DER NEUE LEXUS RX 450h VOLLHYBRID.

Diese beeindruckenden Werte garantiert Ihnen schon heute und nicht erst in ferner Zukunft exklusiv der neue Lexus RX 450h:

6,3 l Verbrauch auf 100 km*

A Energieeffizienz-Kategorie

0 Emission im Stop-Go-Verkehr

299 PS (220 kW) Leistung

148 g/km CO₂*



**LEXUS
HYBRID
DRIVE**

DER EINZIGE SEINER KLASSE MIT ECHTER HYBRIDTECHNOLOGIE. TESTEN SIE JETZT DAS ORIGINAL VON LEXUS.

Mit seiner zukunftsweisenden Vollhybridtechnologie setzt der neue RX 450h den Massstab. Er verfügt über Lexus Hybrid Drive, die bahnbrechende Technologie für mehr Leistung und weniger Verbrauch, und ist damit klarer Leader in seinem Segment. Unübertroffen ist auch seine komplette Serienausstattung: Rückfahrkamera, Lederausstattung und ein Premium-Soundsystem mit 9 Lautsprechern und 6-fach-CD-Wechsler sind beispielsweise inklusive. Optional kann der neue RX 450h etwa mit einem Head-up-Display und wegweisendem Pre-Crash-Sicherheitssystem zusätzlich veredelt werden. Testen Sie die weltweit einzige Premium-Gelände-Limousine mit Vollhybridantrieb (ab Fr. 85 600.-)** jetzt bei Ihrem Lexus Partner. Mehr Infos und Probefahrtanmeldung unter www.lexus.ch

VOLLGARANTIE UND
GRATISSERVICE WÄHREND
100 000 KM
INNERHALB VON 3 JAHREN

 **LEXUS**

* Kraftstoffverbrauch gemessen nach den Vorschriften der EG-Richtlinie 80/1268/EWG gesamt 6,3 l/100 km. Durchschnittswert CO₂-Emission aller in der Schweiz angebotenen Fahrzeugmodelle: 204 g/km.

** Unverbindlicher Nettopreis.

Politisches Trauerspiel

Von Martin Killias — Im Fall Polanski hat sich die Politik ihrer Verantwortung entzogen. Der Auslieferungsvertrag mit den USA muss gekündigt werden.



«Machine infernale»: Auslieferung Polanskis an die USA.

Die Nachricht, Polanski sei in der Schweiz verhaftet worden, hat weltweit wie eine Bombe eingeschlagen. Zufällig weilte ich gerade beruflich im Ausland und spürte das Unbehagen überall, in den Medien und bei jeder Arbeitssitzung. Wie kommen die Schweizer dazu, so der allgemeine Tonfall, wieder einmal Musterknabe spielen zu wollen?

Was «Bern» dazu sagt, stimmt an sich. Formal lief alles korrekt. Das Verbrechen, das Polanski vorgeworfen wird, ist keine Bagatelle, und Gesetze gelten für alle, auch für Leute aus der Kulturszene. Das begreifen auch Menschen im Ausland. Aber man wundert sich, weshalb der Gstaader Ferienhausbesitzer jahrelang dort Ferien verbringt und Steuern bezahlt – und nun verhaftet wird, für einen Preis eingeladen, wobei ein Bundesamtsdirektor (im Ausland wäre das ein Staatssekretär) die Laudatio halten soll. Was ist das für ein Land, wo die Justizministerin so etwas anordnet, ohne der Aussenministerin oder dem Kulturminister ein Wort zu sagen? Wie kann die Justiz dem Ansehen des Landes in der Welt so schweren Schaden zufügen, ohne dass jemand diese *machine infernale* stoppt?

Frau Widmer selber sagt, als Politikerin habe sie nichts zu sagen gehabt, als ihr der Direktor des Bundesamts für Justiz am Vortag die Verhaftung ankündigte. Dabei war das Problem nicht nur rechtlicher, sondern auch politischer

Art, wie das ihre Beamten richtig erkannten (und sie daher orientierten). Die politische Verantwortung beginnt mit einem unseligen Auslieferungsvertrag, den die Schweiz 1990 mit den USA geschlossen hat. Überall auf der Welt gilt der Grundsatz, dass die Tat, derentwegen die Auslieferung verlangt wird, nach dem Recht des ersuchenden wie auch des ersuchten Staates strafbar und verfolgbar sein muss.

Nach 30 Jahren verjährt

Strafbar ist sexueller Missbrauch einer noch nicht Vierzehnjährigen in der Schweiz und in den USA. Verfolgbar ist eine Tat jedoch nur, wenn sie nach dem Recht beider Staaten noch nicht verjährt ist. Polanskis Fall ist nach schweizerischem Recht spätestens seit 1992 verjährt. Polanskis Tat liegt 32 Jahre zurück – in 30 Jahren verjährt bei uns sogar eine lebenslängliche Zuchthausstrafe. Die im letzten November angenommene Verjährungsinitiative ändert daran nichts, da die neue Verfassungsbestimmung nur den Missbrauch von Kindern vor der Pubertät betrifft – nach übereinstimmender Darstellung des Tathergangs war das Opfer Polanskis in dieser Hinsicht jedoch «erwachsen».

Dass eine derart lange zurückliegende Tat plötzlich zur Verhaftung führen kann, ist nur vor dem Hintergrund des amerikanischen Rechts verständlich, das – ganz anders als Eu-

ropa – die Verjährung nur sehr eingeschränkt kennt. Normalerweise bleibt dies folgenlos, weil amerikanische Staatsanwälte alten Geschichten nur ungern nachgehen und sie auch keine Verfolgungspflicht dazu zwingt. Vor allem betrachten europäische Staaten die nach ihrem Recht eingetretene Verjährung als Hindernisgrund.

Nicht die Beamten haben versagt

Beschämenderweise hat nun die Schweiz im Auslieferungsvertrag mit den USA einer Klausel (Art. 5) zugestimmt, wonach es genügt, wenn die Tat nach dem Recht des ersuchenden Staates noch nicht verjährt ist. Da Straftaten, für die die Schweiz die Auslieferung verlangt, irgendwann verjähren, im umgekehrten Fall dagegen die Verjährung so gut wie nie eintritt, geht diese Klausel einseitig zu Lasten unseres Landes. Verständlich wird sie nur, weil die USA in demselben Vertrag zugestanden, dass die Auslieferung wegen fiskalischer Delikte nicht gewährt werden muss (Art. 3 Ziff. 3 lit. b). Nun ist jedoch das damalige Zugeständnis der Amerikaner bei Fiskaldelikten durch den kürzlich geschlossenen Amtshilfevertrag, der vollen Informationsaustausch auch in Steuersachen vorsieht, wertlos geworden. Anders gesagt: Es gibt gar keinen Grund mehr, an diesem nunmehr einseitigen Vertrag festzuhalten. Wie Frau Widmer zugab, wurde diesen Sommer ein langjähriger Einwohner der Schweiz für noch länger zurückliegende Straftaten ausgeliefert. Es wäre daher dringend, dass die Schweiz diesen Vertrag kündigt, was sie mit einer Frist von sechs Monaten jederzeit tun kann (Art. 25 Ziff. 4).

Damit käme die Politik zurück ins Spiel. Nicht die Beamten haben hier versagt, sondern die politische Leitung. Dass Polanski durch die jahrelange Duldung seiner Anwesenheit in den (guten) Glauben versetzt wurde, er könne sich hier sicher fühlen, mag allenfalls noch von Bedeutung sein, wenn es um die Beurteilung der Rechtmässigkeit der Auslieferung geht. Dass die amerikanische Strafjustiz mit ihren Krämermethoden beim «Aushandeln» von Schuldsprüchen ziemlich alle Grundsätze eines zivilisierten Strafprozesses verletzt, dürfte rechtlich bereits schwieriger zu berücksichtigen sein. Definitiv politisch wäre der – legitime – Standpunkt, dass die Amerikaner den schweizerischen Rechtsstaat unlängst in einer Weise ausgehebelt haben, dass es ihnen nicht ansteht, strikte Vertragserfüllung einzufordern. Das würde aber voraussetzen, dass die Regierung ihre politische Führungsaufgabe wahrnimmt und sich nicht wie eine Kolonialbehörde aufführt.

Martin Killias ist Strafrechtsprofessor an der Universität Zürich.

tmp.ch



**“Unsere erste Priorität ist es,
Ihren Erfolg und Ihre Erwartungen
zu verstehen.”**



Rheinhafen Basel, Schweiz 16.00

Einzigartige
Investitions-
philosophie

Unabhängige
Vermögens-
verwaltung

Genfer
Traditions-
bank

seit 1816



Jean-Louis Platteau
Generaldirektor Private Banking

Marcel Tschanz
Mitglied der Direktion Private Banking Zürich

Viele Vermögen und Familienreichtümer stammen aus Unternehmen und beruhen auf der Initiative von aussergewöhnlichen Persönlichkeiten.

Diese Vermögenswerte – geduldig erarbeitet, von Generation zu Generation weitergegeben oder das Ergebnis einer kürzlichen Übertragung – verdienen besondere Aufmerksamkeit und Betreuung.

Eine sichere Bank und eine Vermögensverwaltung mit Schweizer Qualität, die Ihre Ansichten zu Wirtschaft und Finanzmärkten teilen.

Die *Banque Cantonale de Genève* bietet Ihnen eine unterschiedliche Vision der Vermögensverwaltung für Ihre dauerhaften finanziellen Erfolge.



Private Banking

Versicherungen
Vorsorge
Risikomanagement

Zurich HelpPoint®



Damit auch Ihre finanzielle Vorsorge so wandlungsfähig ist wie Ihre Familie.

Zurich HelpPoint® ist für Sie da, wenn Sie mehr als nur eine Versicherung brauchen. Gerade wenn sich vieles im Leben verändert, muss man sich auf die finanzielle Absicherung für sich und seine Familie verlassen können.

Wir haben Versicherungslösungen entwickelt mit einer Garantie, die Ihr Kapital sicher gegen negative Marktentwicklungen schützt. Ganz flexibel, für alle weiteren Prinzessinnen oder Prinzen, die noch folgen.

Sie mehr über *Zurich HelpPoint®* auf www.zurich.ch

Weil Sie uns wichtig sind.

 **ZURICH®**

Because change happenz®

Deutschland in Aufruhr

Von Henryk M. Broder — Wer die Wirklichkeit so beschreibt, wie sie ist, wird in Deutschland systematisch zum Schweigen gebracht.

Kurt Tucholsky hat vor genau neunzig Jahren in einem Beitrag für das *Berliner Tagblatt* («Was darf die Satiere!?)» den Satz geschrieben: «Wenn einer bei uns einen guten politischen Witz macht, dann sitzt halb Deutschland auf dem Sofa und nimmt übel.» Inzwischen ist es noch schlimmer. Wenn einer bei uns das Kind beim Namen nennt, dann schreit halb Deutschland: «Stopft ihm das Maul!»

Der ehemalige Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin (noch immer SPD) ist dafür bekannt, dass er Klartext redet, keine Rücksicht auf Freund und Feind nimmt und gerne aneckt. So hat er zum Beispiel vor einiger Zeit behauptet, ein Sozialhilfeempfänger könne sehr wohl von etwa vier Euro am Tag leben, wenn er sich beim Einkaufen Mühe geben würde. Der Sturm der Entrüstung, den er damit auslöste, ging quer durch die Parteien und die Medien. Sarrazin blieb bei seiner Feststellung.

Nun steht der störrische Sozialdemokrat, inzwischen Vorstand bei der Bundesbank, wieder im Fokus einer Kritik, die sich nicht an der Wirklichkeit, sondern an den Regeln der Political Correctness orientiert. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Renate Künast, sagte gegenüber der FAZ: «Sarrazins Menschenverachtung ist untragbar.» Sarrazin müsse von seinem Job als Vorstand bei der Bundesbank zurücktreten, er sei eine Gefahr für die «Substanz» der Institution. Bundesbank-Präsident Weber riet seinem Kollegen, er solle «in sich gehen und sich selbst prüfen»; SPD-Politiker fordern ein Partei-Ordnungsverfahren mit dem Ziel des Parteiausschlusses, das Berliner Landeskriminalamt prüft, ob gegen Sarrazin ein Verfahren wegen «Volksverhetzung» eingeleitet werden soll.

Was hat der Mann verbochen? Er hat der Zeitschrift *Lettre Internationale* ein Interview gegeben, in dem er sich zu der politischen und sozialen Lage in Berlin äussert und dabei, wie es seine Art ist, kein Blatt vor den Mund nimmt. Sarrazin sagte unter anderem:

— «Berlin ist belastet von zwei Komponenten: der Achtundsechzigertradition und dem Westberliner Schlamp-Faktor. Es gibt auch das Problem, dass vierzig Prozent aller Geburten in der Unterschicht stattfinden. Hier werden Trends verstärkt sichtbar, die ganz Deutschland belasten...»



— «Je niedriger die Schicht, desto höher die Geburtenrate. Die Araber und Türken haben einen zwei- bis dreimal höheren Anteil an Geburten, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. Grosse Teile sind weder integrationswillig noch integrationsfähig. Die Lösung des Problems kann nur heissen: Kein Zuzug mehr, und wer heiraten will, sollte dies im Ausland tun...»

— «Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert...»

— «Wir müssen in der Familienpolitik völlig umstellen: Weg von Geldleistungen vor allem bei der Unterschicht...»

— «Der Neuköllner Bürgermeister Buschowsky erzählt von einer Araberfrau, die ihr sechstes Kind bekommt, weil sie durch Hartz IV dadurch Anspruch auf eine grössere Wohnung hat...»

— «Jeder, der bei uns etwas kann und anstrebt, ist willkommen; der Rest sollte woanders hingehen...»

Wer ab und zu einen der Berliner «sozialen Brennpunkte» besucht, deren Einwohner vor allem von «Transferleistungen» leben, weiss, dass Sarrazin die Wirklichkeit so beschreibt, wie sie ist, und nicht, wie sie seit vielen Jahren dargestellt wird – eine multikulturelle Idylle mit kleinen Schönheitsfehlern, die durch sozialtherapeutische Massnahmen behoben werden können. Rund um die sogenannte Armut, die aus einer Mischung von innerer Verwahrlosung und äusserer Fürsorge resultiert, hat sich eine Armutsindustrie gebildet, die davon lebt, dass die Armen auf ihre Hilfe angewiesen bleiben. Sarrazin hat recht, man könnte ihm allenfalls vorwerfen, dass er in seiner Analyse nicht weit genug geht: Es ist der Sozialstaat, der mit den Problemen nicht fertig wird, die er selbst geschaffen hat.

Wie so oft in verfahrenen Situationen, wenn ihre Fortsetzung als das kleinere Übel erscheint, wird auch diesmal der Überbringer der Botschaft bestraft. Der Kaiser ist nackt, alle wissen es. Dass er weiter durch die Gegend reiten kann, hat er seinen Untertanen zu verdanken, die ihre Kleider ebenfalls an der Garderobe zur Political Correctness abgegeben haben.

Personenkontrolle

Stocker, Huber, Andrekson, Amacker-Amann

In den 15 Zellen des Aargauer Bezirksgefängnisses in Baden befanden sich im letzten Jahr insgesamt 524 Personen in U-Haft, 129 im Strafvollzug und 15 in Halbgefängenschaft. Für 50 Insassen betrug die U-Haft jeweils mehr als 50 Tage. Erkundigte man sich bei Führungen oder Vorträgen durch das Gefängnispersonal jeweils nach den Nationalitäten der Inhaftierten, hiess es bislang: «Rund 80 Prozent Ausländer und zirka 20 Prozent Schweizer.» Wie jedes Jahr wollte es das Bundesamt für Statistik genau wissen. Auf dem Erhebungsformular, welches das Bezirksgefängnis Baden kürzlich auszufüllen hatte, wurde gefragt, wie viele «Schweizer, Ausländer, Asylanten und andere Aufenthalter» sich per 2. September 2009 in Haft befanden. «Die Personenkontrolle ergab», so ein Vollzugsbeamter des Gefängnisses, «dass die Zellen sowohl vor wie nach diesem Stichtag ausschliesslich mit ausländischen Gästen belegt waren.» (PH)

Wie leichtsinnig das Zürcher Sozialdepartement unter der Führung von **Monika Stocker** (Grüne) Steuergelder verschleuderte, ist hinlänglich bekannt. Man reibt sich also kaum mehr die Augen, wenn auf einer Sponsoringtafel im Zoo Zürich nebst vielen Privatpersonen auch das Sozialdepartement aufgeführt wird. Immerhin passt es gut, dass es sich bei Stockers 2002 gesponserter Anlage um den Zoolino, den städtischen Streichelzoo handelt. (aku)

Die Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) und die Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz verleihen am 29. Oktober in Zürich wieder einmal einen Nanny-und-Erich-Fischhof-Preis. Geehrt werden an dieser Inzucht-Veranstaltung jeweils vorwiegend Mitglieder der Vorstände der beiden Klubs. Heuer zeichnen die Gralshüter der einzig richtigen Meinung neben **Robert Huber**, der ein bewegtes und bewegendes Leben als jenuischer Verdingbub durchstehen musste, auch einen Musiker und Rapper namens **Andres Andrekson** aus. Der Preisträger, besser bekannt unter dem Pseudonym Stress, ist Erfinder und Interpret der genialen Rap-Zeile «Fuck Blocher!» und setzt sich laut Einladung «mit deutlichen Worten für ein friedliches, respektvolles Zusammenleben aller Menschen in unserem Land» ein. Stress' feinfühlig-ehrfürchtige Botschaft «Fuck Blocher!» hat die Baselbieter CVP-Nationalrätin **Kathrin Amacker-Amann** derart tief berührt, dass sie nicht nur im Dezember 2007 Blocher abgewählt hat, sondern Ende Oktober auch die Laudatio auf den Kämpfer gegen jeden «politischen Extremismus» halten wird. (upe)

Besuch im Mausoleum

Von Hansrudolf Kamer — Lenins monumentales Grabmal in Moskau ist eine Art Wahrzeichen Russlands in der Krise.



«Danke für die Krise»: Lenin-Mausoleum in Moskau.

Es ist undenkbar, dass Lenin als Russe kreiert werden soll. Die moderne Wissenschaft ist fähig, seinen Körper während einer beträchtlichen Zeit zu erhalten, so lange wenigstens, bis wir uns an die Idee gewöhnt haben, dass er nicht mehr unter uns ist.» So soll Genosse Stalin irgendwann im Herbst 1923, wenige Monate vor dem Tod des Revolutionärs, gesprochen haben. Dies zu einer Zeit, als dieser bereits Bedenken gegenüber dem Machtinstinkt des Georgiers geäußert hatte.

Die «beträchtliche Zeit» dauert nun schon 86 Jahre. Der Andrang zu Lenins Ruhestätte hat zwar im Jahre 11 der Herrschaft Putins deutlich abgenommen. Zur Sowjetzeit reichte die Warteschlange der Lenin-Pilger bis hinunter auf den Manegeplatz und weiter dem Alexandergarten entlang. Präsident Jelzin hatte in seiner Amtszeit vergeblich versucht, mit Unterstützung der orthodoxen Kirche Wladimir Iljitsch ordentlich zu bestatten, so wie einst Chruschtschow Väterchen Stalin aus dem Mausoleum entfernt hatte.

Wer seinen Fotoapparat und auch sein Handy abgibt, kann nun spontan nach einer rudimentären Sicherheitskontrolle den Leichnam besuchen. Man geht entlang der Kremelmauer, vorbei an den Statuen der letzten Sowjetherrscher Tschernenko und Breschnjew. Andropow ist gerade neben Felix Dserschinski platziert, dessen übergroßes Denkmal vor der Lubjanka

in der ersten postsowjetischen Aufwallung von einem Kranwagen abgeholt worden war. Suslow, der Chefideologe, jugendlich in Stein gehauen, steht auf der andern Seite neben Stalin.

Hut ab, Hände aus dem Hosensack

Am Seiteneingang heisst es Hut ab, Hände aus dem Hosensack. Die Anweisungen der Totenwächter Lenins sind grimmig. Das Objekt der Verehrung liegt im dunklen Anzug, mit weissem Hemd und blauer Krawatte mit weissen Tupfen, auf dem Katafalk, düsteres Licht, rote Fahnen sind in den Marmor der Seitenwände eingelassen. Hier ist nichts von linker Lockerheit zu sehen. Man wird ermahnt, nicht zu lange in Ehrfurcht zu verharren. Würde der Tote auferstehen, könnte er über den Roten Platz spazieren und im Kaufhaus GUM als Businessman anheuern. Auffallen würde er nicht.

Der Kapitalismus hat Moskau zumindest äusserlich fest im Griff. Wer die graubraune sowjetische Hauptstadt gekannt hat, kann nicht umhin, beeindruckt zu sein. Diese stürmische Entwicklung war vor zwanzig oder dreissig Jahren nicht absehbar. Wer die jüngste Philippika Präsident Medwedews über den desolaten Zustand Russlands liest, dann aber auch seine optimistische Voraussage zur Kenntnis nimmt, Russland werde in Zukunft eine auf Wissen gründende Dienstleistungswirtschaft entwickeln, wird dies nicht ohne

weiteres als Absurdität betrachten. Russland ist vorwärtsgekommen, auch wenn es immer wieder Schritte zurück macht. Die Wege in beide Richtungen sind offen.

In der Moskauer Metro ist das Plakat zu sehen mit dem Text: «Danke für die Krise – wir werden wieder Geschäfte machen!» Daran zweifelt niemand, selbst wenn einigen Baulöwen das Geld ausgegangen sein soll. Auch stimmt wohl, dass die Krise vielen die Augen geöffnet hat. Die «erniedrigende Abhängigkeit von Rohmaterialien», wie sich Medwedew ausdrückte, ist ins Bewusstsein eingedrungen. Alles nur Worte natürlich. Auch Putin hatte vor neun Jahren die Rückständigkeit angeprangert, das miserable Gesundheitswesen, die hohe Sterblichkeit bemängelt und die Rolle der Redefreiheit wie auch der Menschenrechte für eine dynamische Entwicklung hervorgehoben.

Es ist keine neue Erkenntnis, dass die russische Wirtschaft nur dann einen weiteren Sprung machen kann, wenn die politischen Voraussetzungen dafür gegeben sind: Freiheit, Fairness, Rechtssicherheit mit unabhängigen Richtern. Genau das ist jedoch zurückbuchstabiert worden. Es ist zwar verständlich, dass in der russischen Bevölkerung zur Zeit der Wirren unter Jelzin das Bedürfnis nach Stabilität und Ruhe vorherrschte. Darauf gründet auch Putins in Umfragen ermittelte Popularität.

Doch die Kehrseite von Stabilität ist Stagnation. Ein Aufbruch gelingt nur, wenn die freie Diskussion nicht abgewürgt wird. Das autoritäre Gebaren in der Vertikalen der Macht ist Putins Reflexhandlung in bester, auch prärevolutionärer Tradition. Politische Kontrolle über den Energiesektor, der Versuch, den Grossmachtstatus wieder herzustellen, eine Interessenzone in den ehemaligen Sowjetrepubliken zu errichten – das alles sind Hauptmerkmale der Dekade Putins. Hinter der glänzenden Fassade sehen die Ergebnisse weniger eindrucksvoll aus.

Russland ist nicht die Sowjetunion, auch nicht eine neue Form des Zarenreichs. Der allumfassende ideologische Anspruch und die Kontrolle sind weg. Die Zensur ist zwar erstickend, dominierend, aber nicht lückenlos. Noch gibt es winzige Enklaven im russischen Reich, wo diskutiert werden kann und Journalisten nicht sofort erschossen werden. Neben den superreichen Russen wächst eine Mittelklasse heran, die mit der Zeit ihre Interessen politisch verfechten wird. Sie wird den Anachronismus erkennen, den der chemisch präparierte Lenin auf dem Roten Platz verkörpert. Es herrscht unterschwellig Unruhe im Reich. Hoffen wir, dass sie produktiv sein wird.



Hansrudolf Kamer

Dr. phil., Experte für internationale Sicherheitspolitik. Ehemals Korrespondent in Stockholm, Jerusalem, Moskau und Washington sowie Auslandchef und stellvertretender Chefredaktor der NZZ.

Weltwoche-Spezialangebot



Provokant. Sinnlich. Erotisch. Der erfolgreichste argentinische Musical-Export «Tanguera», ist ein emotionales Tango-Feuerwerk. Spannungsgeladene Dramaturgie und bewegende Musik erzeugen einen Sog aus Leidenschaft, Begierde, Schmerz und Erotik. Als Weltwoche-Abonnent/-in profitieren Sie von 20% Rabatt auf folgende Vorstellungen: Dienstag, 17. November 2009, 20 Uhr; Sonntag, 22. November 2009, 19 Uhr; Donnerstag, 26. November 2009, 20 Uhr.



Foto: Manuel Navarro de la Fuente

TANGUERA – Das Tango-Musical, direkt aus Buenos Aires

Im Ursprungsland des Tangos mit einer Laufzeit von 18 Monaten belohnt, basiert auf einem Tanguera. Ein für eine Tango-Show vollkommen neuartiges Konzept. Tanz und Musik stehen hier stets im Dienst der Handlung und sind genauso präzise mit der Geschichte verknüpft wie das aufwendige Lichtdesign und der Sound.

Verantwortlich dafür ist die enge Zusammenarbeit von Regisseur Omar Pacheco und Mora Godoy, einer der bemerkenswertesten und wichtigsten Tango-Choreografinnen und Tänzerinnen Argentiniens.

«Tanguera» erzählt vor dem Hintergrund von Buenos Aires zu Beginn des 20. Jahrhunderts den schicksalhaften Leidensweg der schönen Immigrantin Giselle: von ihrer Ankunft im Hafen über ihre Arbeit in einem der unzähligen Bordelle der Stadt bis zum Erfolg in der glitzernden Welt des Cabarets. Verführt vom kriminellen Gaudencio und geliebt vom tapferen Hafearbeiter Lorenzo, wird sie schliesslich beiden Rivalen zum Anlass eines tödlichen Messerkampfes.

Doch fast unmerklich und durch diese mitreisende Geschichte um Leidenschaft, Begierde, Schmerz und Erotik hindurch, erzählt «Tanguera» noch etwas anderes: die Geschichte des Tangos selbst, dessen Weg durch die Gesellschaftsschichten sich Szene um Szene erschliesst.

Atmosphärisch dicht, authentisch und immer unmittelbar berührend, ist das in Buenos Aires begeistert gefeierte, mitreissende Tango-Feuerwerk «Tanguera» die Darstellung eines universalen Lebensgefühl aus Leidenschaft und Melancholie.



Weitere Informationen finden Sie unter www.tanguera-musical.ch.

Weltwoche-Spezialangebot

Als Weltwoche-Abonnent/-in profitieren Sie von 20% Rabatt für folgende Vorstellungen:

- Dienstag, 17. November 2009, 20 Uhr
- Sonntag, 22. November 2009, 19 Uhr
- Donnerstag, 26. November 2009, 20 Uhr

Um vom Rabatt zu profitieren, laden Sie Ihr persönliches Kennwort unter www.weltwoche.ch/platinclub herunter, und bestellen Sie Ihre Tickets über Telefon 044 265 56 56.

Weitere attraktive Leserangebote und Verlosungen finden Sie unter www.weltwoche.ch/platinclub.



Bewährte Qualität. Jetzt in neuer Form.
044 258 15 30, www.nzz.ch/abo oder am Kiosk.

Neue Zürcher Zeitung

Kampf den Steuerhöllen

Von Kurt Schiltknecht — Statt sogenannte Steuerparadiese an den Pranger zu stellen, würde sich die OECD besser mit den negativen Auswirkungen von zu hohen Steuern auseinandersetzen.



Erdrückendes Anschauungsmaterial: Kanzlerin Merkel.

Nachdem die Schweiz von der grauen Liste der Steuerparadiese gestrichen worden ist, wäre es an der Zeit, dass sich der Bundesrat bei der OECD für die Abschaffung der Steuerhöllen starkmachen würde. Angesichts der riesigen Defizite in den Industriestaaten liegt die Annahme auf der Hand, dass die ohnehin schon grosse Zahl von Steuerhöllen in den kommenden Jahren noch weiter zunehmen wird. Die OECD könnte bei diesem Unterfangen wesentlich grössere Lorbeeren ernten als für ihren Kampf gegen die Steuerparadiese.

Kaum jemand wird ernsthaft bestreiten, dass der wirtschaftliche Schaden übersetzter Steuerbelastungen wesentlich grösser ist als der, den die Steueroasen der Weltwirtschaft zufügen. Für einen Kampf gegen die Steuerhöllen könnte die OECD geistige Anleihen bei den Professoren machen, von denen ich vor knapp fünfzig Jahren gelernt habe, dass eine zu hohe Steuerbelastung die Leistungsbereitschaft in der Wirtschaft schmälert, die Steuerhinterziehung und den Steuerbetrug fördert und die Abwanderung des Kapitals und hervorragender Arbeitskräfte in Länder mit einer massvollen Besteuerung begünstigt. Wie recht diese Professoren mit ihren Aussagen hatten, haben die letzten Jahre immer wieder eindrücklich vor Augen geführt. Das Anschauungsmaterial ist so erdrückend, dass es unverständlich ist,

weshalb Politiker, aber auch einzelne Professoren noch immer für höhere Steuern plädieren. In den letzten fünfzig Jahren sind Milliardenbeträge am Fiskus vorbeigeschmuggelt worden. Aber auch die Zahl der Unternehmungen, die in einem steuerlich und regulatorisch attraktiveren Land einen neuen Standort gefunden haben, ist gewaltig. Man braucht kein Steuerexperte zu sein, um die täglichen Steuerbetrüge zu erkennen, die sich in den Ländern mit konfiskatorisch anmutenden Mehrwertsteuern auf allen Wirtschaftsebenen abspielen. Schwarzarbeit ist nur ein beredtes Beispiel dafür.

Repressionen ohne Wirkung

So lang die Liste der Steuerhöllen ist, so klein ist die Zahl der Länder, in denen die Politiker einen ernsthaften Versuch unternommen haben, mit Steuerentlastungen und Deregulierungen einer darbenenden Volkswirtschaft wieder Leben einzuhauchen. Die wohl erstaunlichste Erfolgsgeschichte lieferte Neuseeland Mitte der 1980er Jahre unter einer linken Regierung. Dank einer radikalen Einschränkung der staatlichen Aktivitäten erholte sich nicht nur die darbenende Wirtschaft, auch der stark angeschlagene Staatshaushalt konnte saniert werden. Aber auch der wirtschaftliche Aufschwung Englands unter Margaret Thatcher

oder der langanhaltende Wirtschaftsboom in den USA unter Ronald Reagan liefern entgegen der populistischen Kritik linker Kreise vielfältiges Anschauungsmaterial für die Wohltaten niedriger Steuern und einer Beschränkung der staatlichen Aktivitäten. Die OECD wäre gut beraten, wenn sie sich intensiver mit den wirtschaftlichen Implikationen zu hoher Steuern auseinandersetzen würde, statt die Steuerparadiese an den Pranger zu stellen. Bis heute ist es keinem Land mit einer hohen Steuerbelastung gelungen, deren schädliche Auswirkungen mit Repressionen oder zusätzlichen Regulierungen in den Griff zu bekommen. Auch die zahlreichen im Anschluss an die Bekanntgabe der grauen und schwarzen Listen getroffenen internationalen Steuerabkommen werden an dieser Situation nicht viel ändern.

Es ist deshalb zu befürchten, dass die unter Steuerflucht und Steuerbetrug leidenden Staaten in den kommenden Jahren die Banken und Unternehmungen zwingen werden, den Fiskalbehörden noch detailliertere Informationen über die Finanztransaktionen ihrer Bürger und Unternehmungen zu liefern. Der Zeitpunkt, an dem die Bürokraten alles über die Finanztransaktionen und Ausgaben der Bürger wissen, liegt nicht mehr fern. Doch selbst dann wird sich herausstellen, dass die Offenlegung sämtlicher privater Aktivitäten nicht ausreicht, um die schädlichen Auswirkungen einer zu hohen Steuerbelastung zu eliminieren.

Ein Überwachungsstaat und überhöhte Steuern haben noch nie ein kreatives Umfeld für die Wirtschaft geschaffen. Steuerumgehung und Steuerbetrug nehmen mit der Steuerbelastung zu. Umgekehrt nimmt bei steigenden Steuern die Bereitschaft ab, mit überdurchschnittlichen Leistungen den Wohlstand eines Landes zu mehren. In einer Gesellschaft, in der Steuerbetrug oder Abwanderung des Kapitals ins Ausland zur Normalität werden, sind die Voraussetzungen für die Schaffung von Wohlstand schlecht. Eine Besserung wird nur dann eintreten, wenn der Trend zu immer höheren Steuern gebrochen werden kann.

Die Geschichte lehrt allerdings, dass die Politiker nur dann zur Einsicht gelangen, wenn die schädlichen Folgen übersetzter Steuern nicht mehr zu übersehen sind. Aus diesem Grund und vor dem Hintergrund der Rekordverschuldung in den führenden Industriestaaten ist Optimismus für die künftige Entwicklung der Weltwirtschaft fehl am Platz.



Kurt Schiltknecht

Volkswirtschaftler, ausserordentlicher Professor an der Universität Basel und Verwaltungsrat

Mörgeli

Dianas Diner, Diktators Datteln

Von Christoph Mörgeli

Ein bemerkenswerter Romancier ist er schon, dieser Valéry Giscard d'Estaing. Der ehemalige französische Staatspräsident schenkt der Grande Nation so etwas wie einen Liebesroman. «La princesse et le président» heisst seine im Verlag Editions Fallois-XO erschienene Erzählung. Das lesende Publikum ist von der prickelnden Begegnung von Frankreichs Präsident mit der unglücklichen britischen Princess Diana im Buckingham-Palast hin und weg: «Mein Kopf stand in Flammen, und mein Herz zitterte», schreibt der Staatschef, der später beim Diner unter dem Tisch Dianas Hand ergreift. Als das interessierte Frankreich nachfragte, ob da tatsächlich was gelaufen sei, winkte Giscard d'Estaing ab: alles dichterische Freiheit. Die Liebesgeschichte habe nie stattgefunden.

Nicht minder bemerkenswert als Romancier ist Hans-Rudolf Merz. Der Schweizer Bundespräsident schenkt dem Alpenstaat so etwas wie einen Liebesroman. «Le dictateur et le président» heisst seine in der Zeitschrift *L'Hebdo* erschienene Erzählung. Wir vernehmen darin von der atemberaubenden Begegnung unseres Bundespräsidenten mit dem libyschen Revolutionsführer Gaddafi im Uno-Glaspalast: «Zuletzt hat er meine Hand ergriffen und mir Datteln und Tee offeriert.» Und nebenbei habe der Diktator «neue Entschuldigungen» verlangt. Als die irritierte Schweiz nachfragte, ob sie tatsächlich nochmals zu Kreuze kriechen müsse, winkte das Departement von Hans-Rudolf Merz ab: alles dichterische Freiheit. Die Entschuldigungsforderung habe nie stattgefunden.

Die Altherrenfantasien des Valéry Giscard d'Estaing mögen hochnotpeinlich wirken, sind aber dessen Privatsache. Anders liegt der Fall, wenn Hans-Rudolf Merz nach Peer Steinbrück («Dies ist der Beginn einer wunderbaren Freundschaft») jetzt auch noch für Gaddafi leinwandreife Gefühle entwickelt. Die Situation ist bizarr: Um Gaddafi keinen Triumph zu verschaffen, darf Merz aus Gründen helvetischer Staatsräson nicht zurücktreten – solange die Geiseln noch nicht hier sind. Sobald die beiden Geiseln Schweizer Boden betreten, kann sich Merz nicht mehr im Amt halten. So gesehen erscheint der libysche Tyrann im Vergleich zum Appenzeller Demokraten geradezu machtlos. Gaddafi hat zwei Schweizer Geiseln unter Kontrolle. Hans-Rudolf Merz hat momentan sieben Millionen Schweizer Geiseln in der Hand.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Bodenmann

Vierzig Spitäler sind genug

Von Peter Bodenmann — Mehr Neubauten bedeuten mehr Qualität und tiefere Kosten im Gesundheitswesen.



Der Neubau ist teurer, aber er rechnet sich: Universitätsspital Zürich.

Das Zürcher Universitätsspital ist ein Krebsgeschwür. Seine Abteilungen sind auf 56 Standorte verteilt. Dies fördert heute erfolg- und folgenreich die medizinische Ineffizienz. Die Verantwortlichen haben, in die Zukunft blickend, zwei Varianten geprüft: Ausbau des Spitals am bisherigen Standort oder Neubau des Spitals auf einem 140 000 Quadratmeter grossen Grundstück an der Zürcherstrasse in Dübendorf. In der Nähe des Bahnhofes und nicht einmal eine Viertelstunde vom Flughafen entfernt.

Das Resultat der Studie: Ein Neubau ist mit drei Milliarden Franken teurer als die Erweiterung des Spitals am heutigen Standort. Aber er rechnet sich: Die Bauzeit ist sechs Jahre kürzer. Die Betriebskosten sinken um 25 Millionen Franken im Jahr. Und selbst die Kapital- und Unterhaltskosten liegen mittelfristig tiefer. Auch im Spitalsektor gilt: Zürich ist nicht gebaut, Zürich muss neu gebaut werden.

Universitätsspitäler sind Leuchttürme in Sachen Forschung, Ausbildung und Behandlung der Patienten. Viel Geld könnte zusätzlich gespart werden, wenn die Zahl der medizinischen Fakultäten in der Schweiz auf drei reduziert würde und die Aufgaben in Sachen teure Spitzenmedizin unter ihnen aufgeteilt würden.

Daneben braucht die Schweiz nur vierzig öffentliche Spitäler mit je 500 Betten, welche die Kosten massiv senken und die Qualität ebenso massiv steigern würden. Wer innert zwölf Jah-

ren alle Spitäler an den richtigen Orten neu baut, kann pro Jahr drei Milliarden Franken sparen. Nichts beweist dies besser als die Studie des Zürcher Unispitals mit seinem Umsatz von knapp einer Milliarde Franken im Jahr.

Quer durch alle Parteien und Medien fordern faktenfreie Bauchredner: Wir müssen im Gesundheitswesen sparen. Die Qualität des Gesundheitswesens muss trotzdem erhalten bleiben.

Richtig ist: Die bisher nicht einmal gemessene Qualität der unterschiedlichen kantonalen Gesundheitswesen kann und muss qualitativ massiv verbessert werden. Auch dank vierzig neuen Spitälern. Die Kosten des Gesundheitswesens müssen nicht gesenkt werden, sie sollten nur nicht viel schneller als das BIP wachsen. Notwendig ist nicht die Rationierung medizinischer Leistungen, sondern die rationellere Erbringung derselben.

Warum hat Pascal Couchepin dieses Problem in den letzten sechs Jahren nie angepackt? Martigny war im Wallis während 150 Jahren die erfolgreiche freisinnige Zitadelle gegen die Übermacht der CVP. Die Stadt kontrollierte ihr Bezirksspital. Pascal Couchepin war Präsident der Stadt und Präsident des Verwaltungsrates dieses Spitals.

Sein macht Bewusstsein. Leider mit Langzeitfolgen.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Altbacken in die Zukunft

Von Kurt W. Zimmermann — Äusserlich haben sich *Tages-Anzeiger* und *NZZ* kaum verändert. Der Unterschied wird trotzdem grösser.

Anfang September erklärte das *Magazin* des *Tages-Anzeigers* den Lesern, wie man heute eine gute Zeitung macht: «Sind Zeitungen tot? Unsinn! Sie müssen nur ganz anders werden.»

Als Tageszeitungen, die ganz anders wurden, nannte man *Informação* aus Lissabon, *Svenska Dagbladet* aus Stockholm und *nrc.next* aus Rotterdam. Gemeinsam ist ihnen, dass sie nicht als Zeitungen, sondern als Zeitschriften daherkommen. Sie sind weniger für Leser als für Hingucker gemacht, mit riesigen Fotos und viel grafischem Schnickschnack.

Ende September erschien dann der neue *Tages-Anzeiger*. Man erwartete also, dass auch er ganz anders geworden war. Das Gegenteil traf ein. Das Blatt blieb seiner grafischen Tradition der kulturellen Kleinbürgerlichkeit treu. Man setzte auf Schematisierung. Das Layout erinnerte an eine Linzertorte. Nur die Bilder waren etwas grösser als zuvor.

Ein paar Tage zuvor war bereits das Organ der Grossbürgerlichkeit in einem neuen Outfit erschienen. Auch die *NZZ* blieb dabei ihrer grafischen Tradition des kulturellen Konservatismus treu. Man setzte auf Reduktion. Das Layout erinnerte an einen Zwieback. Nur die Bilder waren etwas grösser als zuvor.

Es ist selten, dass die führenden Zeitungen eines Landes zugleich mit einem neuen Erscheinungsbild auftreten. Noch seltener ist, dass sie so risikoscheu an die Sache herangehen. Der *Tages-Anzeiger* blieb bewährt bünzlihaft. Die *NZZ* blieb anerkannt altbacken.

Gestanzt oder geblümt?

Zeitungsgrafik ist Geschmackssache und darum kein wichtiges Erfolgskriterium. Wichtiger als die Anmutung ist die Aufarbeitung der News. Interessanterweise unterscheiden sich dabei *Tages-Anzeiger* und *NZZ* immer mehr.

Nach den deutschen Wahlen etwa titelte die *NZZ* ganz direkt: «Grosser Sieg für Schwarz-Gelb». Das ist die harte, alte News-Schule. Man konzentriert sich auf Fakten und verspricht den Lesern dadurch noch mehr Fakten – Nachrichtenjournalismus eben.

Nach den deutschen Wahlen titelte der *Tages-Anzeiger* ganz indirekt: «Jetzt kann Merkel so regieren, wie sie schon immer wollte». Das ist die weiche, neue News-Schule. Man verzichtet auf Fakten und verspricht den Lesern dafür Interpretation – Unterhaltungsjournalismus eben.

Auch im Inland passiert dasselbe, wenn etwa Moritz Leuenberger die Sparpläne kritisiert.



Alte Schule: NZZ-Chiefredaktor Spillmann.

«Leuenberger attackiert das geplante Sparprogramm», titelt dann die *NZZ* schnörkellos und auf den Punkt. «Der erhöhte Hilfeschrei», titelt dann der *Tages-Anzeiger* verschnörkelt und um die Ecke.

Es gibt Dutzende von ähnlichen Beispielen. Sie illustrieren die beiden unterschiedlichen Mentalitäten. Die *NZZ* setzt auf Gestanztes. Der *Tages-Anzeiger* setzt auf Geblümtes. Die einen versprechen Sachinformation, die andern Geschichten. Die unterschiedlichen Strategien sind Reaktionen darauf, dass Leser via Internet mehr Vorinformationen zur Nachrichtenlage haben. Man reagiert darauf auf zwei Arten.

Die *NZZ* glaubt auch in der heutigen Informationswelt an die kraftvolle Führungsrolle der Tageszeitung. Der *Tages-Anzeiger* versteht sich nur als mediale Ergänzung zum Internet. Die *NZZ* ist darum dichter, der *Tages-Anzeiger* darum dichterischer.

Welcher Ansatz gewinnen wird, ist offen. In unserer Generation der Informations-Oldies bevorzugt man das Konzept *NZZ*. Doch nun kommt eine jüngere Generation ins Zeitungsalter, teilinteressierte Info-Surfer, die sich verspielt zwischen Online und iPod bewegen. Hier hat der *Tages-Anzeiger* mit seinem Konzept eher eine Chance.

Keiner weiss genau, wie die Zukunft der Zeitungen aussieht. Sicher ist nur, dass ihr Äusseres dabei keine Rolle spielt.

«Integrationsaufwandüberschuss»

Von Peter Keller

Die Mehrheit der Kantone, hiess es am Wochenende, würde 2010 «tieftrote Zahlen» schreiben. Von Genf bis Zürich drohen «Defizite» in Milliardenhöhe. Das sind an sich schon unerfreuliche Tatsachen. Dabei liesse sich mit etwas Wortkosmetik die gleiche Meldung viel freundlicher formulieren. Statt von bösen Defiziten zu reden, böte sich der flauschige Begriff «Aufwandüberschuss» an. «Überschuss» ist rundum positiv. Da denkt jeder an satte Gewinne und gute Ernten. Machen wir den Schlagzeilentest: «Die Mehrheit der Kantone weist für 2010 Aufwandüberschüsse in Milliardenhöhe aus.» So freut sich der Steuerzahler. Dabei bleiben auch bei «Aufwandüberschüssen» Defizite Defizite – aber man fühlt sich mit dieser Formulierung irgendwie wohler.

George Orwell hat in seiner Zukunftsvision «1984» exemplarisch vorgemacht, wie durch die Sprache das Denken manipuliert werden kann. Da in dieser schönen neuen Welt nichts schlecht sein darf, wurde schlecht zu «ungut» und sehr schlecht zu «doppelplusungut» umdefiniert. Machen wir nochmals den Praxistest: «Morgen wird das Wetter ungut, doch auf das Wochenende darf mit doppelplusunguten Verhältnissen gerechnet werden.» Wer packt da nicht vorfreudig die Koffer für den Kurztrip mit den Liebsten?

Sie halten diese Beispiele von Wortkosmetik für ziemlich abseitig? Nicht zu Unrecht. Doch unter uns: Es gibt ganze Wissenschaftszweige, die davon leben, Banalitäten in unverständliches Akademikerdeutsch zu übersetzen. So erfahren wir beispielsweise über den Soziologen Niklas Luhmann, dass dessen Systemtheorie selbstreferenzielle soziale Operationen thematisiere. Unter selbstreferenziell sei zu verstehen, dass sich Systeme nur auf ihre internen Operationen beziehen und trotzdem kognitiv offen sind. Nur damit das geklärt ist.

Eine weitere Spezialität von Soziologen ist, unangenehme Wahrheiten durch die Newspeak-Mühle zu drehen. Hier wird die Unterschicht zum «Prekariat» und der Dummkopf zum «bildungsfernen» Mitbürger. Ausländern bzw. «Menschen mit Migrationshintergrund», die a) fürsorgeabhängig, b) gewalttätig sind, c) die Landessprache nicht beherrschen, werden «Integrationsdefizite» bescheinigt. In einem nächsten Schritt dürfte sich «Integrationsaufwandüberschuss» aufdrängen.

Im Internet

www.weltwoche.ch/wortkontrolle

Leserbriefe

«Le Corbusier hat auch für Stalin gebaut – nicht nur für Vichy – und auch in Westberlin, hofiert vom Westen.» *Gereon Sievernich*



Lichtgestalt und Antisemit: Le Corbusier auf der Titelseite der letzten Ausgabe der *Weltwoche*.

Antipodisch zum Stil der Stalinallee

Nr. 40 – «Grossbaumeister des Faschismus»; Philipp Gut über Le Corbusiers Schattenseiten

Le Corbusier soll gesagt haben, es sei wunderbar, in Moskau zu bauen, weil der Staat alleiniger Grundeigentümer sei. Eines seiner grossen Bauwerke steht noch heute in Moskau. Und die Charta von Athen sollte Charta von Moskau heissen, doch Stalin liess in den 1930er Jahren die Architektengruppe nicht mehr ein-

reisen. Vielleicht sollte man darauf hinweisen, dass Le Corbusier auch für Stalin gebaut hat, nicht nur für Vichy. Und nach dem Zweiten Weltkrieg baute er in Westberlin, hofiert vom Westen, weil sein Stil als antipodisch zum Stil der Stalinallee der 1950er Jahre galt. Nun denn: Die Architekten haben schon immer für viele gebaut. *Gereon Sievernich, Berlin*

Endlich ein Artikel in einer Schweizer Zeitschrift über den zweifelhaften Charakter und

das menschenverachtende Werk von Le Corbusier. In diesem Zusammenhang sei auch auf die Episode «E.1027» verwiesen: Le Corbusier schlich sich aus Besitzneid in die Familie von Eileen Gray ein und schreckte auch vor Vandalismus nicht zurück, um endlich dieses Haus zu besitzen, vor dem er dann 1965 im Meer ertrank. *Thomas Bollinger, Bern*

Kaum integrierbar

Nr. 40 – «Integration» in den Sozialstaat»; Peter Keller über den Skos-Tarif

Die genannten Immigrantengruppen aus dem islamischen Kulturkreis von Angola bis Libyen bereiten allen Ländern in Europa dieselben Probleme. Sie weisen die höchsten Kriminalitätsraten auf und beanspruchen am meisten Sozialhilfe. Sie sind kaum integrierbar. Ein kroatischer Sänger darf wegen Rassismusegefahr nicht bei uns einreisen. Der Steinigungsbefürworter Hani Ramadan darf dagegen in der Schweiz bleiben und kann hier weiterhin für die menschenrechtsverletzende Scharia inklusive Steinigung werben. Die Schweiz und Europa schaufeln sich das nach Mekka gerichtete Grab selbst. *Peter M. Linz, Büsserach*

Ein Insider kommt zu Wort

Nr. 40 – «Bezahlen müssen andere»; Peter Burckhardt über Krankenversicherer

Es ist erfrischend, dass in der Diskussion um die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen mit Prof. Dr. med. Peter Burckhardt ein Insider zu Wort kommt, der offensichtlich weiss, wovon er spricht. Er verteilt keine leeren Anschuldigungen, sondern stellt klar die falschen Anreize in den Vordergrund. Gratuliere zu dieser klaren und verständlichen Darstellung und den darin enthaltenen Lösungsansätzen. *Dr. med. Philipp Schütt, Winterthur*



AARAU BASEL BERN CHUR GENÈVE LAUSANNE LUGANO LUZERN ST. GALLEN ZÜRICH

Die Schweizer Bildungsinstitution.
Effizient. Sicher. Individuell.



**Verschiedene Menschen. Verschiedene Bildungsbedürfnisse.
Eine Schule: AKAD.**

Eidg. Fachausweise und Diplome für die Berufswelt, Handelsschule, Berufsmaturität, gymnasiale Maturität, Sprachen, Höhere Fachschulen Wirtschaft/Bank/Versicherung, Fachhochschule, Weiterbildungskurse für Schule, Beruf und Freizeit.

www.akad.ch

Im Gesundheitswesen müssen wir das Rad der Zeit auf die Periode vor der unsäglichen Zeit von Ruth Dreifuss zurückdrehen. Das KVG muss abgeschafft werden. Die Ausbildung des Pflegepersonals muss wieder auf das vorherige Niveau gebracht werden. Heute haben wir Zustände wie vor vierzig Jahren in England. Dort sieht man ein, dass es so nicht weitergehen kann. Patienten verhungern, wenn ihnen Angehörige nicht das Essen eingeben! *Jürg Wehrli, Uster*

Nervige Anlässe

Nr. 40 – «Mein Kap»; Mark van Huisseling über Veranstaltungen in Zürich

Endlich einmal ein Journalist, der schreibt, wie nervig in Zürich diese Anlässe sind, bei welchen ganze Stadtquartiere für Autos gesperrt werden, nur damit irgendein Bünzli mit seinem Fahrrad und Fahrradanhänger mit Wimpel dran das Limmatquai rauf- und runterfahren kann. *Michael Gubser, Zollikon*

Kultur steht über dem Gesetz

Nr. 40 – «Musterschülerin Eveline»; Peter Bodenmann über den Fall Polanski

Es ist interessant, wie Kulturschaffende und mehrheitlich linke Politiker den Spiegel, den sie der Gesellschaft laufend vors Gesicht halten, wieder in ihr Moralarsenal zurücklegen, um sich vor einen geständigen Gesetzesbrecher zu stellen. Offenbar steht Kultur über dem Gesetz. Nach Bodenmann ist der Staat «halbwegs funktionierend», wenn man ein solches Problem mit Hilfe des Geheimdienstes «diskret» aus der Welt schafft, um der Schweiz eine «Aufregung zu ersparen». Falsch: Ein Staat ist funktionierend, wenn Verbrecher zur Rechenschaft gezogen werden; wenn alle Bürger gleich behandelt werden und der Staat konsequent, geradlinig und berechenbar ist. Probleme müssen nicht aus der Welt geschafft werden, nur weil man Entrüstung von französischen und polnischen Ministern zu gewärtigen hat. Endlich hat die Schweiz wieder einmal bewiesen, dass sie ein eigenständiger Rechtsstaat ist. *Georg Wechsler, Uster*

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Den Tierschutz auf seine Fahne schreiben

Nr. 40 – «13 Fragen an Sara Stalder»; Die Konsumentenschützerin zur Dominostein-Sammelaktion der Migros
Sind die Konsumenten nun mündig oder nicht? Es liegt doch einzig und alleine an den Eltern. Es gibt Verwandte, welche die Dominosteine für ihre Enkelkinder, Nichten, Neffen etc. sammeln. Sollte sich die Stiftung für Konsumentenschutz nicht eher um den Verkauf von Fleischprodukten von geschächteten Tieren (Baktat-Produkte) bei Coop kümmern? Schreiben Sie sich doch den Tierschutz auf Ihre Fahne! *Karin I. Burgermeister, Küsnacht*

Suizidal

Nr. 40 – «Es passiert halt einfach so»; Andreas Kunz im Gespräch mit L. G., einem aus der Haft entlassenen Kosovo-Albaner

Die Mentalität gewisser Völker ist mit unserer nicht zu vereinbaren. Wir Schweizer sind eher ein Volk, das reflektierend mit Diskussionen ein Problem zu lösen versucht, während andere Völker dies eher triebhaft mit der Faust oder dem Messer erledigen. Ein Kollektiv, das die gleichen Werte bejaht, lebt und kultiviert, bildet eine Einheit. Diese Einheit trägt den Einzelnen, und der engagiert sich für die Einheit. Wird nun diese Einheit von unintegrierten Einheiten unterlaufen, zersetzt sich die Einheit in Fragmente. Wird die Fragmentierung zu stark, beginnt ein Krieg, in dem jeder gegen jeden kämpft. In den unteren Schichten offenbart sich diese Haltung als grundloser Faustschlag ins Gesicht, in den oberen als rücksichtslose Gehaltsabzockerei. Ist die Schweiz ein Versuchsanatorium, das zu beweisen versucht, dass sich ein stumpfsinniger Mensch zu einem Nobelpreisträger umerziehen lässt? Wird sie erst zu spät erkennen, dass ihre Migrationspolitik naiv war? Man soll Feuer mit Feuer bekämpfen: Wer sich rücksichtslos benimmt, soll rücksichtslos das Land verlassen müssen – alles andere bleibt suizidal. *Matthäus Steiner, Zürich*

Gegendarstellung

Die *Weltwoche* schreibt in ihrer Ausgabe vom 1. Oktober 2009 unter dem Titel «Die Akte UBS», der UBS-Whistleblower Bradley Birkenfeld habe sich mich als freien Journalisten ausgesucht, um gegen die UBS medial vorzugehen. Es wird damit der Eindruck erweckt, ich hätte mich von Birkenfeld instrumentalisieren lassen. Diese Darstellung ist falsch. Richtig ist, dass ich aufgrund eigener Recherchen über den Whistleblower Birkenfeld berichtete. Ein Gespräch über die Sache UBS kam mit ihm trotz mehrerer Versuche nicht zustande. Es kann demnach keine Rede davon sein, dass ich, wie suggeriert, Teil von Birkenfelds «Rachefeldzug» gewesen wäre.
Lukas Hässig, Zürich

Gegendarstellung

Im Artikel «Die Vendetta» in der *Weltwoche* Nr. 29/09, Seite 30 ff., wird behauptet, im gerichtlichen Vergleich zwischen Thomas Matter und der *NZZ am Sonntag* sei über die Höhe von Thomas Matters finanziellen Forderungen ausdrücklich Stillschweigen vereinbart worden und der Chefredaktor der *NZZ am Sonntag* habe im Editorial der Ausgabe vom 8. März 2009 abmachungswidrig die Höhe der Forderungen von Thomas Matter gegen die *NZZ am Sonntag* genannt, um den Vergleich in einem für die Zeitung vorteilhaften Licht erscheinen zu lassen. Diese Behauptungen sind falsch. Der abgeschlossene Vergleich enthielt keine Stillschweigeklausel, und es gab zwischen Thomas Matter und der *NZZ am Sonntag* keine Abmachung, welche diese verpflichtet hätte, die eingeklagte Geldsumme nicht zu nennen.

Im genannten Artikel wird auch behauptet, der Chefredaktor der *NZZ am Sonntag* habe sich im genannten Editorial wider besseres Wissen auf die Verfügung der Bankkommission (EBK) vom Dezember 2006 bezogen. Diese Behauptung ist falsch. Das genannte Editorial enthielt keinen solchen Hinweis.

NZZ am Sonntag,

Dr. Felix E. Müller, Chefredaktor

suche.ch[®]

Das Schweizer Internet-Portal

jetzt noch besser!
einfacher - schneller - genauer

schon besucht?

kredite.ch

hypotheken.ch

wohnungen.ch

architekt.ch

sicherheit.ch

renovationen.ch

solaranlagen.ch

wetterbericht.ch

«Zivilisierende Wirkung des Marktes»

Ernst Fehr erforscht an der Universität Zürich das Motivationsverhalten ökonomisch handelnder Individuen – ein brisantes Thema in der Debatte um Managerlöhne und Steuerbetrug. Der Ökonom gilt als Anwärter auf einen Nobelpreis. *Von Dominik Flammer*

Sie versuchen seit Jahren nachzuweisen, dass wir Menschen gar nicht so rational und eigennützig handeln, wie dies die Wirtschaftswissenschaften jahrzehntelang unterstellt haben. Und das just in einer Periode, da sich quer durch alle Schichten hindurch eigennütziges Handeln immer stärker zum ökonomischen Grundprinzip entwickelt.

Diese Entwicklung liegt nur teilweise in der Natur des Menschen und hängt vor allem von den institutionellen Rahmenbedingungen ab. Solange die Eigennützigsten permanent den Vorteil haben, werden sich über kurz oder lang die meisten nicht kooperativ verhalten. Es sieht dann so aus, als würden alle Leute nur aus eigennützigem Motiven handeln.

Wozu machen Sie sich denn die Mühe nachzuweisen, dass der Mensch auch anders kann?

Mit meiner Forschung will ich den Menschen beschreiben, so wie er ist. Eigennützigkeit und Egoismus spielen zwar bei vielen menschlichen Handlungen eine wichtige Rolle, sie sind aber selten die einzigen Motive. Oft spielt Eigennutz sogar eine untergeordnete Rolle.

In Anbetracht ausufernder Sozialhilfebe-trügereien und exponentiell wachsender Millionensaläre in den Chefetagen fällt es schwer, dies zu glauben.

Man muss unterscheiden zwischen eigennützigem Verhaltensweisen und den Motiven, die dem menschlichen Handeln zugrunde liegen. Wir können in unseren wissenschaftlichen Versuchen jederzeit Situationen kreieren, bei denen es so scheint, dass sich die meisten Probanden völlig eigennützig verhalten. Und dies, obwohl wir wissen, dass fünfzig bis sechzig Prozent der Leute auch über Fairness- und Gerechtigkeitsmotive verfügen. Doch gerade wenn es um öffentliche Güter geht, gewinnt der Eigennutz an Bedeutung, wenn ihm nicht durch geeignete Schranken Einhalt geboten wird.

Dies war nicht immer so. Wer heute staatliche Leistungen beziehen kann, macht dies ohne die geringsten Hemmungen.

Ich glaube nicht, dass sich die Motivation verschoben hat, die Leute funktionieren nicht viel anders als vor dreissig Jahren. Ich glaube, dass hier ein Prozess eingesetzt hat, den ich im Labor in einer hal-

ben Stunde erzeugen kann. Das Problem ist, dass nicht genügend kontrolliert wird. Wenn Missbrauch nicht verhindert wird, fangen manche Leute an, dies auszunützen. Der Nachbar sieht das und denkt sich: Was der kann, kann ich auch. So setzt ein sozialer Ansteckungsprozess ein, der darauf hinausläuft, dass viele Leute ungerechtfertigterweise Sozialleistungen beziehen.

Damit verhält sich der Sozialhilfeempfänger doch nicht anders als der Manager, der Abermillionen kassiert.

Ich glaube schon, dass es hier in manchen Unternehmen zu Exzessen gekommen ist. Dies liegt wie bei der Sozialhilfe an schlecht konstruierten Institutionen, die Corporate Governance ist mangelhaft. Im Moment ist diese häufig so konzipiert, dass die Aktionäre wenig Einfluss haben auf die Saläre der Spitzenmanager. Vergleichen wir die Wirtschaft mit der Politik. Es hat Volksabstimmungen in der Schweiz gegeben, die auf eine Begrenzung von Politikergehältern hinausgelaufen sind. Und dies gelegentlich in einer Masse, das nicht mehr vernünftig ist. Staatsbürger können Politikergehälter beeinflussen, während die meisten Aktionäre Managersaläre kaum mitbestimmen können. Das ist eine paradoxe Situation.

Ein Prozess, der mittlerweile auch den Mittelstand erfasst hat. Die Steuermoral sinkt.

Auch wenn die Schweiz bei der Steuermoral im internationalen Vergleich noch immer gut dasteht, ist ein sozialer Ansteckungsprozess auch im Bereich der Steuerhinterziehung denkbar. Doch lassen wir die Beispiele: Denn keines belegt die fundamental egoistische Natur des Menschen. Sondern sie zeigen nur, dass über soziale Ansteckungsprozesse eine Situation entsteht, bei der sich am Schluss alle egoistisch verhalten.

Wie lässt sich dieser Prozess aufhalten?

Dafür gibt es viele Beispiele. Die Niederlande etwa haben die exzessiven Auswüchse im Bereich der Invalidenversicherung mit einem verbesserten Kontrollsystem innert kürzester Zeit in den Griff bekommen. Man muss immer wieder darum ringen, eine vernünftige Balance zu finden für eine Versicherungsleistung, die niemand bestreitet. Jegliche Form von Missbrauch in diesem Bereich erhitzt die Gemüter. Das zeigt auch die politische Diskussion. Aber bitte: Die Tatsache, dass sich die Leute masslos über ungerechtfertigte Sozialhilfe oder exorbi-

tante Saläre aufregen, belegt doch, dass es auch die andere Seite gibt.

Warum ruft Sozialhilfebetrug die grösste Empörung hervor, während Managersaläre oder Steuerhinterziehung in weiten Kreisen als Kavaliersdelikte abgetan werden?

Die Empörung hängt davon ab, wie nahe man selber an den Dingen dran ist. Es gibt ja das bekannte Beispiel der Schulkollegen, die das Dreissig-Jahre-Jubiläum der Matura feiern. Manche gehen gerne hin, manche nicht. Denn hier findet der relevante soziale Vergleich statt. Der durchschnittliche Mann und die durchschnittliche Frau vergleichen sich nicht mit Daniel Vasella. Sie vergleichen sich mit ihren Nachbarn, ihren Berufskollegen. Sie orientieren sich an Leuten, die Dinge machen, die sie manchmal nicht in Ordnung finden, die sie aber selber auch machen könnten. Nur haben viele Leute eine grosse Abneigung dagegen, dass andere vom Nichtstun leben können. Dem Homo oeconomicus aus dem Lehrbuch wäre dies egal.

Dass der Mensch nicht wie im Lehrbuch der Ökonomie funktioniert, sagt uns der gesunde Menschenverstand. Dazu brauchen wir doch keine Verhaltensökonomien.

Der gesunde Menschenverstand liegt auch oft falsch. Insofern ist der wissenschaftliche Nachweis schon wichtig. Wenn dies aber das Einzige wäre, was die Verhaltensökonomie herausgefunden hätte, hätte sie nie ihre jetzige Bedeutung erlangt. Doch wir sind heute schon viel weiter. Etwa haben wir herausgefunden, unter welchen Bedingungen Egoismus obsiegt und wann soziale Motive Vorrang haben. Das ist der wirkliche Fortschritt. Wir wissen heute viel besser, in welchen Situationen sich Fairness und wann sich egoistische Verhaltensweisen durchsetzen.

An welche Situationen denken Sie da?

Ein schönes Beispiel dafür erleben wir zurzeit in der Politik mit der Bewegung, die Barack Obama in den USA ausgelöst hat. Da zahlen Millionen Leute Hunderte von Dollar in diesen Wahlkampf ein. Darunter sind viele, die sich diese Spende vom Mund absparen. Und dies, ohne persönlich etwas davon zu haben, ausser dass sie daran glauben, dass ein Kandidat eine Chance bekommt, der es aus ihrer Sicht gut machen könnte.

In der Politik mag das vorkommen, aber was ist mit der Wirtschaft?

In jedem Unternehmen finden täglich Prozesse statt, bei denen sich die Frage stellt, ob



«Ich bin durchaus ein politischer Mensch und will langfristig auch etwas bewegen»: Wissenschaftler Fehr.

der Mitarbeiter nur eigennützig handelt oder ob er an das Unternehmen und dessen Reputation denkt. Das beginnt bei Überstundenleistungen. Oder bei der Überlegung, ob ich um Viertel nach vier den Telefonhörer abnehme, auch wenn meine offizielle Arbeitszeit bereits um halb vier beendet war. Lauter solche Kleinigkeiten fassen wir unter dem Begriff freiwillige Kooperation zusammen.

Wenn es diese Freiwilligkeit in Firmen gibt, wozu müssen dann Mitarbeiter mit finanziellen Anreizen motiviert werden?

Es ist richtig, Bonussysteme – beispielsweise durch Bezahlung von Aktienoptionen – setzen häufig falsche Anreize. Grundsätzlich würde ich Bonussysteme deswegen nicht verteufeln. Wenn man etwa Anfang Jahr im Gespräch mit dem Vorgesetzten Jahresziele festlegt und die Auszahlung eines Bonus von der Erfüllung dieser Ziele abhängig macht, dann ist das ein vernünftiger Anreizmechanismus. Solche Ziele werden weich formuliert, sie werden nicht in Verträgen festgelegt, es geht um subjektive Einschätzung.

Wann ist denn ein Bonussystem schlecht?

Bonussysteme sind schlecht, wenn die Leistung einseitig auf irgendein Ziel ausgerichtet wird oder wenn der Leistungsindikator nicht die wirkliche Leistung abbildet. Nehmen Sie einen Lehrer. Der muss so viele Aufgaben erfüllen, um sein Ziel zu erreichen, dass es sehr schwierig ist, individuelle Leistungsanreize zu setzen. Ich kann nicht einfach den Lehrer nach dem Notenschnitt seiner Klasse belohnen. Er kann nämlich einfach die Noten seiner Schüler manipulieren, ohne dabei seine Leistung steigern zu müssen. Dasselbe passiert im Management. Wenn ich einen Manager in Abhängigkeit von der absoluten Höhe des Aktienkurses seiner Unternehmung bezahle, ist das in der Regel eine mangelhafte Lösung, weil der absolute

«Die Forschung über soziale Motive hat die Bestrafung immer etwas vernachlässigt.»

Aktienkurs ein schlechter Leistungsindikator ist. Tauglich wird dieses Modell erst, wenn wir den Aktienkurs im Vergleich zur Kursentwicklung der Branche beurteilen. Nur wenn dieser Vergleich auch in die Leistungsentlohnung eingebaut wird, haben wir ein brauchbares Modell.

Wie könnte man Fairness- und Kooperationsmotiven mehr Platz einräumen?

Ein Weg läuft über die Gesetzgebung. Etwa über das Unternehmensrecht. Wie schützt man den Kleinaktionär, wie die Gläubiger? Ein anderer Weg läuft über die Gestaltung

der Unternehmenskultur, welche uneigennütigen Motiven wieder mehr Platz einräumen muss. Vergessen wir nicht, dass uneigennütige Motive für ein Unternehmen oder die Gemeinschaft, etwa für eine Gemeinde, von grossem Vorteil sein können. Es bedarf der Pflege der freiwilligen Kooperationsbereitschaft, dann ist der Mensch im Allgemeinen viel eher bereit, Kollektivgüter zu erzeugen, als dies die traditionelle Ökonomie unterstellt. Allerdings gibt es auch Kollektivgüter, die für die grössere Gemeinschaft, die Gesellschaft als Ganzes, schlecht sein können.

Schlechte Kollektivgüter?

Ja sicher, die gibt's. Auch eine Verbrecherorganisation baut für ihre Mitglieder Kollektivgüter auf, wie dies etwa bei der Mafia der Fall ist. Auch hier gibt es uneigennütige Verhaltensweisen, die einer klar definierten Gemeinschaft nützen. Nehmen Sie etwa Seilschaften oder die Vetternwirtschaft. Hier spielen zwar auch egoistische Motive eine Rolle, den Mitgliedern einer Seilschaft begegnet man aber oft mit uneigennütigen Motiven. Man gibt dem Freund etwas, weil er mein Freund ist. Eine Verhaltensweise, die für die Gesellschaft schädlich sein kann.

Also muss der Staat einerseits eingreifen, weil der Mensch zu rational handelt, andererseits wiederum, weil er dies zu wenig tut?

Der Staat muss in der Tat manchmal aus beiden Gründen eingreifen. Ein Staatseingriff ist etwa dann nützlich, wenn es um die Altersvorsorge geht. Denn hier handeln viele Menschen von sich aus zu wenig rational. Deshalb kennt fast jede Gesellschaft eine Form von Versicherungszwang. In den USA, einem Land mit einer schlecht ausgebauten Altersvorsorge, wird heute in diesem Zusammenhang von einem liberalen Paternalismus gesprochen. Bei extrem komplexen Fragen macht es aus der Sicht der Gemeinschaft gelegentlich Sinn, den Entscheidungsspielraum einzuengen.

Die grossen angelsächsischen Fachmagazine beschäftigen sich seit einigen Jahren stark mit der Verhaltensökonomie. Dennoch haben die neoliberalen Ökonomen bis heute die Deutungsmacht, etwa bei der Lohn Diskussion. Obwohl Sie und Ihre Kollegen längst nachgewiesen haben, dass eine Flexibilisierung der Löhne die Arbeitslosigkeit nicht im Geringsten senkt, werden die Mainstream-Ökonomen nicht müde, am Prinzip von Gesamtarbeitsverträgen und Mindestlöhnen zu rütteln.

Die Differenz zwischen den Verhaltens- und den Mainstream-Ökonomen besteht weniger darin, welches Entlohnungsmodell das bessere ist, ein fixes oder ein liberalisiertes. Der Unterschied besteht darin, in welchem Masse Lohnsenkungen überhaupt realisierbar sind. Die Verhaltensökonomie hat aufgezeigt, dass Nominallohnsenkungen kaum möglich sind.

Ernst Fehr

Was die Einschätzung des menschlichen Verhaltens angeht, hat die klassische Ökonomie viele Schrammen abbekommen. Und mit ihr der Homo oeconomicus, jenes Extrembild des eigennützig handelnden Menschen, auf dem viele ökonomische Theorien basieren. Dafür gesorgt haben in erster Linie Verhaltensökonomien wie der in Zürich lehrende Ökonomeprofessor Ernst Fehr. Der gebürtige Vorarlberger gehört seit Jahren nicht nur zu den meistzitierten Ökonomen weltweit, er ist auch eine der Führungsfiguren der «psychologischen Wende» in der Ökonomie. Eine Handvoll Verhaltensökonomien hat aufgezeigt, wie wir wirklich entscheiden. Fehr widerlegte das traditionelle Modell, das voraussagt, dass es nie profitabel sein kann, Löhne über dem Wettbewerbsniveau zu bezahlen. Durch Fehrs Experimentalökonomie sind viele vermeintliche Wahrheiten der klassischen Ökonomie gehörig ins Wanken geraten. Ernst Fehr gehört zu den diesjährigen Favoriten für den Nobelpreis in der Sparte Wirtschaft. (df)

In der Schweiz haben wir untersucht, wie häufig es in den 1990er Jahren zu Nominallohnsenkungen gekommen ist. Fündig geworden sind wir kaum. Zwar ist es bei manchen Arbeitnehmern zu Reallohneinbussen gekommen, weil die Löhne nicht immer der Inflation angepasst wurden. Doch dass der Nominallohn gesenkt wird, kommt fast nie vor. Denn die Arbeitgeber befürchten, dass es dann zu Leistungseinbrüchen kommt.

Fairnessmotive spielen in Ihrer Forschung eine wesentliche Rolle. Mit dem Ultimatumspiel haben Sie nachgewiesen, dass der Mensch auch im wirtschaftlichen Umfeld und im Umgang mit realem Geld durchaus zu Fairness bereit ist. Verändert sich diese Bereitschaft mit der Erhöhung des Einsatzes?

Verhaltensökonomien haben dieses Spiel auch in Russland und Indonesien durchgeführt, wo der Spieleinsatz bis zu drei Monatsgehälter ausmachte. Für viele Leute ein enormer Betrag, den man in einer Minute gewinnen kann. Hier ändert sich nicht viel, die Fairness bleibt erhalten.

Was, wenn mit Millioneneinsätzen gespielt wird?

Ich bin überzeugt, dass die Fairnessprinzipien auch bei hohen Einsätzen eine Rolle spielen. Denn jeder berücksichtigt das Risiko eines kleinen Angebotes und gewinnt lieber die Hälfte der Million, als durch ein knauseriges Angebot alles zu verlieren. Robert Aumann, ein Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften übrigens, wurde ein-

mal gefragt, was er beim Ultimatumspiel machen würde, wenn er als Bieter eine Million zur Verfügung hätte. Er hat gesagt, es sei nie sicher, ob es nicht einen Spinner gebe, der ein niedriges Angebot ablehnt. Eine geringe Wahrscheinlichkeit, auf jemanden zu treffen, der Fairnessmotive hat, reicht aus, ein faires Verhalten zu erzeugen. Aumann hat übrigens gesagt, dass er auch bei einem Einsatz von einer Million halbe halbe machen würde.

Viele Ihrer Experimente basieren auf dem Modell von Strafe und Belohnung. Ein Modell, das wir von der Religion her kennen. Damit hat die Kirche immer wieder versucht, soziale Normen durchzusetzen.

«Als Politiker müsste ich auf der Basis unvollständigen Wissens rasch Entscheidungen treffen.»

Vielleicht hat das wirklich damit zu tun, dass ich aus einer katholisch geprägten Gegend komme. Die Forschung über soziale Motive hat den Aspekt der Bestrafung immer etwas vernachlässigt. Unsere Forschung hat hier eine völlig neue Perspektive eröffnet, nämlich jene, dass ich aus sozialen Motiven heraus strafen kann. Hier haben wir den Begriff des altruistischen Strafens geprägt. Eltern tun dies mit Kindern andauernd. Strafe hat eine negative Prägung in unserer Kultur, Sanktion tönt da nicht mehr so schlimm. Jeder Belohnungsmechanismus ist auch immer ein Bestrafungsmechanismus.

Welchen Nutzen haben Erkenntnisse über Fairnessprinzipien für die Wirtschaft?

Eine wesentliche Erkenntnis haben wir aus Studien mit kleinen Stammesgesellschaften auf allen Kontinenten gewonnen.

Wir haben untersucht, wie stark diese Gemeinschaften über den Markt funktionieren. Essen sie nur ihr eigenes Gemüse, oder tauschen sie auch? Dabei hat sich gezeigt, dass der Markt eine zivilisierende Wirkung hat. Je stärker die Stämme in Papua-Neuguinea, im peruanischen Dschungel oder in der afrikanischen Steppe in den Markt eingebunden waren, desto fairer haben sie sich verhalten. Das zeigt, wie falsch es sein kann, wenn die extreme Linke den Markt ausschliesslich als schädlich brandmarkt.

Sie überraschen mich. Politische Aussagen hört man von Ihnen nur selten.

Ich bin durchaus ein politischer Mensch und will langfristig auch etwas bewegen. Aber ich habe mich nach dem Studium entschieden, eine wissenschaftliche und keine politische Karriere zu machen. Als Politiker müsste ich immer auf der Basis unvollständigen Wissens rasch Entscheidungen treffen. Aber ich habe mich nun mal dafür entschieden, herauszufinden, was die richtige Entscheidung wäre.

Sie haben den Erfolg der Verhaltensökonomie als «psychologische Wende» in den Wirtschaftswissenschaften bezeichnet. Der grosse amerikanische Ökonom Joseph Stiglitz hingegen traut den Verhaltensökonomien keine Revolution zu. Er glaubt, dass die Verhaltensökonomie allenfalls ein paar Löcher in die Wirtschaftswissenschaften reisse, zu mehr reiche es nicht.

Die Frage ist doch, was eine Revolution ausmacht. Die Verhaltensökonomie hat die Ökonomie auf neue Fragestellungen gebracht und auf neue Polit-Implikationen aufmerksam gemacht. Sie hat in der Tat zu einer psychologischen Wende geführt. Wir verfügen dank der Verhaltensökonomie heute über viele Teilerkenntnisse, die viele Annahmen und manche Schlussfolgerungen der Ökonomie über den Haufen geworfen haben.

Sie haben Ihre Experimente in den vergangenen Jahren auf die Hirnforschung ausgeweitet. Entfernen Sie sich damit nicht immer weiter von der Ökonomie?

Wir sind mittlerweile bei einem Dreiklang von Ökonomie, Psychologie und Hirnforschung angekommen. Es ist nicht so, dass wir plötzlich die Ökonomie oder die Psychologie ausblenden. Es geht um eine neurobiologische Fundierung der Erkenntnisse aus der Verhaltensforschung. Doch die neurobiologische Forschung betreibe ich nicht ausschliesslich als Ökonom, sondern ebenso aus Neugier. Langfristig werden uns diese Studien aber sicher für unsere ökonomischen Modelle etwas bringen. Die Zeit ist reif, hier den Ursachen auf den Grund zu gehen.

Mehr als einzelne Bruchstücke hat die sogenannte Neuroökonomie bis heute nicht geliefert. Viele Ökonomen betrachten sie deshalb als ein heikles Forschungsfeld.

Ich habe immer sehr riskante Forschung betrieben. Riskant in dem Sinne, dass ich den Mainstream nie besonders spannend fand. Meine Forschung kann mit dem Bau eines Tunnels verglichen werden. Als ich versucht habe, psychologische Elemente in die Wirtschaftstheorie einzubauen oder diese zu modifizieren, da habe ich einen Berg angebohrt. Bei dieser Bohrung war mir jedoch schon früh klar, wo der Tunnel herauskommen würde. Ich konnte mir das Licht vorstellen, das dereinst durch den Tunnel fluten würde. Mit der neurobiologischen Forschung habe ich einen Berg mit wesentlich massiverem Gestein angebohrt. Bei der neuroökonomischen Forschung ist es ungewisser, wann diese in den Wirtschaftswissenschaften grössere Bedeutung erlangen wird. Ich hätte mich aber nicht auf die Hirnforschung eingelassen, wenn ich nicht von ihrem Nutzen für die Ökonomie überzeugt wäre. ○

Am 16. Oktober teilen Sie mit vielen Kindern.

Wenn Sie am Welternährungstag essen gehen, gibt Ihr Gastgeber einen Teil dessen, was er einnimmt, an Terre des hommes weiter. Und die wiederum unterstützt damit Ernährungszentren in 14 der ärmsten Länder der Welt. Wenn Sie auch etwas dazutun wollen, sind Sie hier an den richtigen Adressen:

BASEL STADT: Atlantis • Bahnhof • Besenstiel • Brasserie Les Trois Kornhaus • Lily's • Merian-Spitz • RamsteinerhofThai • Ristorante Zum Isaak • BERN STADT: Brasserie Bollwerk • Commerce • hauskeller • la Cultina • Mille Sens • Ristorante Lorenzini • National • tibits • Vatter • Veranda • LUZERN STADT: Café Hug St. Alpes • Hotel des Balances • Hotel Falken Toutou • Hotel Montana • Mann • Kostgeberei • Ristretto Hug Löwencenter • RiverCafé Hug Wiederkehr • Wirtschaft zur Ente • ZÜRICH STADT: 2. Akt • à l'Opéra Kongresshaus • Bubbles • Caduff's Wine Loft • Café Gnädinger • Can-Giesserei • Eglihof • Elefant • Exer • Felix am Bellevue • Gleis 9 • Hallenbad Kai japanese fusion bar • Kantorei • Landhus • LaSalle • Lily's • Medina • Santa Lucia • Schlauch • Schlüssel* • Schützenhaus Albisgüetli • Schützenruh • Spaghetti Factory Hechtplatz • Spaghetti Factory Rosenhof • St. Gallerhof • Sternen • Subito • Tea Room Maison Blunt • terrasse • terroir • tibits • Tizziani • Totò • Tre Fratelli • Tüfi • Turbinenhalle • Utoburg • Walliser-Keller • Weinstube Limmathof • Yooji's Bellevue • Yooji's Josef • Yooji's Seefeld • Ziegel au Lac • zum Voderberg • zum Weissen Schwan • Ab 1. Oktober finden Sie die Liste aller teilnehmenden Restaurants auf www.tdh.ch. *am 16. Oktober geschlossen, nimmt aber an einem anderen Tag teil

Rois • Café Barfi • Cantina E9 • Chez Donati • eo ipso • if d'or • Latini • Safranunft • Stucki • tibits • Zum Braunen Mutz • Dampfzentrale • Entrecôte Café Fédéral • Kirchenfeld • Korn-Ristorante Verdi • Spaghetti Factory Chindlifrasser • Theater Karli • Fondue House • Hotel Cascada Bolero • Hotel Des Hotel Palace Jasper • Hotel Waldstätterhof • Hotel Wilden Mühlenplatz • Schiffrestaurant Wilhelm Tell • Schlössli Utenberg • Bianchi • Bindella • Blockhus • Bohemia • Brasserie Metropol im tinetta Antinori • Cheyenne • Conrad • Conti • Contrapunto • Die ZNord • Haute • Hotel Crowne Plaza • Hotel Greulich • Iroquois • Josef • Neumarkt • Nooba • Outback Lodge • Pulcino • Reithalle • Ristorante Italia • Seerose • Sento

Terre des hommes

aide à l'enfance | Kinderhilfe
aiuto all'infanzia | child relief | www.tdh.ch

Sinnlose Entwicklungshilfe

Weltweit werden immer mehr Gelder für Entwicklungshilfe gesprochen – trotz Rezession. Afrikanische Ökonomen fordern, die Hilfszahlungen einzustellen. Die Milliarden würden mehr Schaden anrichten als nützen. *Von Carmen Gasser und Wesley Bedrosian (Illustration)*



Last statt Lust: Spenden erzeugen eine Kultur der Verantwortungslosigkeit.

Auf der Agenda der mächtigsten Politiker der Welt steht neuerdings ein Thema ganz weit oben: die Entwicklungshilfe. Am letzten G-20-Gipfel in Pittsburgh verkündeten die Regierungschefs ihre Solidarität mit den ärmsten Ländern der Welt und versprachen, zusätzliche Hilfe zu leisten. Trotz riesigen Löchern in den eigenen Budgets machen die Politiker rund um den Globus immer mehr Gelder für Entwicklungshilfeprojekte frei. Bereits beim letzten G-20-Gipfel im April hatten die Regierungschefs 100 Milliarden Dollar mehr zur Verfügung gestellt, um armen Ländern zu helfen.

Auch in der Schweiz tobt seit geraumer Zeit ein Kampf um die Aufstockung der Entwicklungshilfe-Gelder. Im Dezember letzten Jahres beschloss das Parlament, den jährlichen Beitrag der Schweiz, gemessen in Prozentpunkten des BIPs, von 0,4 auf 0,5 Prozent zu erhöhen. Wenige Monate später jedoch schoss der Bundes-

rat dazwischen. Kassenwart Hans-Rudolf Merz hatte sich bei seinen Bundesratskollegen mit der Forderung durchgesetzt, die Zahlungen derzeit nicht aufzustocken, da angesichts der Wirtschaftskrise Ebbe in der Staatskasse sei. Am 12. Oktober geht das Tauziehen in eine weitere Runde, wenn die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats darüber diskutiert.

Ob auf globaler Ebene oder in der Schweiz: Stets gehen alle Akteure, wenn es um Entwicklungshilfe geht, von ein und derselben Prämisse aus: Mehr Geld bewirkt auch mehr. Die zentrale Frage hingegen, ob Entwicklungshilfe überhaupt etwas bewirkt oder ob vielleicht sogar das Gegenteil der Fall sein könnte – wovon mittlerweile diverse Ökonomen ausgehen –, wird ausser Acht gelassen. Es scheint, Entwicklungshilfe hat für Regierungen noch immer den Charakter von Ablasshandel, bei dem es vor allem darauf ankommt, Altruismus, Mitleid

und Grosszügigkeit zu zeigen. Eine florierende Hilfsbranche gibt Geld, zeigt christliche Nächstenliebe und vermeidet damit, sich wirklich mit den Ursachen der Misere auseinanderzusetzen. Politiker zeigen Betroffenheit, ebenso ihre Wähler. Moralisch überlegen und ethisch unangreifbar ist derjenige, der immer mehr Geld für Entwicklungshilfe fordert.

In den sechziger Jahren hatte man weltweit damit begonnen, systematisch in Entwicklungshilfe-Projekte zu investieren. Seither wurden die Gelder jährlich konstant erhöht. Überwies die Schweiz Anfang 1960 noch 15,1 Millionen Franken, war es 1990 bereits 1 Milliarde. Dieser Betrag verdoppelte sich bis 2008 auf über 2 Milliarden. Weltweit sind in den vergangenen fünfzig Jahren mehr als 2 Billionen Dollar Hilfe von den reichen an die armen Länder geflossen. Der Grossteil davon nach Afrika.

Dennoch ist das Ergebnis gelinde gesagt ernüchternd. Den meisten Afrikanern südlich der Sahara geht es heute schlechter als am Ende der Kolonialzeit. Ihr durchschnittliches Einkommen ist gesunken, während es überall sonst auf der Welt gestiegen ist. Ob Unterernährung oder Analphabetenrate, ob Kindersterblichkeit oder Bevölkerungswachstum: Afrika fällt, einigen relativen Fortschritten zum Trotz, bei all diesen Kennzahlen immer weiter hinter den Rest der Welt zurück. Nur in den Elendsstatistiken steht der Schwarze Kontinent an der Spitze: Lebten damals nur 10 Prozent der Einwohner unter der Einkommensgrenze von zwei Dollar, so sind es heute 70 Prozent. Manchmal scheint es fast, als existierte Afrika ökonomisch schon gar nicht mehr: Sein Anteil am Welthandel macht gerade noch etwas mehr als ein Prozent aus, halb so viel wie 1960.

«Spenden-Unwesen der Rockstars»

Immer neue Gründe werden dafür gesucht, weshalb Afrika in der Armutsfalle sitzt und anscheinend nicht herausfindet. Der Ex-Weltbank-Ökonom Paul Collier beispielsweise sieht vor allem in der Topografie, der unterschiedlichen ethnischen Herkunft der Bevölkerung und der Ressourcenknappheit die Gründe für Afrikas Armut. Dem gilt es, entgegenzuhalten, dass Afrika keineswegs seit je in der Armutsfalle ist und schon gar nicht knapp an Ressourcen. Vor vierzig Jahren waren die meisten afrikanischen Länder reicher als die asiatischen und hatten dank ihrer immensen Rohstoffe auch die bessere Ausgangslage. Südkorea etwa konnte 1960 dem goldreichen Ghana nicht das Wasser reichen, heute ist es volkswirtschaftlich vierzigmal stärker als das westafrikanische Land. Vietnam kannte man in den sechziger Jahren noch nicht als Kaffeeproduzenten, während Uganda einer der grössten war. Heute gehört Vietnam zu den Marktführern und exportiert siebenmal mehr Kaffee als das ostafrikanische Land. Selbst die reiche Schweiz ist, verglichen mit vielen afrikanischen Ländern, arm an Ressourcen (im 19. Jahrhundert war deshalb die Schweiz noch das Armenhaus Europas). Es stellt sich also die Frage: Weshalb entwickelte sich die Schweiz, die keine Entwicklungshilfe-Gelder erhielt, im Gegensatz zu Nigeria, das seit Jahrzehnten am Entwicklungshilfe-Tropf hängt? Und: Weshalb gehörte Nigeria, sechstgrösster Ölexporteur der Welt, noch vor 25 Jahren zu den 48 reichsten Ländern der Welt und ist heute eines der 25 ärmsten?

Die Entwicklungshilfe sei daran schuld, sagt die Intellektuelle Axelle Kabou. In ihrem mittlerweile in Afrika berühmten Buch «Weder arm noch ohnmächtig» kritisierte sie bereits Anfang der neunziger Jahre die Entwicklungshilfe-Industrie. Die Ökonomin ist in Kamerun geboren und hat in Paris Ökonomie und Kommunikationswissenschaften studiert. Lange war sie im Business der Barmherzigkeit. Sie hat

Entwicklungsprojekte koordiniert und afrikanische Präsidenten beraten. Nach ihrem Ausstieg aus diesem Gewerbe verfasste sie ihre Streitschrift. Dafür erntete die heute 54-Jährige einen Sturm der Entrüstung, man beschimpfte sie als Verräterin, die ihre Seele an Europa verkauft habe. Denn mit ihrer These, die Afrikaner seien selbst schuld an ihrem Elend, weil sie die Modernisierung verweigern, brach sie ein Tabu. «Die schwarzen Eliten glauben immer noch», schrieb Kabou, «der Rest der Welt müsse als Kompensation für erlittenes Unrecht ihren Kontinent retten.» Eine Reihe afrikanischer Intellektueller stimmen mittlerweile in ihren *cri de colère*, ihren Aufschrei des Zornes, mit ein, wie Roger Tagri, George Ayittey, Chika Onyeani, Andrew Mwenda oder James Shikwati.

Und es war erneut eine Frau, die kürzlich mit ihrem Bestseller die Debatte über den Sinn der Entwicklungshilfe neu belebte. Wegen der aus Sambia stammenden Ökonomin Dambisa Moyo verlieren mittlerweile nicht nur NGO-Vertreter die Contenance, sondern auch Entwicklungshilfe-Papst Bob Geldof. Moyo hat den Rockveteranen an einem wunden Punkt getroffen. Der Titel «Dead Aid» karikiert die von Geldof ausgerichteten Live-Aid-Konzerte, bei denen Millionen Menschen gegen das Elend in der Dritten Welt protestierten. Die Dame arbeite nun mal bei der amerikanischen Grossbank Goldman Sachs, sagte Geldof unlängst in Berlin in ein Mikrofon, und die Bank habe «gerade die Welt ruiniert». In der Tat war Moyo viele Jahre für das amerikanische Institut tätig, ebenso wie für die Weltbank, die sie nun genauso heftig kritisiert wie «das Spenden-Unwesen der Rockstars, die auf diese Weise nur Publizität erlangen möchten». «Wir wollen Antworten von afrikanischen Leaders hören, nicht von Prominenten», sagte sie unlängst im Interview mit der *Weltwoche* (Nr. 24/09). Eine Milliarde Afrikaner wollten nicht fürs Entertainment verwendet werden. Spenden nütze nichts, aber schade viel.

Falsche Impulse

«Die Hilfe untergräbt die Entwicklung eines unbestechlichen und den Interessen der Bevölkerung dienenden Staatsapparates», sagt der ugandische Journalist Andrew Mwenda. Auch er studierte in Europa Entwicklungspolitik, auch er arbeitete für die Weltbank, auch er stieg aus, als er merkte, wie verlogen das Hilfsgeschäft war. Wann immer seine Tiraden gegen afrikanische Regierungen zu heftig wurden, musste er diese mit Gefängnisarrest bezahlen. Entwicklungshilfe verhindere dringend nötige Reformen, die primären Nutzniesser seien afrikanische Regime, ausländische Helfer und internationale Organisationen. Selbst der Erlass von Schulden gebe die falschen Impulse, weil er schlechtes ökonomisches Verhalten belohne und eine Kultur der Verantwortungslosigkeit erzeuge, ist Mwenda überzeugt.

«Entwicklungshilfe hilft Tyrannen bei der Unterdrückung», schreibt der kenianische Ökonom James Shikwati. Er ist der Gründer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Inter Region Economic Network in Kenia und publiziert unter anderem in der *FAZ* oder dem *Spiegel*. «In den Industriestaaten wird immer der Eindruck erweckt, ohne Entwicklungshilfe ginge Afrika unter. Dem verheerenden Drang Europas, Gutes zu tun, lässt sich bisweilen leider nicht mit Vernunft begegnen. Wenn die Entwicklungshilfe eingestellt würde, wären die politischen Eliten das erste Opfer, weil ihre Machtstrukturen dadurch gesprengt würden. Die Frage nach einer eigenständigen afrikanischen Lösung wäre dann auf dem Tisch.» Hilfsorganisationen bezeichnet der Ökonom gar als Mittäter: «Eine Einstellung der Hilfe brächte an den Tag, dass die meisten internationalen Agenturen die afrikanische Misere genutzt haben, um Spenden zu sammeln, um sich einen humanitären Anstrich zu geben.»

Alarmzeichen für die Politik

Es stellt sich in der Tat die Frage, ob die vielen Fälle von Veruntreuung von Entwicklungshilfegeldern Ausnahmen waren oder nur die Spitze des Eisbergs. Erst kürzlich hat die schwedische Entwicklungsministerin Gunilla Carlsson nach einem weiteren Veruntreuungsskandal Selbstkritik geübt und zu einer Debatte über den Zusammenhang von Korruption und Hilfe aufgerufen. Auslöser der Frustration und Konsternation der Ministerin war ein im Frühling aufgeflogener Betrugsfall in Sambia. Eine Untersuchung hatte gezeigt, dass im sambischen Gesundheitsministerium von Anfang 2008 bis Mai 2009 umgerechnet 7,5 Millionen Franken veruntreut worden waren. Ein bedeutender Teil dieses Geldes stammte aus Schweden. Zudem gibt es Hinweise dafür, dass es schon zuvor zu systematischer Veruntreuung gekommen war. Carlsson fordert dazu auf, der Wirklichkeit in die Augen zu sehen. Dies bedeute nicht, dass Korruption akzeptiert werden müsse. Vielmehr gelte es, über die Prämissen der Entwicklungshilfe zu debattieren und auch heikle Fragen zu stellen. Zum Beispiel ob Hilfeleistung vielleicht ein Teil des Problems Korruption sei und nicht ein Teil von dessen möglicher Beseitigung.

Auch in der Schweiz wurde kürzlich ein Bericht der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle veröffentlicht (siehe *Weltwoche* Nr. 38/09, «Grauzonen einer Partnerschaft»), der alarmierend ist. Untersucht wurden «Geldflüsse, Mittelverwendung und Abhängigkeitsverhältnisse» zwischen der Verwaltung und den Hilfswerken. Heraus kam, dass die Finanzmittel mit hoher Wahrscheinlichkeit zweckentfremdet werden und notwendige Kontrollen fehlen. Diese Ergebnisse müssten eigentlich ein Alarmzeichen sein für die Politik, könnte man meinen. Bisher allerdings hat der Bericht erstaunlich geringe Reaktionen hervorgerufen. ○

Stich ins Wespennest

Philosophieprofessor Walther Zimmerli hatte die Berufslehre zum «Auslaufmodell» erklärt. Die Gewerbeverbände reagierten mit heftiger Kritik und verteidigten das bewährte System. Jetzt legen beide Seiten nach. *Von Peter Keller*



Alle Karrierechancen offen: Floristin bei den Berufsweltmeisterschaften in Calgary.

Die Provokation sass. Er halte unser duales Berufsbildungssystem – neben dem akademischen Weg auf eine starke Berufslehre zu setzen – für ein «Auslaufmodell». Der 1945 in Zürich geborene Philosophieprofessor und Präsident der Technischen Universität Cottbus, Walther Zimmerli, glaubt, dass die Lehrstellenangebote den erhöhten Berufsanforderungen bald nicht mehr genügen würden. Das von ihm mitverfasste Weissbuch «Zukunft Bildung Schweiz» fordert deshalb eine markant höhere Quote bei der tertiären Bildung. Bis ins Jahr 2030 sollten zwei Drittel aller Absolventen einen Abschluss einer Universität, Fachhochschule oder eine höhere Berufsausbildung vorweisen können.

Mit diesen Aussagen stach Zimmerli in ein Wespennest. Die Verbände reagierten mit ungewohnter Schärfe. Thomas Daum, Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes, attestierte Zimmerli einen «getrübten Blick aus dem Elfenbeinturm». Entgegen den Behauptungen des Professors in Diensten deutscher Universitäten seien die hiesigen Lehrpläne durchaus anspruchsvoll und hätten den Wandel zur Wissensgesellschaft mitvollzogen. Gegenüber der *Weltwoche* bezeichnet Zimmerli die Formel vom «Elfenbeinturm» als «antiakademisches Vorurteil», auf das er sich als ehemaliger Ausbildungs-Top-Manager der Volkswagen AG nicht einlassen werde. Of-

fenbar sei aber auch der Blick in den Elfenbeinturm getrübt: «Ich würde Herrn Daum gerne anbieten, sich einmal die Berufsausbildung an den heutigen Hochschulen von innen anzusehen. Vielleicht hat man ausserhalb der Hochschulen noch nicht bemerkt, dass der Bachelor ein «berufsqualifizierender» Abschluss ist.»

Die Schweizer Metall-Union (SMU) bezweifelt, ob ein Bachelor oder ein anderer vergleichbarer Abschluss in unserer vorwiegend von KMUs geprägten Betriebsstruktur gefragt sei. Direktor Gregor Saladin betont, dass es sich in der Mehrheit sogar um Kleinbetriebe mit weniger als zehn Mitarbeitern handle. «Diese gewerbliche Struktur zwingt uns geradezu, Berufsleute auszubilden und die hohe Qualität der Ausbildung zu sichern.» Der Dachverband Hotelleriesuisse weist auf die Stärke der Schweizer Berufsbildung hin, die eng an die Bedürfnisse der Wirtschaft gekoppelt sei und diese gezielt abdecke. Ausserdem sei die Berufslehre keine Sackgasse, sondern bewusst durchlässig gestaltet, so dass jedem Absolventen alle Karrierechancen offenstünden.

Das Timing war nicht geplant, aber es passte perfekt in die Verteidigungsstrategie der Berufsverbände. Eine Woche nach Zimmerlis Bildungsoffensive fanden im kanadischen Calgary die Berufsweltmeisterschaften statt. Die Schweizer Berufsleute gewannen vierzehn

Medaillen (sieben erste Ränge) und schnitten als beste europäische Nation ab. Weit vor Frankreich und Deutschland, die über eine höhere Abschlussquote in der tertiären Bildung verfügen. Die Praktiker widerlegen die Theoretiker, so zumindest sieht das Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes, der das Weissbuch als «Frontalangriff» auf das bewährte duale Berufsbildungssystem wertet.

Der Arbeitgeberverband geht noch weiter und stellt das theoretische Fundament der Weissbuch-Autoren in Frage. «Im knapp vierzigseitigen Bericht wurde die Berufsbildung auf einer Viertelseite abgehandelt, ohne substantielle Begründungen zu den Äusserungen Zimmerlis zu liefern.» Seine Thesen würden von einer erschreckenden Unkenntnis des Systems zeugen. Schliesslich böten die Unternehmen Ausbildungsplätze in denjenigen Bereichen an, in welchen sie einen aktuellen oder zukünftigen Bedarf haben. Dazu habe sich das System als reformfähig erwiesen: «In den letzten Jahren wurden rund einhundert Berufe neu geordnet und inhaltlich mit neuen Ausbildungszielen versehen, welche didaktisch modernsten Standards genügen.»

Zimmerli krebst zurück

Mit der Kritik konfrontiert, krebst Zimmerli teilweise zurück: Die Meinung der Redaktionsgruppe des Weissbuches und seine in einem NZZ-Interview geäusserte persönliche Einschätzung bezüglich des «Auslaufmodells» duales System der Berufsbildung würden sich nicht in jeglicher Hinsicht decken. Es sei aber doch erstaunlich, «dass die (berechtigte) Kritik, die Berufsbildung komme in dem Weissbuch zu kurz, einhergeht mit einer geradezu überdimensionierten Fixierung auf diesen einen Punkt und dass dabei unkritisch die These übernommen wird, der Erfolg der Schweizer Wirtschaft sei allein auf das duale System zurückzuführen».

Den Vorwurf der «Fixierung» lässt Heinrich Bütikofer vom Baumeisterverband nicht gelten. Er lehnt eine «übertriebene Verschulung» der Berufslehre ab. Mit der Ausbildung zum Baupraktiker könnten beispielsweise auch schulisch schwache Jugendliche ihren Weg ins Berufsleben antreten. Der Schweizerische Gewerbeverband lässt Zahlen sprechen. Siebzig Prozent aller Lernenden werden in den KMUs ausgebildet. Die vergleichsweise niedere Maturaquote habe zu einer rekordtiefen Jugendarbeitslosigkeit geführt, «was der beste Beweis für die Leistungsfähigkeit unseres Systems ist». ○



Essay

Akademischer Rummelplatz

In der Schweiz soll die Zahl der Maturanden und Studenten massiv erhöht werden. Diese Forderung der Akademien der Wissenschaften Schweiz ist falsch und bedroht die Stärken unseres dualen Ausbildungssystems.

Von Mathias Binswanger

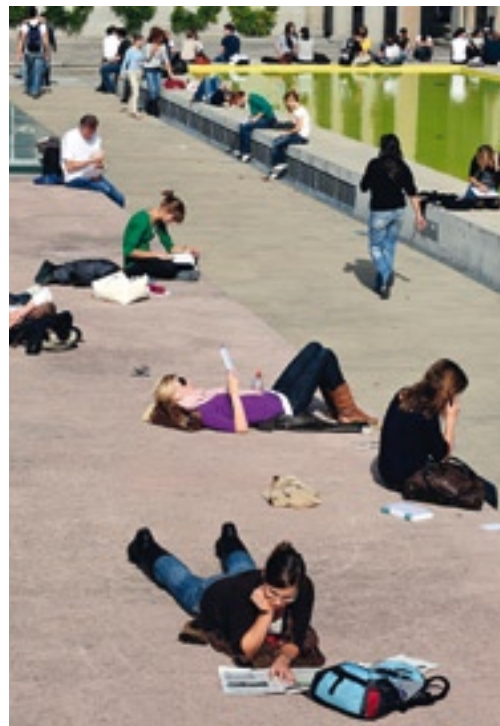
Wenn es um Bildung geht, herrscht hierzulande eine merkwürdige Schizophrenie. Auf der einen Seite sind wir stolz auf unser System und betonen dessen Beitrag zum Erfolg der Schweiz. Doch gleichzeitig nehmen Experten jede Gelegenheit wahr, dieses System durch Reformen zu demontieren und auf europäisches Mittelmaß zurechtzustutzen. Der bewährte Sonderfall Schweiz, das sogenannte duale System der Berufslehre und mit relativ wenigen Studenten, soll einer bildungsmässigen Massenabfertigung Platz machen, die im Ausland längst in eine Sackgasse geführt hat.

Der neueste Angriff kommt von einem Team um den Schweizer Philosophieprofessor Walther Zimmerli, der für die Akademien der Wissenschaften Schweiz ein Weissbuch zur «Zukunft Bildung Schweiz» verfassen durfte. Dieses verkündet folgende Botschaft: Nur noch die schwächsten 30 Prozent der Jugendlichen dürfen in Zukunft die Lehrbank drücken. Alle andern, also diejenigen, die einigermaßen Deutsch lesen und schreiben können, sollen von jetzt an gefälligst eine Matura machen und so zu Akademikern werden. Auf diese Weise steige dann «der Marktwert der Bildungsmarke Swissmade».

Halten wir fest, was man über Intelligenz weiss. Gemäss Gerhard Roth, Rektor des Instituts für Hirnforschung an der Universität Bremen, ist Intelligenz das Persönlichkeitsmerkmal mit dem höchsten Grad an genetischer Determiniertheit. Mit andern Worten: Die Zahl der intelligenten Schüler und Studenten ist weitgehend reformresistent und lässt sich durch Umgestaltungen des Bildungssystems nicht erhöhen. Wenn wir also den Anteil der Maturanden von gegenwärtig etwas über 20 Prozent auf 70 Prozent erhöhen wollen, dann klappt dies nur, indem wir das Niveau der Matura so lange absenken, bis 70 Prozent eines Jahrgangs in der Lage sind, diese zu bestehen. In verschiedenen Ländern war man schon recht erfolgreich. Ein deutsches Abitur zählt heute kaum mehr etwas, und in Finnland schaffen mittlerweile sage und schreibe 95 Prozent aller Schüler den Abschluss bei den dort zwölf Jahre dauernden Einheitsschulen.

Was aber ist die Folge derart hoher Maturitätsquoten? In erster Linie verbringen Jugendliche in diesen Ländern einfach viel mehr Zeit in Schulzimmern, wo sie die Zeit bis zur Matur

ra mehr oder weniger gelangweilt aussitzen. Was nach der Schule kommt, ist weniger herausragend. Ein Grossteil dieser künstlich hochgezüchteten Maturandinnen und Maturanden bringt nach dem Gymnasium keinen Hochschulabschluss zustande und bleibt irgendwo auf der Strecke. In Finnland ist dies etwa die Hälfte der Maturanden, was die grossartigen 95 Prozent Gymnasialabschlüsse schnell wieder relativiert. Das Problem ist dann, dass diese Schüler über keine Berufsausbildung verfügen und zu keiner Zeit auf eine praktische Tätigkeit vorbereitet wurden. Kein



Gelangweiltes Aussitzen: Studenten.

Wunder, haben die Länder mit hohen Maturitätsquoten auch hohe Jugendarbeitslosigkeitsquoten bei 15- bis 24-Jährigen, die Anfang 2009 in Finnland bei 19 Prozent und in Italien sogar bei 25 Prozent lagen. Da wirken die 4,1 Prozent in der Schweiz sympathisch bescheiden, und wir können ableiten: Eine hohe Maturitätsquote ist ein hervorragendes Mittel, um die Jugendarbeitslosigkeit zu fördern.

Es kommt noch besser. Diejenigen, die tatsächlich studieren, müssen dies zum grössten Teil unter Bedingungen tun, unter denen akademische Bildung zu einem schlechten Scherz

verkommt. In überfüllten Hörsälen versuchen sie, etwas von dem zu verstehen, was früher einmal eine Vorlesung war und heute zu einem akademischen Rummelplatz verkommen ist. Natürlich hat man auf diese allgemeine Degeneration der universitären Bildung in Ländern wie Deutschland längst reagiert. Der neue Trend heisst: Gründung von Eliteuniversitäten, welche die Crème de la Crème des Nachwuchses ausbilden sollen. So entsteht ein hochelitäres Bildungssystem, bei dem nur noch das Studium an ein paar wenigen Eliteuniversitäten zählt und der grosse Rest der Studenten seine Zeit an zweit- und drittklassigen Massenuniversitäten verplempern muss.

Was im Weissbuch als Manko identifiziert wird, nämlich der geringe Anteil der Studenten in der Schweiz, ist in Wirklichkeit eine der grössten Stärken unseres Landes. Die Schweiz hat es bisher einigermaßen geschafft, die Entwicklung in Richtung Massenuniversitäten unter Kontrolle zu halten und die allgemeine Qualität der universitären Ausbildung zu wahren. Worauf es nämlich ankommt, ist nicht die Zahl der Studenten, sondern ob die intellektuell begabten jungen Menschen eines Landes eine qualitativ gute Ausbildung an den Universitäten und Fachhochschulen erhalten können.

Das Problem in der Schweiz ist ein anderes. Durch die um sich greifende Euphorie bezüglich akademischer Bildung wurden traditionelle Ausbildungen, vor allem die Berufslehre, immer mehr abgewertet. Das Resultat ist, dass jeder versucht, irgendwie eine höhere Ausbildung zu absolvieren. Eine Lehre machen nur noch die, denen nichts anderes übrigbleibt. Das hat fatale Folgen: Die Qualität der Facharbeiter und Handwerker geht zurück, während Jugendliche, die ausgezeichnete Facharbeiter abgeben würden, sich zunehmend als mittelmässige Studenten an Fachhochschulen und Universitäten abmühen. Der Lehrabschluss hat ein Imageproblem, da der Absolvent bildungsmässig zu einem Menschen zweiter Klasse geworden ist. Hier muss der Hebel angesetzt werden, damit wir am Arbeitsmarkt nicht zu einem Volk von schwer vermittelbaren Massenakademikern werden.

Mathias Binswanger ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz in Olten und Privatdozent an der Universität St. Gallen.

Stern der Romandie

In weniger als zehn Jahren hat Patrick Aebischer die kleine ETH Lausanne in eine Hochschule von Weltrang verwandelt. Seine jüngsten Erfolge: ein Zentrum für Life-Sciences und der erste Schweizer Satellit im All. Von Irène Dietschi

Es ist ein Tag ganz nach dem Gusto von Patrick Aebischer. Sieben Jahre lang hat der charismatische Präsident der ETH Lausanne (EPFL) darauf hingearbeitet, auf seinem Campus am Genfersee ein Zentrum für Life-Sciences zu eröffnen. Nano-, Bio-, Info- und wie die Präfixe angesagter Wissenschaften alle heissen – in «seiner» Schule will er sie alle unter einem Dach vereint wissen, überzeugt davon, dass Innovation vor allem an den Schnittstellen verschiedener Disziplinen entsteht.

Stammzellen, Biocomputing, strukturelle Biologie, Nanomedizin, neue Wirkstoffe, in diesen Bereichen will die EPFL künftig ganz vorne mitmischen. An diesem Nachmittag im September ist es so weit: Das neue Life-Sciences-Gebäude – ganz «state of the art», wie die Kommunikationsfachleute der EPFL nicht müde werden zu betonen – öffnet offiziell seine Tore. Novartis-Chef Daniel Vasella ist da

und hält in seiner Rolle als Projektpartner eine Ansprache, ebenso David Baltimore, Nobelpreisträger für Medizin 1975, und viele andere Ehrengäste.

Life-Sciences-Bastion am Genfersee

Im Mittelpunkt aber steht jener Mann, der dies mit seinem Vorwärtsdrang erst ermöglicht hat: Patrick Aebischer, 1954 in Freiburg geboren, aus einer Künstlerfamilie stammend, Hochschulmediziner und seit fast zehn Jahren an der Spitze der EPFL. «Das ist ein symbolischer Tag», sagt er, «wichtig für uns, wichtig für die Schweiz.» Er sagt es in jenem breiten amerikanischen Akzent, den er sich während seiner zehnjährigen Tätigkeit an der Brown University in Providence, Rhode Island, angeeignet hat. Englisch spricht er aus Respekt für die Institutsdirektoren an seiner Seite, die Aebischer aus Toppositionen in den USA und

Europa abgeworben hat. Douglas Hanahan von der University of California, San Francisco, etwa, der neue Direktor des Krebsforschungsinstituts (Isrec), geniesst als Forscher für molekulare Onkologie weltweites Renommee. Für das Global Health Institute konnte Aebischer den ehemaligen Direktor des in Paris situierten Louis-Pasteur-Instituts Stewart Cole gewinnen, der dazu beigetragen hat, die Genome von Aids und Tuberkulose zu entschlüsseln.

Die Vorhaben sind ehrgeizig. So will man am Brain Mind Institute das menschliche Gehirn per Computer nachbauen. Am Global Health Institute werden neue Medikamente gegen Infektionskrankheiten wie Aids, Malaria und andere *neglected diseases* entwickelt, unter denen vor allem Drittweltländer leiden. Das Isrec schliesslich, als Stätte für Grundlagenforschung seit Jahrzehnten etabliert, soll



Schweizer Ingenieurskunst: Konstruktion des Mini-Satelliten Swissscube im EPFL-Labor.

im klinischen Bereich aktiver werden. «Entscheidend sind die Leute, die mitwirken», sagt EPFL-Präsident Aebischer an diesem Tag immer wieder.

Entscheidend sind die finanziellen Mittel. Um seine Life-Sciences-Bastion am Genfersee zu realisieren, ist Aebischer eine Reihe von Partnerschaften mit der Industrie eingegangen. Seine Kontakte zur Wirtschaft sind exzellent. Der Nahrungsmittelkonzern Nestlé, die Pharmaunternehmen Novartis und Merck Serono, die Biotechfirma Genentech oder der Medizintechnik-Hersteller Medtronic – alle sind als Geldgeber beteiligt, sei es, indem sie in konkrete Forschungsprojekte investieren, sei es durch die Finanzierung von Lehrstühlen. Auch die Familien Bertarelli (Alinghi) und Borel (Logitech), mit denen Aebischer seit Jahren befreundet ist, steuern namhafte Beträge bei. Insgesamt hat der EPFL-Präsident allein für Life-Sciences 28,4 Millionen Franken an Drittmitteln aus Industriepartnerschaften eingeworben, 12 der 18 Lehrstühle sind gesponsert.

Perfekt ins Weltall gestartet

Dieses Jahr ist die EPFL mit den begehrten Fördergeldern aus dem Europäischen Forschungsrat (ERC) reich bedacht worden. «19 ERC-Grants für die ETH Lausanne, 9 davon allein für Life-Sciences», sagt Aebischer begeistert, «das ist phänomenal, keine andere Hochschule kann das vorweisen, diesbezüglich gehören die ETH Zürich und wir unter die Besten Europas.» Jetzt gehe es darum, noch mehr exzellente Studierende an die EPFL zu locken, noch mehr renommierte Forscher zu verpflichten, Kontakte zu den Kliniken zu knüpfen, damit die Grundlagenforschung irgendwann den Patienten zugutekomme; ausserdem brauche es neue Start-ups, um die Dynamik beizubehalten. «Heute passiert etwas Entscheidendes», sagt er, «aber wir sind nicht fertig. In der Wissenschaft ist man nie fertig.»

«Der führt seine Bude wie ein autokratischer Patron, wer nicht spurt, fliegt raus.»

Patrick Aebischer ist beseelt vom Traum, aus der EPFL, die seit ihren Anfängen als «kleine Schwester» der mächtigen ETH Zürich verniedlicht wird, einen weltweit beachteten Forschungs-Campus zu schaffen. Dessen Aushängeschild ist das fast fertige Rolex Learning Center, ein futuristisches Gebäude, das zur Hälfte privat finanziert wird.

Aebischer forciert öffentlich-private Partnerschaften, was ETH-Rats-Präsident Fritz Schiesser lobt: «Die EPFL fördert die Nähe zur Wirtschaft und trägt damit viel bei zur wirtschaftlichen Stärke und Internationalität des



Nähe zur Wirtschaft: EPFL-Präsident Aebischer.

arc lémanique.» Der nächste Schritt ist ein «Quartier de l'innovation», dessen Grundstein Ende Juni gelegt wurde und das Forschungszentren nationaler und internationaler Unternehmen beherbergen wird. Als erstes Unternehmen hat Logitech den Mietvertrag unterschrieben.

In der Wissenschaft setzt Aebischer besonders auf Projekte, die sich werbewirksam inszenieren lassen. «Es muss sexy sein», betont er. Allen voran gilt dies für die «Alinghi», die auch in ihrer fünften Version, einem Katamaran mit fünfzig Meter hohem Mast, von EPFL-Ingenieuren gebaut wurde. Ebenfalls populär – und gerade perfekt ins Weltall gestartet: Swisscube, der erste Satellit made in Switzerland. Mit einer Kantenlänge von nur zehn Zentimetern ist das Satellitchen ein veritables Zückerchen Schweizer Ingenieurskunst. Natürlich sind Aebischers Leute auch bei Solar Impulse dabei, dem Solarflugzeug, mit dem Bertrand Piccard die Welt umrunden will.

Vergessen ist die Skepsis, die Aebischer als Medizinprofessor entgegenschlug, als er im Jahr 2000 an die Spitze der EPFL gewählt wurde. In der Romandie ist er längst ein Star, in den Augen vieler Studierender und Mitarbeiter gar ein Guru, in dessen Gegenwart man besser den Mund hält. Als er «den Job übernahm», wie er sich ausdrückt, zählte die EPFL im Lausanner Vorort Ecublens gerade mal 500 Studenten – heute sind es 7000, bei rund 4000 Mitarbeitern. Und egal, welche Statistik man betrachtet, die Kurven zeigen nach oben. Dass sich die EPFL das Isrec oder auch das Institut für Mikrotechnik der Universität Neuenburg geschnappt hat, gefällt zwar nicht allen. Aebischer ist das egal: Um global mitzuspielen, brauche es eine kritische Grösse. Der Erfolg gibt ihm recht. «Die EPFL hat in internationalen Rankings

stark zugelegt und liegt in wichtigen Disziplinen wie zum Beispiel Neurowissenschaften oder Mikrotechnik auf Spitzenplätzen», betont Ratspräsident Schiesser.

In Zürich gibt man sich, nachdem sich die beiden ETH vor drei Jahren um die Bundesmittel gezankt haben, in Bezug auf Lausanne veröhnlich. «Sie werden von mir keine Kritik an Patrick Aebischer hören», sagt ETHZ-Präsident Ralph Eichler, «da können Sie noch so lange bohren.» Das Verhältnis zwischen ihm und dem EPFL-Präsidenten sei sehr gut, Aebischer habe in den vergangenen Jahren Ausserordentliches geleistet. Bei der Verteilung der staatlichen Mittel – die ETH Zürich bekommt rund eine Milliarde Franken pro Jahr und damit doppelt so viel wie die EPFL – regiere eine gesunde Konkurrenz. «Im Grunde wollen wir beide das Gleiche», bestätigt Eichler, «nämlich Topqualität in der Forschung und Ausbildung nach internationalem Standard.»

An der Limmat rümpft man die Nase

Im Stil allerdings unterscheidet man sich an der Limmat merklich vom *arc lémanique*. Dem US-Politiker und Klimaschützer Al Gore einen Ehrendokortitel schenken oder den abgetretenen Bundesrat Pascal Couchepin als Dozenten verpflichten, wie die EPFL dies getan hat? Darob rümpft man in Zürich die Nase. Dort ist man nüchterner. Zurückhaltender. Altmodischer. Vielleicht auch etwas bequemer. Aber auch, wie ein Insider betont, der seinen Namen nicht in der Zeitung lesen will: demokratischer. Aebischer habe Raider-artige Züge, «der führt seine Bude wie ein autokratischer Patron, wer nicht spurt, fliegt raus». Zudem sei vieles, was in Lausanne so schön glänze und Schlagzeilen produziere, auf Sand gebaut. Dazu zähle der geplante Offshore-Campus in den Vereinigten Arabischen Emiraten oder die «nicht gesicherte» Finanzierung der neugeschaffenen Professorenstellen.

Deutlicher sind die Worte des Freiburger CVP-Nationalrats Dominique de Buman, der in einem Brief an *Le Temps* Besorgnis äusserte: Die Kooperationen der EPFL mit der Industrie seien zu wenig transparent; es sei nicht absehbar, wie nachhaltig die generierten Mittel seien und ob der EPFL nicht irgendwann das Geld ausgehen könnte. Wie es zum Beispiel an den amerikanischen Universitäten momentan tatsächlich passiere. «Es darf nicht sein, dass man, indem man das amerikanische System imitiert oder gar konkurrenziert, am Schluss in dessen Fallstricke gerät», schreibt de Buman.

An Patrick Aebischer tropft solche Kritik ab wie an Teflon. Die Finanzen seien unter Kontrolle, «wir performen recht gut», sagt er lachend. Ausserdem würde er nie einem Vertrag mit Privaten zustimmen, der die akademische Freiheit einschränke. «Solange wir die unbegrenzte Forschung garantieren können, sehe ich kein Problem.» ○

«Ungemütliche Kälte»

Bei Roman Polanski fehlte das politische Fingerspitzengefühl. In ihrem Asylossier häufen sich die Missstände. Die bei Amtsantritt allseits gelobte Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf kommt unter Druck, einstige Verbündete wenden sich ab. *Von Andreas Kunz*

Bald zwei Jahre sind seit der spektakulären Wahl in den Bundesrat vergangen, und immer noch fehlt eine ausführliche Bilanz über Eveline Widmer-Schlumpf. Für die professionellen Beobachter macht sie ihren Job durchwegs «gut» oder «sehr gut». Die Urteile werden in schwärmerischer Einhelligkeit verbreitet – als ob es sich um ein codiertes Bekenntnis handelte, dass über die Politikerin, die ihren Ex-Parteikollegen und Amtsvorgänger Christoph Blocher shakespearemässig aus der Regierung hebelte, nichts Böses gesagt werden dürfe.

Die Ergriffenheit ist noch zu spüren, doch niemand verfällt mehr in Ehrfurcht wie an jener denkwürdigen Pressekonferenz nach hundert Tagen im Amt, als sich die Journalisten im Medienzentrum des Bundes zur gemeinsamen Andacht versammelten und die Neugewählte mit kritischen Fragen verschonten. Damals war Widmer-Schlumpf ein «Phänomen», eine helvetische «Jeanne d'Arc», ein «Glücksfall», «Landesmutter» und sogar der «Popstar der Politik». Logische Folge war Ende 2008 der Titel «Schweizerin des Jahres». Der Frau, die bei ihrer Wahl die eigenen Parteikollegen hinter Licht geführt hatte, wurde für ihren «Mut» (*Blick*) im Schweizer Fernsehen ein Heiligenschein verliehen.

Was aber taugt die allseits Gelobte wirklich? Welche Dossiers hat sie nach zwei Jahren als Justizdirektorin geprägt? Wie funktioniert sie als Chefin?

Der Fall Polanski

Einblicke in die Anatomie der Bundesrätin gewährte der Fall Polanski. Die Verhaftung des Star-Regisseurs vollzog sie streng nach gesetzlichen Vorgaben. Einer Chefbeamtin könnte man daraus keinen Vorwurf stricken. Eine staatsmännisch denkende Ministerin allerdings hätte die unnötigen diplomatischen

Das staatspolitische Spiel ist für die Technokratin unbekanntes und darum gefährliches Terrain.

Verstrickungen sehen müssen, welche die Verhaftung eines prominenten Ausländers nach sich zieht, der zu einer offiziellen Ehrung mit Laudatio eines Berner Chefbeamten eingeladen worden war. Mindestens hätte die Tragweite der Aktion richtig eingeschätzt und mit Aussenministerin Calmy-Rey besprochen wer-

den müssen. Als aber der Direktor des Bundesamts für Justiz, Michael Leupold, am Freitag vor der Verhaftung die Bundesrätin über die Brisanz des Falles orientierte und eine Entscheidung verlangte, schob Widmer-Schlumpf das Dossier zurück. Oder wie sie es der *Sonntagszeitung* erklärte: «Zu sagen hatte ich als Politikerin nichts.»

Dieses Politikverständnis erklärt auch ihre Reaktion auf den Einwand von Aussenministerin Micheline Calmy-Rey, es habe bei Polanskis Verhaftung an Fingerspitzengefühl gemangelt. «Was meint sie mit Finesse?», fragte die Justizministerin in der letzten Bundesrats-sitzung mehrmals. Offenbar will die Technokratin das staatspolitische Spiel nicht verstehen. Es ist für sie unbekanntes, unberechenbares und darum gefährliches Terrain. Bei den UBS-Vergleichsverhandlungen mit den USA profilierte sie sich noch im Schlepptau der Nationalbank. Diesmal war sie auf sich alleine gestellt und befürchtete vielleicht sogar einen zweiten Fall Kopp. Die erste Bundesrätin der Schweiz hatte selber das Telefon ergriffen, ihren Mann vor einer Untersuchung gewarnt und musste zurücktreten, weil sie das Gespräch abgestritten hatte.

Alarmstufe Rot im Asylwesen

Bundesrätin Widmer-Schlumpf verzichtete darauf, über verschlungene Wege oder Mittelsmänner Roman Polanski warnen zu lassen. Als sich die Verhaftung zur Staatsaffäre ausweitete, schob sie in der Boulevardzeitung *Blick* auch gleich die Verantwortung ab: «Der Verhaftungsentscheid wurde auf Stufe Fachbereichsleitung im Bundesamt für Justiz gefällt.» Polanskis Heimatländer Frankreich und Polen beschwerten sich über die plötzliche Aktion.

Die Kritik kam von Ministern, die sich wunderten, warum das gleiche Land, das sich durch den Bundespräsidenten für eine Verhaftung des Diktatorensohns Hannibal Gaddafi entschuldigte, nun auf Anweisung einer «Fachbereichsleitung» einen Filmstar wegsperret, der als offizieller Gast in der Schweiz weilte und dort auch unbehelligt ein Haus bewohnen durfte.

Über einen längeren Zeitraum bewerten kann man die Justizministerin anhand ihres wichtigsten Dossiers, der Asylpolitik. Die Zahlen sind alarmierend: Bis Mitte 2009 sind 8400 neue Asylgesuche eingereicht worden – über 40 Prozent mehr als noch im Vorjahr.

Ende Jahr werden es zwischen 16 000 und 19 000 neue Gesuche sein. Dazu kommen weitere 13 500 unerledigte Fälle aus dem Vorjahr. Widmer-Schlumpfs erste Verteidigungsstrategie gegen die Misere war einfach und wirkungsvoll: Sie schob die Verantwortung auf Vorgänger Blocher ab. Er habe zu stark gespart und die dringend benötigten Notfallstrukturen abgeschafft.

Was in anderen Fällen als schlechter Stil interpretiert worden wäre, nämlich einen Vorgänger für ein aktuelles Problem verantwortlich zu machen, wurde von den meisten Medien unkritisch übernommen. Dann aber war die Blocher-Karte gespielt, und die neuen Sündenböcke hiessen Eduard Gnesa und Urs

Als die Blocher-Karte gespielt war, hiessen die neuen Sündenböcke Eduard Gnesa und Urs Betschart.

Betschart, Direktor und Stellvertreter im Bundesamt für Migration. Widmer-Schlumpf entliess sie Knall auf Fall, ohne zuvor die Belegschaft zu informieren. Später schob sie die Schuld an den steigenden Asylzahlen den europäischen Nachbarn zu, die für ihre Rücknahmeverfahren angeblich zu viel Zeit benötigen.

Vergangene Woche beklagte Widmer-Schlumpf als dritte Variante fehlende Finanzen. Zum Nachtragskredit von 52 Millionen Franken aus dem Frühjahr beantragte sie 107 zusätzliche Millionen, um das Asylproblem, das andere verursacht haben sollen, mit Geld zuzudecken.

Management by E-Mail

Die Justizministerin ist keine Macherin – die Vollzugszahlen im Asylwesen sind unter ihrer Führung geradezu eingebrochen. Über 20 000 Asylbewerber warten auf einen Bescheid aus Bern, beziehen Sozialhilfe und werden damit nicht williger, in ihre Heimat zurückzukehren. Eveline Widmer-Schlumpf versuchte es mit einer Asylgesetzrevision, die das Parlament jedoch von allen Seiten zerzauste. Ihr neues Gesetz, wonach Dienstverweigerung und Fahnenflucht keine Asylgründe mehr sind, klingt gut, aber bringt nichts. Die Geschwister erhalten dennoch serienweise Asyl. Sie müssen gegenüber den Behörden einfach behaupten, zu Hause drohe ihnen Folter, dann dürfen sie bleiben. >>>



Unbestritten ist, wie fleissig sie ihre Arbeit erledigt: Bundesrätin Widmer-Schlumpf.



Für die Konkordanz: Brigitta Gadiet.

In Ländern wie Eritrea oder Nigeria ist die Schweiz unter der neuen Justizministerin zum attraktivsten Zielland geworden. Das Personal an der Front ist chronisch überlastet – und hat mit der Bundesrätin oft noch nie persönlichen Kontakt gehabt. Wo Vorgänger Blocher noch persönlich das Telefon in die Hand nahm, habe nun ein «Management by Weisungen, Verfügungen und E-Mails» Einzug gehalten, sagt der Direktor eines Migrationsamts gegenüber der *Weltwoche*.

Führungslos ist weiterhin der Hauptsitz, das Bundesamt für Migration (BfM) in Wabern. Nach Eduard Gnesas Wegbeförderung hätten



Machtlos: Hans Grunder.

unzählige Evaluationsprozesse von externen Firmen begonnen, erzählen Mitarbeiter – so dass niemand mehr etwas mache, um ja nichts falsch zu machen. Der Rausschmiss des loyalen und allseits beliebten Stellvertreters Urs Betschart hat der Bundesrätin in der Belegschaft einen schlechten Ruf beschert. Dass sie ihn auf einem tiefer dotierten Posten wieder eingestellt hat, mache die Sache nur noch «peinlicher», sagen Mitarbeiter.

Totale Kontrolle

Wie führt die Chefin von rund 4000 Angestellten eigentlich ihr Amt? Auffallend oft hat sich Widmer-Schlumpf bisher von hochrangigen Mitarbeitern getrennt. Nach dem Generalsekretär und seinem Stellvertreter (die allerdings beide zur engen Blocher-Truppe gehörten), musste auch Kommunikationschef Livio Zanolari gehen (CVP Graubünden) und schliesslich ebenso ihre Mitarbeiter im persönlichen Stab Thomas Porchet (SVP), Sébastien Leprat (FDP) und Ruth Reusser, ehemalige Nummer zwei im Bundesamt für Justiz.

Dem Vernehmen nach ist die Bundesrätin ein Kontrollfreak, die ihren Mitarbeitern bis ins kleinste Detail hineinregiert. In Berichten und Anträgen korrigiere sie sogar einzelne Wörter und Kommafehler. «Sie ist gleichzeitig

«Wenn sie in den Raum tritt, dann sinkt die Temperatur», heisst es im Amt.

Musterschülerin und Primarlehrerin», sagt ein Mitarbeiter.

Bei Christoph Blocher seien sie zusammengezuckt, wenn er den Raum betreten habe, viele hätten auch Angst gehabt. Eveline Widmer-Schlumpf löse keine Angst aus, sondern «ungemütliche Kälte». «Wenn sie in den Raum tritt, dann sinkt die Temperatur», heisst es im Amt. Mit ihren hängenden Schultern, die sie beim Dozieren noch schmaler macht, dem grossen Kopf und den Beinen eines scheuen Mädchens verströmt sie eine eigenartige körperliche Präsenz und die Botschaft: «Ich bin eigentlich gar nicht hier.»

Unbestritten ist überall, wie fleissig die Bundesrätin ihre Arbeit erledigt. Mit einem Apfel und einem Jogurt kann Widmer-Schlumpf tage- und nächtelang durcharbeiten. Ihre Weigerung zu delegieren und der Drang, sich um jede Kleinigkeit persönlich zu kümmern, nötigt ihr ein höllisches Pensum auf. Sorgen macht im Amt vor allem die widmersche Strategie des «Alles-immer-prüfen-Lassens».

Tatsächlich zeigt ein Blick in die Medientdatenbank, wie prüfungsfreudig die Justizministerin ist. Für die vergangenen zwölf Monate finden sich unter den Stichworten «Eveline Widmer-Schlumpf» und «prüft» hundert Einträge. Zum Vergleich: Ihre Kolle-



«Keine grosse Hoffnung»: Ueli Leuenberger.

gen Doris Leuthard, Moritz Leuenberger, Micheline Calmy-Rey und Ueli Maurer «prüften» bloss zwischen 33 und 51 Mal. Selbst Pascal Couchepin und Hans-Rudolf Merz, die in der Testzeit als Bundespräsident amtierten, erreichen mit 84 respektive 99 Einträgen Widmer-Schlumpfs Bestmarke nicht. Die Justizministerin «prüfte» ein neues Einbürgerungsgesetz, einen Systemwechsel im Asylverfahren, die Verwahrung von Jugendlichen, lässt eine Expertenkommission in ihrem Namen «prüfen» etc.

Widmer-Schlumpf will populär sein und spielt ihre Stärken – Korrektheit, Sachlichkeit,



Keine Unterstützung: Ursula Haller.

ihre ruhige Art – bei jeder Gelegenheit aus. Die fehlende Ausstrahlung und Eleganz kompensiert die zierliche Bündnerin mit Ernsthaftigkeit und Detailkenntnis. Was bei ihren Anhängern noch funktionieren mag, verliert in Bundesrat und im Parlament allmählich an Wirkung. Die gross angekündigte Revision des Strafrechts scheiterte kläglich: Der Nationalrat schickte die Justizministerin mit über fünfzig Motionen und Vorstössen zurück ins Büro. Im Bundesrat muss sie mit ihrer gesamtschweizerischen Regelung der Sterbehilfe nochmals über die Bücher, obwohl sie dafür in den Medien viel Lob erhalten hatte.

Mikromanagerin und Interventionistin

Um ihre Anliegen durchzubringen, braucht Widmer-Schlumpf eine starke Partei im Rücken. Ihre BDP mit den Parteiexponenten Hans Grunder und Ursula Haller ist das nicht. Vorgänger Blocher konnte als Bundesrat im Nationalratssaal ein Handzeichen machen, worauf ein Parteisoldat herbeieilte und sämtlichen SVP-Nationalräten den Abstimmungsbefehl überbrachte. Widmer-Schlumpf wurde von ihrer eigenen Partei sogar in den Rücken geschossen, als sich die Bündner BDP-Nationalrätin Brigitta Gadiant öffentlich für die Konkordanz aussprach und damit der eigenen Bundesrätin faktisch die Daseinsberechtigung absprach. Die talentierte Machtpolitikerin



«Ernüchterung ist eingekehrt»: Ursula Wyss.

Widmer-Schlumpf sieht die drohenden Klippen der Konkordanz, deshalb profiliert sie sich geschickt als Einzelmaske, um in einer Art Personenwahl schliesslich doch noch gegen alle Arithmetik im Bundesrat zu bleiben. Welchem politischen Lager die Bündnerin eigent-

lich zugehört, wird dabei immer unklarer. Im Parlament hat Widmer-Schlumpf den Ruf einer Mikromanagerin und Interventionistin, die mit Gesetzen und Regulierungsmassnahmen gesellschaftliche Probleme lösen will. Vom freiheitlichen Credo ihrer einstigen Mutterpartei ist nicht mehr viel vorhanden.

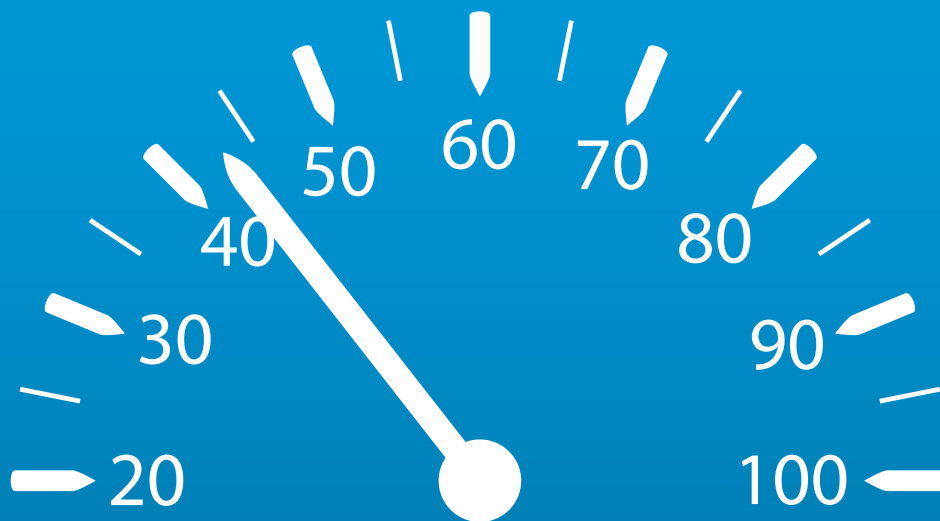
Heftige Kritik aus allen politischen Lagern erntete sie mit ihrer Verordnung über ausserfamiliäre Kinderbetreuung und einer Bewilligungspflicht für Grossmütter, die ihre Enkel hüten wollen. Der gesellschaftspolitische Gross-Eingriff geriet zur Lachnummer. Ebenso breit fiel die Kritik aus für die Ergänzung des Antirassismus-Gesetzes und das grundsätzliche Verbot rassistischer Symbole in der Öffentlichkeit. Die «Landesmutter» (*Blick*), heisst es im Bundeshaus, sei tatsächlich eher ein «Mami der Nation», das alle an die Hand nehmen möchte – oder treffender: eine «Gouvernante».

Personenfreizügigkeit: Wieder daneben

Als solche ist sie stur und zäh, aber auch kompromissbereit und mit einer feinen Nase für Mehrheitsverhältnisse ausgestattet. In Vernehmlassungen zu neuen Gesetzen soll sie ihre Meinung teilweise ebenso häufig ändern, wie es Redner und Standpunkte gebe. Dem Vernehmen nach geht sie in die Bundesrats-sitzungen oft schon mit einem Kompromiss,

ebookers.ch

Reisen auf einen Klick.



**Schneller Ferien.
Mietwagen zu Tiefpreisen.**

Gehen Sie bei Ihrer Ferienplanung auch gerne auf Nummer Sicher? Ein Grund mehr, sich ganz auf ebookers.ch zu verlassen. Denn beim führenden Internet-Reisebüro der Schweiz finden Sie nicht nur Flüge, Hotels und Städtereisen zu absoluten Tiefpreisen, sondern immer auch die günstigsten Mietwagen-Angebote der weltweit 9 grössten Anbieter auf einen Blick. Buchen Sie jetzt rund um die Uhr: www.ebookers.ch



«Ein Phänomen»: Wahl in den Bundesrat am 13. Dezember 2007.



Höllisches Pensum: Wahl zur «Schweizerin des Jahres» am 10. Januar 2009.



«Was meint sie mit Finesse?» Calmy-Rey, Merz, Widmer-Schlumpf.

der ihr harte Auseinandersetzungen und allfälligen Liebesentzug erspart.

Bei der Personenfreizügigkeit brachte sie ihr Anpassungsdrang in Schwierigkeiten. Nachdem sie vor der Abstimmung noch einen Rückgang der Zuwanderung in der Krise prognostiziert hatte, zeigte sie sich in der NZZ kürzlich «überrascht», dass der Migrationsstrom anhält. War sie vor der Abstimmung noch ein geschätztes Mitglied der vereinten Befürworterschaft, muss sie als verantwortliche Justizministerin die Suppe nun alleine auslöffeln.

Die Hemmungen sind weg

Allmählich blättert der Lack ab. In einem Artikel des *Tages-Anzeigers* erntete sie kürzlich harte Kritik aus allen Parteilagern. FDP-Nationalrat Philipp Müller sagte: «Ich weiss nicht, was Frau Widmer den ganzen Tag macht.» Bei Ursula Wyss, Fraktionschefin der SP, ist «Ernüchterung eingekehrt». Ebenfalls «keine grosse Hoffnung mehr» hegen Ueli Leuenbergers Grüne. Derzeit gebe es «eindeutig keine politischen Gründe, Widmer im Amt zu bestätigen», sagte Leuenberger.

Um in zwei Jahren die Wiederwahl zu schaffen, drängt Widmer-Schlumpf ihre BDP zu Fusionsgesprächen. Mit positiven Schlagzeilen will sie sich der CVP als populäre Regie-

Die Magistratin wurde von Leuten portiert, die sie jahrelang bekämpft hatten.

rungsvertreterin anbieten – allerdings hat die Partei mit Christophe Darbellay bereits einen ehrgeizigen Bundesratsanwärter als Präsidenten. Es wird immer offensichtlicher, dass Eveline Widmer-Schlumpf nicht mehr gebraucht wird. Wahrscheinlich benötigte man sie bereits einen Tag nach der Blocher-Abwahl nicht mehr. Zwei Jahre lang wurde zwar das Gegenteil behauptet – man brauche sie, weil sie so gut sei –, doch nun sind die Hemmungen weg. Der anfängliche Applaus galt weniger ihr als der Entfernung ihres Amtsvorgängers.

Schon als Regierungsrätin in Graubünden war Widmer-Schlumpf nicht sonderlich beliebt. Bündner SP-Mitglieder erzählen, dass ihre Kantonsratsfraktion eine Wahl der sturen Widmer-Schlumpf als Nachfolgerin von Blocher abgelehnt hätte. Dass sie dann ausgerechnet vom Bündner SP-Nationalrat Andrea Hämmerle ins Bundeshaus portiert wurde, erscheint im Nachhinein als Treppenwitz der Geschichte.

Würde die kopflastige Magistratin über ein solides Bauchgefühl verfügen, hätte sie die Wahl in den Bundesrat wohl abgelehnt. Sie wurde von Leuten portiert, die sie jahrelang bekämpft hatten. Ihre eigenen Leute hat sie verraten. Das holt sie jetzt ein. Eine Wiederwahl wird immer unwahrscheinlicher. ○

«Die Impotenz seines Hundes beschäftigte Le Corbusier mehr als die Leiden der Kriegsopfer.»

Philipp Gut in der letzten *Weltwoche* über die Schattenseiten des berühmten Schweizer Künstlers und Architekten.

Verpasst?

Damit Ihnen das nicht nochmals passiert, gibt's die *Weltwoche* auch im Abonnement.

- Ich möchte die *Weltwoche* 10 Wochen lang für Fr. 30.– Probe lesen. Im Vergleich zum Einzelverkauf spare ich Fr. 27.–. SL 001 K12 001 001
- Ich bestelle ein Jahresabonnement der *Weltwoche* für nur Fr. 203.–. Im Vergleich zum Einzelverkauf spare ich Fr. 97.90. FL 001K12 001 001

Name, Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail

Coupon ausfüllen und einsenden an: Weltwoche Verlags AG, Abo-Service, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Oder abonnieren Sie die *Weltwoche* über Telefon 0800 80 44 80, Fax 043 444 50 91 oder www.weltwoche.ch/abo. Preise Inland inkl. MwSt., Stand 2009. Auslandpreise unter www.weltwoche.ch/abo.

Darüber macht man keine Witze

Wie und mit wie viel diplomatischem Geschick sie Sympathien für die Schweiz gewinnen, ist die eine Sache. Doch wie gut sind unsere Bundesräte angezogen, und welche Botschaft senden sie mit ihrer Kleidung? Eine kleine Stilkunde. *Von Dominique Feusi*



Einen Tick zu wild: Leuthard.

Doris Leuthard: Die Wildcard

Sexiness: Es gibt Nachrichtenmagazin-Moderatorinnen mit diesem Blick, der äusserst fesselnd wirken kann. Und es gibt Doris Leuthard mit diesem Blick, der auf eine Art fesselnd wirken kann... Kennen Sie diese Schlange mit den Hypnose-Pupillen aus dem Disney-Dschungelbuch? Persönlich macht mir das ein wenig Angst. Nichtsdestoweniger, er funktioniert. Wir vergeben Sonderpunkte, da einzig bei Doris Leuthard, und nur bei Doris Leuthard, das Stichwort «sexy» gefallen ist. Denn Sexiness ist in dieser schnelllebigen Zeit voller Aufmerksamkeitsdefizite eine Kernkompetenz. Wie war der inoffizielle Wahlkampfslogan damals nochmals? Exakt: «Duschen mit Doris», der Blick funktioniert. In einem Casting würde eine solche Fähigkeit mit einer Wildcard belohnt.

Styling: Das Pailletten-Oberteil ist allerdings einen Tick zu wild. Leuthard brauchte «keinen Krisenstab, weil es keine Krise gibt», aber sie trägt ein Cocktail-Oberteil, obwohl niemand einen Cocktail serviert. In Sachen Stil ist Leuthard das *crazy girl* im Bundesrat. Eben, die Wildcard.

Eveline Widmer-Schlumpf: Alles ist möglich

Sexiness: Was Eveline Widmer-Schlumpf in ihrem Leben am Haupthaar widerfahren ist, ist nicht lustig. Darüber macht man keine Witze.

Da arbeitet man sich hoch, strengt sich an, zeigt, zu was es eine Frau in diesem Land bringen kann, und trotzdem kommt er immer und immer wieder, der Witz zur Frisur. Es muss traumatisch sein. Hier vergibt die Jury Sympathiepunkte. Pssst, das Haar von Renzo Blumenthal ist auch nicht so voll, und trotzdem gilt er als Sexsymbol, alles ist möglich.

Styling: Was Widmer-Schlumpf an diesem Abend an Kleid widerfahren ist, ist ebenfalls nicht lustig. Darüber kann man Witze machen. Aber man will nicht so recht. Denn bereits die Haltung lässt vermuten, dass sich dieses Kleid ebenso traumatisch anfühlt, wie es aussieht, dass es körperlichen Schmerz bereitet. Dieses Kleid ist eine strafbare Handlung aus Stoff. Die Fliege des Herrn Ingenieurs guckt auch schon ganz schräg. Plus: eine pure Verschwendung von Ressourcen, damit holt man in Krisenzeiten keine Sympathiepunkte. Fazit: Wenn etwas aussieht, als könnte man daraus dreissig Sofakissen nähen – Finger weg!

Ueli Maurer: Das It-Girl der Herzen

Sexiness: «Hungry. Ich wollte essen, aber ich wollte auch in der *Vogue* sein». Dieses Bild beweist: Ueli Maurer hat das gleichnamige Buch von Crystal Renn, früher Top-, heute Übergrößenmodel und momentan in den Glamour-Postillen präsent, gelesen. Ueli Maurer ist mit Hip-



Straftat aus Stoff: Widmer-Schlumpf.



Ausgefallene Armverpackung: Maurer.

ness und Zeitgeist ohnehin vertrauter, als man denkt, greift er hier doch ungeniert zu einem Teller Cholesterin. Schliesslich haben Beth Ditto, Kelly Osbourne und Crystal Renn, die It-Girls mit dem Ja zur deftigen Kost, gezeigt: Essen macht sexy. Man muss nur von sich selbst überzeugt sein und ein crazy Styling haben: *et voilà!*

Styling: Viele werden fragen: Was ist das? Ein Dreiviertel-Kurzarmhemd? Moment, das ist *fashion forward*, man muss es nur erkennen: 2009 waren Schultern das ganz grosse Ding, ob gepolstert, ausgewuchtet, das Thema war modisch nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Für 2010 aber gilt: Ärmel sind die neuen Schultern. Die Designer widmen ihre Aufmerksamkeit der ausgefallenen Armverpackung, und Ueli Maurer hat intuitiv alles richtig gemacht. Wie war das beim Staatsempfang des russischen Präsidenten: «Ich hätte Lust gehabt, den Tschopen auszuziehen, die Ärmel hochzukrempeln und zu sagen: «Kommt, jetzt trinken wir ein Bier und schauen, was wirklich die Probleme sind.»»

Micheline Calmy-Rey: Die Klassenbeste

Sexiness: Kann jetzt bitte mal jemand der Frau Bundesrätin diese Tasche halten, also ehrlich, Weibel, die Tasche, nicht der Schirm ist das Problem! Im Fach «Ich habe meinen Stil gefunden und geb ihn nicht wieder her» ist Frau Calmy-Rey Bundesrats-Klassenbeste, wären da



Accessoire-lastig: Calmy-Rey.

nur nicht diese immensen Taschen, die immer so schwer auf ihr lasten. Nach sehr viel Spass sehen diese Taschen jedenfalls nie aus. Und Spass ist in dieser schnelllebigen Zeit voller Aufmerksamkeitsdefizit ein wichtiger Faktor, Spass macht sexy, und Sexiness ist wiederum, exakt, eine Kernkompetenz.

Styling: Die SP ist die Accessoire-lastigste Partei der Schweiz, und es erstaunt kaum, dass, wer voll auf Accessoires setzt, manchmal auch fast drüber fällt. Viel Schwarz und «mein knallbuntes Accessoire», so scheint die SP-Styling-Zauberformel zu lauten, welche in verschiedensten Farbabstufungen gerne auch bis in die



Schlechte Teamarbeit: Couchepin.

Haarspitzen durchgezogen wird. Wobei die «Die Dimitri-Schule wäre vielleicht auch noch was für mich gewesen»-Gedenkfrisur langsam einer eigenständigen Interpretation weicht. Egal, kann jetzt bitte mal jemand der Frau Bundesrätin diese Tasche halten! Also ehrlich!

Pascal Couchepin: Der Spielverderber

Sexiness: In einem Lifestylegefäss darf etwas nie fehlen: das Umstyling mit Vorher/nachher-Bebilderung. Die Grafik wird nicht darauf eingehen, aber wäre hier ein modetechnisch direkter Vergleich mit dem Nachher Didier Burkhalter nicht interessant? Plus die knackige Bildunterschrift: Vom «Lieber nicht» zum Liebling der Frauen. Oder: Wie es Ihr Leben verändern kann, wenn der Herrenmode-Fachverkäufer wirklich weiss, von was er spricht.

Styling: Auf das Buch «Pascal Couchepin: Ich glaube an den gutsitzenden Anzug» wartet man wohl vergebens. Couchepin und die Mode sind nicht gerade das, was man ein Dreamteam nennt, bei so viel Führer, pardon, Führungsnatur, gerät der Teamgedanke schon mal in den Hintergrund, und einiges schießt auf Kosten derer, die ohnehin immer das Gefühl haben, zu kurz zu kommen, über das Ziel hinaus. Aber ist nun die Krawatte zu kurz oder das Jackett zu wuchtig? Wie gesagt: schlechte Teamarbeit.

Hans-Rudolf Merz:

Ein paar Nummern zu gross

Sexiness: Bundesrat Merz reckt sich gerne in die Höh, haltungstechnisch eigentlich ein guter Ansatz. Mit diesem Bild versteht man nun endlich, woher das kommt: Die grosse Frau ist die Motivation – wie bei Nicolas Sarkozy (wobei dieser dem Umstand mit Absatz entgegentritt, was nur sehr bedingt eine Lösung ist). Das Problem: Grosse Aufgaben, eine grosse Frau, ein grosser Auftritt, ein grosser Hintergrund – das alles kann einem Mann grossen Sex-Appeal verleihen, solange er nicht wirkt, als habe er sich einen zu grossen Anzug übergestreift.

Styling: Nach den Abzügen würde die Jury nun gerne Zusatzpunkte verteilen, da in diesem Bild ein trendy Accessoire, das man eher von der SP erwartet hätte, auftaucht. Aber wem gehört nun dieser Schal, ihr oder ihm? Die Jury ist verwirrt, bekommt Hans-Rudolf Merz diesen Schal nun frei oder nicht? Wobei man hier ebenfalls Sympathiepunkte verteilen muss: Ist es nicht freundlich, dass Roswitha Merz mit ihrem Kleid gleich noch den Boden wischt?

Moritz Leuenberger: Der Stil-Streber

Sexiness: Glattrasiert und verständnisvoll war vorgestern und nannte sich metrosexuell. Der Mann in der modernen Kommunikation trägt a) wieder Haare im Gesicht (zu gemein, zu früh gehandelt) und wirkt b), als könnte er mit blossen Händen einen Bären erlegen; b) ist für einen Vegetarier natürlich relativ schwierig, glaubwürdig rüberzubringen, nichtsdestotrotz, ein blut-



Wem gehört der Schal? Merz mit Frau Roswitha.

leerer Anschein fördert in dieser gesundheitsfanatischen Zeit die Attraktivität beschränkt. Man will ja nicht aussehen, als ob einen jede Nacht der Fluglärm weckt.

Styling: Lustige Sonnenbrillen sind immer noch ein grosses Thema. Bei den unter Dreissigjährigen läuft ohne lustige bunte Sonnenbrille rein gar nix. Ohne lustige bunte Sonnenbrille ist man ein Niemand. Bei den unter Dreissigjährigen (zu gemein, zu spät gehandelt). Ist man über sechzig, muss man hingegen schon Elton John sein, damit die Sache funktioniert. Die Zähne dürfen in dieser gesundheitsfanatischen Zeit hingegen nie lustig und bunt sein. ○



Blutleerer Anschein: Leuenberger.

Chinas kleine rote Kaiser

Neben Umweltfragen beschäftigen China immer mehr die Auswirkungen der Ein-Kind-Politik. In nur zwei Generationen hat sich die menschenreichste Gesellschaft der Welt grundlegend verändert: Eine Generation von Egoisten wächst heran. *Von Peter Achten und IC Design INC (Illustration)*



Maos Urenkel: die verwöhnten «kleinen Kaiser» in einer überalterten Gesellschaft.

Sieben Uhr morgens. Der elf Jahre alte Ji Yiming wird vom Grossvater huckepack auf dem Fahrrad Marke Fliegende Taube durchs Pekinger Verkehrschaos zur Schule im Chaoyang-Bezirk gefahren. Der kleine Ji ist der Augapfel von sechs Erwachsenen – vier Grosseltern, Vater Ji Fang und Mutter An Xulu. Vom kleinen Ji wird viel erwartet, vor allem, dass er einst das extrem strenge Universitäts-Eintrittsexamen schaffen wird. Für dieses Ziel arbeitet der Elfjährige so hart, wie man sich das in Europa kaum vorstellen kann. Für Freizeit bleibt kaum Zeit. Der Weg von der ersten Grundschulklasse bis zum Abschluss der letzten Hochschulprüfung ist mit Examen gepflastert. Die Eltern des kleinen Ji lassen sich das etwas kosten. Er ist zwar Musterschüler, doch ohne Nachhilfeunterricht geht es nicht. Die öffentliche Grundschule ist mit rund 1000 Yuan (100 Euro) zwar billig, aber Privatstunden ge-

hen ins Geld. Auch Schulmaterial und Schuluniform zahlen die Eltern.

Vater Ji Fang ist voll des Lobes für seinen Sprössling. Die geltende Ein-Kind-Politik findet er vernünftig. Dabei können sich die Jis glücklich schätzen, denn sie haben das, was sich alle chinesischen Eltern wünschen: einen

«Materielle Belohnung ersetzt Werte wie Disziplin, Ehrfurcht und Tradition.»

Sohn. Es gibt in der Schulklasse des kleinen Ji keine Eltern, die sich mehr als ein Kind wünschten. Der Grund ist einfach. Das Kind soll die bestmögliche Erziehung erhalten. Das kostet Geld, für chinesische Verhältnisse viel Geld. Von der Primarschule bis zum Universitätsabschluss kostet das pro Kind nach Schät-

zungen der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften durchschnittlich 500 000 Yuan (75 000 US-Dollar). Die Eltern des kleinen Ji können sich das leisten. Ji Fang arbeitet in der Informatikbranche und verdient netto 10 000 Yuan pro Monat, seine Frau An Xulu kommt als Betriebswirtin bei einer ausländischen Bank gar auf 12 000 Yuan. Mit andern Worten, die Jis gehören zum oberen Ende der schnell wachsenden chinesischen Mittelklasse.

Der kleine Ji steht unter ständigem Druck. Andererseits wird er verwöhnt, derart, dass die Kinder der neuen Ära der Ein-Kind-Politik im Volksmund als die «kleinen Kaiser» apostrophiert werden. Eine Generation von Egoisten wächst heran, ganz im Gegensatz zu den traditionellen konfuzianischen Werten. Nach Ansicht von Xia Xuelan, Soziologieprofessor an der Pekinger Eliteuniversität Beida, mangelt es jungen Chinesinnen und Chinesen an Ver-

antwortungsgefühl, Unabhängigkeit und Selbstwertgefühl: «Mit nur einem Kind <lieben> Eltern und Grosseltern ihre Kinder, erfüllen sämtliche Wünsche, wickeln die Kinder in Wolle aus Furcht, dass sie verletzt werden könnten.» Die Folge, so Professor Xia: «Werte der Disziplin, der Ehrfurcht und Tradition werden ersetzt durch krude Interessen und materielle Belohnungen.»

Der «grosse Steuermann» Mao Zedong erträumte sich mit seinen utopischen Entwürfen ein ganz anderes China. Im egalitären Umfeld lebten Chinesinnen und Chinesen in der Planwirtschaft ein Leben ohne Druck und Leistungsanforderungen. Alle verdienten etwa gleich viel beziehungsweise gleich wenig. Sie mussten sich nicht um Jobs balgen, sich nicht um Wohnungen, Schulen, Krankenvorsorge kümmern. Das System ging als «eiserne Reischale» in die chinesische Geschichte ein. Von der Geburt bis zum Begräbnis war für alles gesorgt.

Mercedes statt Velo

Bei der Gründung der Volksrepublik 1949 zählte China rund 550 Millionen Einwohner. Mao hielt nichts von Geburtenregelung. Seine Devise hiess: «Je mehr, desto besser.» Deshalb verhöhnte er die USA in den sechziger Jahren als «Papiertiger». Maos Argument: Ein amerikanischer Atomangriff könne selbst bei zig Millionen Toten China nicht in die Knie zwingen. Erst der grosse Reformator Deng Xiaoping erkannte, dass sich China nur dann erfolgreich der Wirtschaftsreform verschreiben könne, wenn mit der Ein-Kind-Politik das Wachstum der Bevölkerung unter Kontrolle gebracht wird. So konnten bis heute – so Familienplanungsminister Zhang Weiqing – 400 Millionen Geburten verhindert werden.

Nicht mit dem Fahrrad, sondern standesgemäss mit dem Mercedes wird der kleine Mu in Schanghais Pudong-Bezirk zur Schule gefahren. Es ist keine öffentliche Schule, sondern eine der sündhaft teuren Privatschulen. Vater Mu Zhi kann es sich leisten. Er ist selbständiger Textilunternehmer, seit kurzem auch Parteimitglied. Seine Frau Wang Haiying arbeitet als promovierte Chemikerin in einer Staatsfirma. Mus Motivation ist dieselbe wie die aller chinesischen Eltern: die bestmögliche Erziehung für das Kleinod der Familie. Mu kann sich gar noch mehr leisten, ein zweites Kind nämlich. Dafür hat er eine saftige Busse von 100 000 Yuan bezahlen müssen. «Es ist einfach besser», sagt er lächelnd, «wenn der kleine Mu mit einem Geschwisterchen, in diesem Falle einem Mädchen, aufwächst.» Auf die Frage, ob er das nicht ungerecht finde, dass er, weil reich, sich ein zweites Kind «leisten» könne, zuckt er nur verlegen mit den Schultern und fügt hinzu: «Ein drittes Kind wollen wir nicht, denn zwei Kinder, das ist dann schon eine grosse Verantwortung.»

Der kleine Mu, inzwischen vierzehn Jahre alt, besucht die Mittelschule. Auch er steht unter enormem Druck. Er wird, erzählt sein Vater, einmal im Ausland studieren. Denn neben den chinesischen Eliteuniversitäten ist immer noch ein Studium im Ausland – am liebsten in den USA – das heissbegehrte Ziel. Nicht ganz billig, aber für Vater Mu gewiss kein Problem. Die sechsjährige Tochter Mu ist eben nach drei Jahren in einem Montessori-Kindergarten in die gleiche internationale Schule eingetreten wie ihr älterer Bruder.

Vater Mu und Mutter Wang sind Vertreter einer neuen Schicht der Schönen und Reichen im prosperierenden Küstengürtel. Nach Angabe der Familienplanungskommission leisten sich rund zehn Prozent dieser Leute bis zu drei Kinder. Die Berühmten aus Showbusiness und Unternehmertum zeigen das ganz offen, ohne Verlust der Popularität. Nicht selten werden das zweite und dritte Kind auch im Ausland zur Welt gebracht. Die allmächtige Kommunistische Partei ist beunruhigt, denn die Prominenz ist, wie in andern Ländern, nicht selten Vorbild und setzt Standards, die vom Volk nachgeahmt werden. Die Frage des Normalbürgers lautet dann: Warum die und nicht wir?

In der Finanz- und Wirtschaftsmetropole Schanghai wird die Ein-Kind-Politik unterdessen heftig diskutiert. Die Stadtregierung ermuntert Eltern, die beide aus einer Ein-Kind-Familie stammen, zu einem zweiten Kind. Das ist nicht etwa, wie im Westen angenommen, eine Auflockerung der geltenden Politik. Schon immer galt diese Ausnahme. Auf dem Land gilt die Regel, dass, wenn das erste Kind ein Mädchen ist, noch ein zweites Kind erlaubt ist. Bei den nationalen Minoritäten – wie Tibeter und Uiguren – sind drei Kinder erlaubt.

Dramatischer Männerüberschuss

Ein grosses Problem für China ist die sich rapide verändernde Altersstruktur. Das ist auch der Hintergrund für den Aufruf der Schanghaier Behörden. In der 19-Millionen-Metropole ist der Anteil der Alten mit zwanzig Prozent besonders hoch. Doch auch für China insgesamt zeigen die Zahlen eine schnell alternde Gesellschaft. Schon heute sind knapp über zehn Prozent im Pensionsalter. Bis Mitte des Jahrhunderts wird der Anteil der Alten auf dreissig Prozent steigen. Das wird negative Folgen für den Arbeitsmarkt haben, warnen chinesische Ökonomen. Bereits in wenigen Jahren werde es – trotz der heutigen grossen Arbeitslosigkeit – zu Engpässen kommen. Dennoch, China wird an der geltenden Ein-Kind-Politik, so Familienplanungsminister Zhang Weiqing, «noch mindestens zehn Jahre festhalten».

Bauer Chen Li lebt in einem ländlichen Vorort von Chongqing in Zentralchina. Er hat

ganz andere Sorgen als die Städter. Er hat sieben Jahre im südlichen Shenzhen in einer Spielzeugfabrik malocht und pro Monat 800 Yuan (ca. 80 Euro) verdient. Davon konnte er seiner Frau 600 Yuan überweisen, für ländliche Verhältnisse eine stattliche Summe. Jetzt freilich hat er wegen der globalen Wirtschaftskrise seinen Job – wie mindestens 15 Millionen weiterer Wanderarbeiter – verloren und ist ins Dorf zurückgekehrt. Wenigstens hat er ein

Auf dem Land gilt, dass, wenn das erste Kind ein Mädchen ist, noch ein zweites erlaubt ist.

kleines Stück Land, zwei Mu (rund 1400 m²). Doch das bringt nicht viel. Chen will so bald wie möglich wieder weg. Seine zwei Kinder, ein Knabe und ein Mädchen, gehen in die Grundschule. Dafür bezahlt er pro Jahr 300 Yuan plus Schulmaterial. «Noch einige Jahre in der Stadt», träumt Chen, «dann komme ich zurück, mache ein kleines Geschäft auf und habe ausgesorgt.» Immerhin hat er einen Sohn, der nach alter chinesischer Sitte für die Eltern sorgen wird.

Der Wunsch nach einem Sohn ist auf dem Lande sehr viel grösser als in der Stadt. Ein Knabe ist nach der konfuzianischen Ethik mehr wert als ein Mädchen, vor allem aber ist heute ein Knabe de facto die Altersvorsorge auf dem Lande. Die Ein-Kind-Politik der letzten dreissig Jahre hat zu einem alarmierenden Ungleichgewicht geführt. Der Männerüberschuss nimmt dramatisch zu. Die Partei fürchtet gravierende soziale Auswirkungen. Das Sprachrohr der Partei, die Zeitung *Renmin Ribao*, forderte in einem Kommentar eine «unverzügliche Korrektur der Fehlentwicklung». Die Zahlen sind besorgniserregend. Auf 118 Knaben kommen in China nur 100 Mädchen (international: 104–107 zu 100). Eine baldige Korrektur ist nicht zu erwarten. Ultraschall ist zwar verboten, doch Ärzte sind meist gegen ein kleines Entgelt unter dem Tisch gerne bereit, das Geschlecht des Ungeborenen zu bestimmen. Abtreibung ist dann kein Problem.

Wie Maos Urenkel, die verwöhnten «kleinen Kaiser» von heute, einst die Schwierigkeiten bewältigen werden, ist schwer abzuschätzen. Die meisten Chinesinnen und Chinesen sind optimistisch. Ein «kleiner Kaiser» allerdings, vom chinesischen Reporter gefragt nach seinem Berufswunsch, sagte mit strahlenden Augen: «Beamter.» Mit strahlenden Augen fragte der Reporter erwartungsvoll zurück: «Was für ein Beamter?» Der «kleine Kaiser» ungehört: «Ein korrupter, denn dann verdient man viel.»

Peter Achten, 70, ist freier Asien-Korrespondent und lebt in Peking.

«Wir machen auch Salat»

Die Medienbranche ächzt, die Auflagen fallen. Zum 50. Geburtstag des Boulevardblattes *Blick* unterhalten wir uns mit Marc Walder, dem Schweizchef des grössten Schweizer Verlagshauses, Ringier. Eine Fachsimpelei unter zwei Zeitungsmachern. Von Roger Köppel

Er gilt als hoch disziplinierter Leistungssportler in der Verlagsszene und diente sich nach mehreren Chefredaktionen bei Ringier zum Länderverantwortlichen Schweiz hoch. Man sagt Marc Walder nach, dass ihn noch in den heikelsten Nahkampfgefechten eine dünne Teflonschicht vor Projektilenschlag und Körpertreffern schützt. Jetzt steht der 44-jährige Manager vor seiner bisher grössten Prüfung: Nächste Woche kommt der seit Jahren dar-bende *Blick* wieder im alten Format mit neuem Layout heraus. Wir haben den Termin zum Anlass genommen, uns etwas grundsätzlicher über die Medien zu unterhalten. Wird es in Zukunft gedruckte Zeitungen geben? Was ist der politische Auftrag eines Verlagshauses? Welche Geschäftsmodelle funktionieren?

Roger Köppel: Ein amerikanischer Forscher meldete kürzlich, es gebe in dreissig Jahren keine gedruckten Zeitungen mehr. Bedrückt Sie das?

Marc Walder: Schon 1998 wurde behauptet, in zehn Jahren gebe es keine gedruckten Zeitungen mehr. Diese Drastik war übertrieben, aber grundsätzlich macht der Befund Angst.

«Zeitungen sind wie Bühnen. Unsere Aufgabe ist es, sie interessant zu bespielen.»

In dreissig Jahren wird weiterhin gelesen werden, aber nicht mehr auf Papier. Wir werden elektronische Geräte benutzen.

RK: In den sechziger Jahren glaubten alle an den Haushaltroboter, der dann doch nicht kam. Die Frage lautet: Welche Inhalte, welche Themen werden verbreitet? Das Technische wird überschätzt.

MW: Achtung. In den finnischen Wäldern gibt es eine Art Teststadt von Nokia. Dort haben sie jungen Leuten fernsehtaugliche Handys gegeben, auf denen sie ihre Eishockeyspiele anschauen konnten, was ja schon auf einem Grossbildschirm anspruchsvoll sein kann. Resultat: Die Jungen wollten ihre Spiele nur noch auf diesen mobilen Geräten anschauen, egal ob im Bett, in der Badewanne oder sonst wo. Die normalen Fernseher wurden kaum mehr genutzt.

RK: Ein Beispiel für verfehlte Technologiegläubigkeit ist das Internet. Verlage investieren Millionen, aber sie holen nichts zurück. Die jüngsten Statistiken zeigen, dass die Wer-

beausgaben zwar zulegen, aber nicht bei den Internetangeboten der klassischen Verlage.

MW: *Blick* und *Weltwoche* werden auch noch in vielen Jahren als Zeitungen produziert, aber sie werden in dreissig Jahren nicht mehr gedruckt, sondern elektronisch vertrieben werden. Dafür verlangen wir Geld, dort verkaufen wir Werbung. Daneben wird es vielleicht noch ein beschränktes Internetangebot geben, das aber niemals refinanzierbar sein wird. Das Internet bleibt eine Prothese. Weitere Titel werden sterben, andere werden stärker. Papier stirbt bis in dreissig Jahren aus.

RK: Die Wirkung elektronisch übermittelter Texte ist viel geringer als die Wirkung des gedruckten Wortes. Online-Journalisten wollen lieber im Print arbeiten. Das flimmernde Wort ist schwach. Das spricht gegen Ihre These.

MW: Einverstanden. Meinungsbildende Stoffe findet man nicht im Internet. Überhaupt: Im Internet sehe ich nur, was ich suche. Im gedruckten Medium hingegen finde ich, was ich gar nicht gesucht habe. Wunderbar.

RK: Zeitungen sind wie Theaterbühnen, auf denen Interessantes aufgeführt wird. Unsere Aufgabe ist es, diese Bühnen auf eine für die Leser interessante Weise zu bespielen. Der Glaube, der Leser wisse, was er wolle, ist nicht komplett falsch, aber die These unterschätzt das Konsumverhalten der Leute.

David Carradine: Hollywood-Star starb beim Sex
Er wurde tot im Schrank seines Hotelzimmers gefunden. ▶ Seite 11

Fr. 1.60 **Frei wieder beim FCB**
So lief der Sensations-Transfer
unseres Nationalspieler
Wer die 7 Millionen zahlt
Seite 8

Die Tageszeitung der Schweiz | Mittwoch, 8. Juli 2009

Das Drama in der Engelberger Aa
Sie suchen ihr Baby
Die Eltern von Nils (6 Monate) sprechen im *Blick*: In der Todesnacht kam eine SMS «Die Kinder sind am Schlafen. Alles ok.» Zu diesem Zeitpunkt war Nils schon tot. ▶ Seite 6-7

50 Jahre *Blick*
Wir genau 50 Jahre, am 14. Oktober 1959 erschien der erste *Blick*. Zum 50. Geburtstag des Boulevardblattes eine Jubiläumsausgabe. ▶ Seite 8

Das Wetter
Donnerstag
28° 15°
Wolken mit Schauern und Wind

Latest News
Paris-Only Airbus
fängt Feuer!
Paris: Ein Airbus A380-800 mit 223 Passagieren ist am 28. Juli um 17.15 Uhr auf dem Flughafen Charles de Gaulle in Paris abgehoben. Der Flug nach Bangor, Maine, wurde durch einen Brand an Bord abgebrochen. Die Ursache ist noch nicht bekannt. ▶ Seite 11

Eva Longoria bald
Realitätstest
Mittels Realitätstest soll ermittelt werden, ob die Ehefrau von George Clooney sich die reale Schwangerschaft leisten kann. ▶ Seite 11

Tina, 23
Gabelstaplerfahrerin
Heute bin ich ein Star

Credit Suisse profitiert von der Finanzkrise
Riskante Geschäfte gehören der Vergangenheit an, verspricht die Bank. Fragt sich, wie lange.

Die CS profitiert davon, dass andere Banken immer noch mit sich selbst beschäftigt sind. ▶ Seite 11

Anschlag Wieder tote in Bagdad
Beim Anschlag auf einen Bus in Bagdad sind mindestens 100 Menschen getötet worden. ▶ Seite 11

Blick.ch
Kostenlos zum Download
Auf dem Smartphone
Kostenlos zum Download
Auf dem Smartphone

«Konsequenter Boulevard»: der neue *Blick*.

MW: Wir alle sind einem regelrechten dauernden Informationsgewitter ausgesetzt. Wir haben Verdauungsbeschwerden. Hier sehe ich die Chance der Zeitungen und Zeitschriften. Wir müssen das filtern, ordnen, gewichten, erklären, kommentieren, vertiefen, einiges weglassen.

RK: Früher gab es wenige Verlage mit Druckereien. Die haben entschieden, welche Botschaften öffentlich gemacht werden. Diese Monopolmacht ist durch das Internet gebrochen. Jetzt verschärft sich dramatisch der Wettbewerb, alle Auflagen sinken. Folge: Zeitungen müssen klarer einen Mehrwert schaffen. Eine *Weltwoche* kann sich als unabhängiges kritisches Blatt positionieren. Da hat es ein Grossverlag wie Ringier schwerer.

MW: Für uns bedeuten die grundsätzlichen Entwicklungen: Journalismus ist lediglich ein Teil des Portfolios. Das Haus Ringier hatte vor zehn Jahren noch viel mehr Titel als heute ...

RK: ... es gab einen grossen Ausverkauf.

MW: Falsch. Wir haben uns konzentriert. Und diversifiziert. Heute ist Ringier ein exklusiver Gemischtwarenladen. Das treibe ich voran. Wir haben unsere Kerntitel, meist Massenpublikationen, behalten. Zudem sind wir aktiv in Radios, im Fernsehen, in grossen transaktionsbasierten Internetportalen, beim Konzertveranstalter Good News – aber wir verkaufen auch Convenience-Food im Coop: Betty Bossi.

RK: Wozu die Verzettelung?

MW: Eine Fehldeutung. Ich möchte die ganze Wertschöpfungskette kontrollieren, beispielsweise also vom Konzert bis zum Ticketing. Ein banales Beispiel: Der *Blick* thematisiert, dass Elton John im Hallenstadion spielt, Good News veranstaltet das Konzert, die Ticketing-Firma verkauft das Konzert. Jetzt müsste man nur noch den Veranstaltungsort besitzen.

RK: Vor ein paar Jahren wurde der CEO der *Los Angeles Times* entlassen, weil er genau diese Vermischung von journalistischen Inhalten und kommerziellen Aktivitäten zugelassen hatte. Hier lassen Sie alle Dämme brechen. Ihr glaubt nicht mehr an die Zeitungen.

MW: Im Gegenteil. Wir glauben an Print, allerdings nur an starke Titel. Wir haben heute im Wesentlichen drei Geschäftsbereiche: Print/Druck/Online, Entertainment und Internet/E-Commerce. Ein Medienhaus muss auf mehreren Klavaturen spielen.

RK: Die Genialität des Hauses Ringier bestand doch darin, die populärsten und damit besten Zeitschriften und Zeitungen der Schweiz her-



«Einem dauernden Informationsgewitter ausgesetzt»: Ringier-Manager Marc Walder.

zustellen. Die Nähe zum Leser war die grosse Stärke Ihres Hauses. Jetzt flüchtet man sich in Bereiche, von denen man nichts versteht. MW: Unsinn. Es gibt Kaffeefirmen, die heute erfolgreich Kleider machen. Wir haben den Auftrag vom Aktionariat erhalten, das Unternehmen erfolgreich zu führen. Im Printmarkt Schweiz ist Wachstum nicht mehr möglich. Es mag Lücken geben, aber der Kuchen ist verteilt. Deshalb muss man sich in artverwandte Bereiche hineinbewegen. Wir

«Weitere Titel werden sterben, andere werden stärker. Papier stirbt bis in dreissig Jahren aus.»

haben uns überlegt, ob wir auch eine Media- oder Werbeagentur ins Haus nehmen, aber das wäre heikel. Nehmen Sie Betty Bossi: Da hat sich aus einem Buchverlag eine integrale Marke entwickelt. Wir machen also Zeitungen und Zeitschriften, wir machen aber auch Birchermüesli und Salat. Zudem vermitteln wir Wohnungen auf unseren Immo-Websites. Das zeigt, wohin die Reise geht. Was macht eigentlich die *Weltwoche*?

RK: Ich konzentriere mich darauf, eine unabhängige Zeitung zu machen, die aus einer vernünftigen unternehmerischen Haltung heraus kritisch ist und schreibt, was ist. Der Inhalt zählt. Ich brauche dazu charakterlich starke Journalisten, die den Druck von aussen aushalten. Wer nicht im Mainstream mitschwimmt, braucht mehr Kraft.

«Der *Tagi* ist nicht mehr schön. Insgesamt ist das Ganze ein Kanter Sieg für die *NZZ*.»

MW: Wir achten darauf, uns nicht zu Tode zu differenzieren. Wir prüfen sehr genau, welche Geschäfte zu weit vom Kern abweichen. Am Schluss entscheidet der Verleger, der es spürt. Ich frage trotzdem provokativ: Warum sollen wir nicht Schirmständer verkaufen, wenn wir eine gute Firma dafür finden? RK: Weil Sie nichts von Schirmständern verstehen. Würden Sie das eigentlich auch sagen, wenn es Ihr privates Geld wäre?

MW: Nur miserable Manager stellen sich diese Frage nicht. Führen Sie Ihre Redaktion eigentlich anders als damals, als Sie noch angestellter Chefredaktor waren?

RK: Ich führe unternehmerischer. Das gibt Kraft. Gerade bei unangenehmen Entscheidungen, etwa Kostensenkungen auf Grund einer Wirtschaftskrise, steht der Unternehmer glaubwürdiger da.

MW: Wir haben 2009 massiv Kosten aus dem Unternehmen genommen auf Grund der Krise. Meine Frage an Sie: Mit wie vielen Leuten weniger kann man weiterhin guten Journalismus machen? Ich glaube, wir sind jetzt alle auf dem Knochen angelangt.

RK: Mag sein. Der Chefredaktor hat das Spielfeld zu bestimmen, auf dem er gewinnen will. Man muss nicht alles machen, aber was man macht, muss ausgezeichnet sein. Und die Zeitungen müssen herausfinden, warum sie eigentlich gelesen werden. Darauf hat man sich voll zu konzentrieren.

MW: Das führt uns zum *Blick*. Wir haben ihn nun wieder auf den eigentlichen Kern der Marke reduziert. Konsequenter Boulevard, nicht mehr, nicht weniger.

RK: Wie beurteilen Sie eigentlich den neuen *Tages-Anzeiger*? Aus einer Tageszeitung ist eine Art tägliche Wochenzeitung geworden. Wer hat die Zeit, so etwas zu lesen?

MW: Beide Zeitungen haben sicherlich die Hausaufgaben gemacht. Zur Umsetzung: Die *NZZ* hat es wunderbar geschafft, sich zu erneuern. Der *Tagi*, es tut mir leid, hat sich verannt.

RK: Der *Tagi* hat dem *Blick* durch die Zurückstufung des Sportteils einen Steilpass zugepielt.

MW: Dafür bin ich dankbar. Und: Der *Tagi* ist nicht mehr schön, nicht mehr ästhetisch. Das war er nämlich mal. Punkto Menge und Form der Präsentation macht er mich nicht mehr an. Insgesamt ist das Ganze ein Kanter Sieg für die *NZZ*.

RK: Der *Blick* hat einen weiteren Relaunch vor sich. In einem grossen Newsroom sollen vier Redaktionen zusammengelegt werden ...

MW: ... Sie haben in Deutschland bei der Welt-Gruppe als einer der Ersten einen grossen Newsroom mitlanciert. Was sind Ihre Erfahrungen?

RK: Wir legten ebenfalls vier Redaktionen zusammen. Um es unromantisch auszudrücken: Es ging bei dieser Operation auch darum, eine neue Kostenstruktur für die ganze Zeitungsgruppe zu entwickeln. Gefahren liegen in der Bürokratisierung der Redaktionsabläufe. Ich nehme an, auch bei Ihnen sind die Kosten das entscheidende Motiv.

MW: Bei uns sind es vier Faktoren. Erstens: Wir wollen die Marke *Blick* auf allen Kanälen bespielen. Und da ist es nicht förderlich, wenn alle ihre Redaktionen über ein ganzes Quartier verstreut sind. Zweitens: der Kostenfaktor. Es bringt nichts, vier Layout- und Produktionsteams und vier Bildredaktionen parallel zu schalten. Drittens: Konzentration der Kräfte. Die Teams sollen stärker voneinander profitieren. Das macht die Arbeit auch für die Journalisten interessanter. Viertens: Wir wollen endlich topmoderne Redaktionsräume zur Verfügung stellen.

RK: Man wird die Marke nicht stärken, indem man alles in einen Topf wirft. Man kann aus vier Kranken keinen Gesunden machen, wobei ich nicht sagen will, dass die vier *Blick*-Redaktionen krank sind.

MW: Ich lege die Redaktionen nicht zusammen, ich führe sie zusammen. Die DNA der Titel bleibt erhalten, muss erhalten bleiben.

RK: Gibt es eigentlich noch eine politische Rolle des Hauses Ringier in der Schweiz?

MW: Der *Blick* hat, ausgehend von Ex-Chef-Redaktor Peter Uebersax, verschiedene politische Wandlungen durchgemacht. Unter Uebersax stand der *Blick* rechts. Später wanderte er

«Warum sollen wir nicht Schirmständer verkaufen?» –
«Weil Sie nichts davon verstehen.»

nach links. Die Grundhaltung blieb: eine grosse Skepsis gegenüber dem Neoliberalismus, eine wohlwollende Haltung Europa gegenüber. Auf dem politischen Feld machte ich bei *Blick* und *Sonntagsblick* eine übertriebene Verbissenheit aus. Heute sind wir entspannter. Ich möchte keinen verideologisierten Journalismus. Michael Ringier auch nicht.

RK: Mit andern Worten: Das Haus steht, abgedimmt, links und damit neben dem Grossteil der Leserschaft.

MW: Falsch. Ein politisch radikaler Journalismus wie damals unter Peter Uebersax wäre heute undenkbar. Und das ist gut so.

RK: Uebersax war ein exzellenter News-Journalist, der für bedeutende Agenturen und sogar die *New York Times* schrieb. Er brachte dem *Blick* eine Rekordauflage und dem Haus Ringier viele Millionen. Ist es nicht etwas undankbar, diesen grossen Schweizer Journalisten auf eine Politik festzulegen, die meines Erachtens weit weniger radikal war, als es die des heutigen Chefpublizisten Frank A. Meyer ist?

MW: Frank A. Meyer können Sie nicht mit Uebersax vergleichen, was politischen Journalismus angeht. Da vergleichen Sie Volkspopulismus von damals mit intelligenter Debatte.

RK: Ein Boulevardblatt ist ein Kernreaktor des öffentlichen Gesprächs. Der *Blick* kann die emotionale, beherrzte Polit-Debatte doch nicht den anderen überlassen.

«Man wird die Marke nicht stärken, indem man alles in einen Topf wirft.»

MW: Wir packen die Politik nicht in Watte ein. Ich habe allerdings immer wieder den Vorwurf gehört, der *Blick* sei politisch vorhersehbar. Das haben wir geändert. Man soll die Sachfragen situativ und haltungsbezogen diskutieren, aber bitte nicht immer in die gleiche Richtung.

RK: Eine der erfolgreichsten Zeitungen in Europa ist die *Daily Mail*. Die Zeitung ist abgezielt auf den gereizten, weissen Engländer, der rechts steht. Es macht mehr Spass und ist erfolgreicher, ein Boulevardblatt auf diese Zielgruppe auszurichten. Überraschung

wird überschätzt. Entscheidend ist die Verlässlichkeit.

MW: Wir wollen nicht positionlos und schon gar nicht opportunistisch sein. Aber in einer angeschriebenen Schublade wollen wir auch nicht versorgt werden.

RK: Ich würde versuchen, wäre ich der Chefredaktor des *Blicks*, die Haltung des vernünftigen, normalen Schweizers zu treffen. Und der ist nun mal weder links noch EU-Anhänger.

MW: Vielleicht muss er das, aber ich will es nicht so. Die *Bild*-Zeitung wird auch nicht nach diesem Muster gemacht.

RK: Wer sind eigentlich Ihre politischen Gesprächspartner im Haus?

MW: Michael Ringier natürlich. Mit Frank A. Meyer telefoniere ich drei-, viermal die Woche. Franks Rolle ist vielschichtig: Er kann unangenehm sein, sehr fordernd, ein Vollblutjournalist, Tag und Nacht, der sich für Michelle Hunziker genauso interessiert wie für die Volkswahlidee der SVP. Wir sind nicht immer gleicher Meinung, gewiss nicht, aber der Mann ist eine Herausforderung, eine Bereicherung.

RK: Das klingt ja fast, als ob Ihr Anwalt die Antwort formuliert hätte.

MW: Ach was. Frank A. Meyer sucht einfach die Debatte, das Streitgespräch.

RK: Wie viele Deutsche verkraftet eine Schweizer Redaktion?

MW: Lassen Sie mich die Frage umkehren: Man sagt Ihnen ja nach, Sie hätten als Schweizer eine gute *Welt* gemacht. Warum soll nun ein Deutscher einen schlechteren *Blick* machen? Verstehen wir mehr von Deutschland als die Deutschen von der Schweiz?

RK: Ja.

MW: Unser deutscher interimistischer *Blick*-Chefredaktor hat Erfolg. Die Verkäufe steigen. Er weiss, wie es geht. Natürlich gibt es Punkte, die ein Deutscher nicht so gut verstehen kann wie ein Schweizer. Wie haben Sie es denn in Deutschland gemacht?

RK: Ich habe mir gesagt: Schreib, wie du es siehst. Auf die Nationalität ist keine Rücksicht zu nehmen. Ich habe versucht, mich wie ein Deutscher zu verhalten, aber mit dem Common Sense des Schweizers.

«Verstehen wir mehr von Deutschland als die Deutschen von der Schweiz?» – «Ja.»

MW: Hätten Sie eine Kampagne gegen Merkel lancieren können?

RK: Irgendwann wäre der Schweizer den Deutschen wohl auf die Nerven gegangen. Man hat aber als im Ausland tätiger Journalist weniger Durchschlagskraft. Wir müssen uns doch in die Seele und in die Herzen unserer Leser hin-

einschreiben, nicht durch Anbiederung, aber durch die richtige Behandlung von Themen. Das verlangt Gespür und Erfahrung.

MW: Es gibt nicht den perfekten Chefredaktor. Sicherlich muss ich einem deutschen Chef eher einen hervorragenden Politikchef zur Seite stellen, an der Spitze aber haben wir jetzt den besten Handwerker. Es gibt nun einmal nicht viele exzellente Boulevardjournalisten.

RK: Wenn Sie Chef der *Weltwoche* wären, was würden Sie anders machen?

MW: Sie liefern grosse Vielfalt bei den Kolumnen und Themen. Es gelingt Ihnen, Themen zu setzen. Man hängt Ihnen aber das Etikett an, Sie seien zu nahe bei der SVP. Selbst wenn Sie andere Positionen bringen, hat man den Eindruck, das sei alles nur Feigenblatt.

RK: Quatsch. Ich führe ein unabhängiges, vernünftiges Blatt, das auch den Mut hat, unbequeme Wahrheiten auszusprechen und Gegensteuer zu geben. Das setzt immer Kritik ab. Und das ist auch gut so.

MW: Das Blatt müsste weniger verideologisiert daherkommen, aber Sie schaffen es wenigstens, Themen zu lancieren. Manchmal wird die *Weltwoche* sogar selber ein Thema, wenn sie ein Thema nicht bringt wie damals, als Sie Ihre News zur Berufung von UBS-Chef Grübel freiwillig zurückhielten. Sie haben recht, wenn Sie den Mainstream kritisieren, aber Sie haben Ihren Ansatz zu sehr radikalisiert. ○



**DO IT
NOT
YOURSELF**

Ihren Reinigungspartner
finden Sie auf www.allpura.ch

Sie müssen nicht alles selber machen. Für den rundum sauberen Job gibt es die Reinigungsunternehmen der Allpura. Als echte Profis sorgen sie auch bei Ihnen für höchste Sauberkeit – mit qualifizierten Mitarbeitenden und unter Einhaltung aller Vorschriften zu Sicherheit und Arbeitsrecht.

Allpura

Verband Schweizer Reinigungs-Unternehmen



Emotionales Care-Paket: Liselotte Pulver, 1960.



Stil & Kultur

Lilo lacht

Von Daniele Muscionico

Freitags lachte er nie. Er ass kein Fleisch, trank keinen Wein, an Freitagen war selbst das Lachen am Hof von Ludwig IX. strikt verboten. Denn der Herrscher wusste aus erster, päpstlicher Hand: Auch Jesus Christus hat auf Erden niemals gelacht. Für den Monarchen hat sich die Askese gelohnt, nach seinem Tod wurde er heiliggesprochen.

Lachen, eine Manifestation des Teufels. Im Mittelalter erstickte die Diskussion um das Verbot oder die Erlaubnis von Lachen jede Lustigkeit im Keim. Bis vor kurzem lachte auf Gemälden nur der Pöbel, wenn er betrunken war; die feine Dame in Öl, der edle Herr auf Leinwand gaben sich kichernd niemals eine Blöße.

Doch plötzlich trat Liselotte Pulver auf die Kanzel – und lachte. Sie lachte auf der Bühne, dann auf der Leinwand, auf Podesten zumal, wo nach Jahren, in welchen es nichts zu lachen gab, ein Lachen plötzlich gesucht war wie wenig. Ein emotionales Care-Paket. Ihr Lachen begann sich zu verselbständigen, kaum war es hörbar als Prusten, Knallen, Gackern, Kreischen, Schnauben, akustische Phänomene, die aus einem weiblichen Mund zuvor nicht zugelassen waren. Und nicht mehr Lilo Pulver hatte das Lachen erfunden; das Lachen hatte Lilo Pulver erfunden.

«Musst küssen Herrn Pfarrer, sonst ist geleidigt!» Mit Sätzen wie diesem spielte sie sich als Piroshka in die Herzen der Kinozuschauer. Die Deutschen der fünfziger Jahre liessen sich von einer jungen, sorglosen Schweizerin trösten, ihrer burschikosen Natur, undamenhaft uneitel. Und was tat Liselotte Pulver? Sie schickte sich darein, eine Komödiantin zu sein.

Damit verpasste sie ihre Karriere, sie verlachte ihr künstlerisches Potenzial. Ein Weltstar hätte aus ihr werden können nach ihrer Arbeit mit Billy Wilder in «Eins, zwei, drei», in dem sie als blondes Fräulein Ingeborg auf dem Tisch tanzte. Hollywood wartete, ein Engagement in «Ben Hur», die weibliche Hauptrolle in «El Cid» an der Seite von Charlton Heston.

«Ich war nur die Knallcharge des deutschen Films», beteuerte sie, als sie vor zwei Jahren in Berlin für ihr Lebenswerk mit einer Goldenen Kamera ausgezeichnet wurde. Was für ein Irrtum: Lilo Pulver hat mit ihrem geschenkten Lachen ein Land wieder auf die Beine gebracht. Ihr Temperament besass einen Nährwert, der unbezifferbar war. Marilyn Monroe betreute die Truppen im Kampf, Lilo Pulver die Truppen nach der Schlacht – und die zivilen Verlierer. Grossen Dank dafür und Gratulation zum achtzigsten Geburtstag!

Tierische Abenteuer

Isabella Rossellini hat ein neues Genre erfunden: den grünen Porno. Sie beneidet Wanzen und Krabben um ihr Sexleben.



«Nicht so orgasmusreich»: Schauspielerin Rossellini

Isabella Rossellini — Schon einmal etwas von «grünem Porno» gehört? Die Tochter von Ingrid Bergman und Roberto Rossellini hat ihn erfunden. Auf die Anfrage von Sundance-Gründer Robert Redford, ob sie Lust habe, ein umweltfreundliches Filmprojekt fürs Internet zu entwickeln, sagte Isabella Rossellini: «Ich interessiere mich für Tierverhalten, die Leute interessieren sich für Sex. Also werde ich über tierischen Sex erzählen und es «Green Porno» nennen.» In den Episoden über das Sexualleben von Krabben, Spinnen und Wanzen mimt die Italienerin das Männchen, «weil das die Leute zum Lachen bringt. Aber selbst dann werden sie sich daran erinnern, dass eine

Krabbe im Lauf ihres Lebens das Geschlecht ändert. Was für ein Abenteuer im Vergleich zu den Menschen!» Über zwischenmenschlichen Sex ehrlich zu berichten, findet die Ex-Frau von Martin Scorsese und Ex-Freundin von David Lynch ungleich schwieriger. «Wir reden alle viel über Sex, in Werbung, Musik und Filmen. Aber ich bemerke da selten viel Wahrheit. Meine eigenen sexuellen Erfahrungen waren nicht so leidenschaftlich, orgasmusreich und umwerfend. Es war manchmal gut, aber ebenso oft war es schwierig, kompliziert und einsam. Es gibt keinen einzigen Film oder Song, bei dem ich denke: Ja, so war das bei mir auch.» (bs)

Lindsay Lohan — Fashion-Week, Paris. Der Backstage-Bereich der Prêt-à-porter-Schau Frühjahr/Sommer 2010 von Ungaro gleicht einer Kampfarena. Gut vier Dutzend Angehörige der internationalen (und zum Teil angesehenen) Presse drängeln mit Ellbogentechnik und Fusstritten um die Wette. Zwei schwergewichtige Kameramänner ballen gar ihre Fäuste und können nur mit Mühe auseinandergebracht werden. Wenig elegante Phrasen schwirren durch die Luft. Das ist selbst für die Pariser Fashion-Week *un peu trop*. Grund für das Tohuwabohu: die frisch ernannte «künstlerische Beraterin» des Hauses, Mademoiselle Lindsay Lohan.

Lohan, ihres Zeichens Schauspielerin («Ein Zwilling kommt selten allein», «Freaky Friday – Ein voll verrückter Freitag»), *socialite* und im zarten Alter von 23 Jahren bekennende Alkohol- und Kokainkranke, kann das brutale Interesse an ihrer Person selbst nicht fassen. Vielleicht, weil die Kollektion laut Kritikern «eine Peinlichkeit» gewesen ist? Binnen weniger Minuten sieht sich die junge New Yorkerin und Ex-Freundin von DJane **Samantha Ronson** – sonst gar nicht schüchtern – gezwungen, den Rückzug anzutreten.

Dabei ging das Mädchen mit so viel Enthusiasmus an seine neue Rolle heran: «Wir werden der Marke ein kantigeres Image verpassen, dieses *je ne sais pas quoi*, das andere Labels



«Sooo aufregend»: Schauspielerin Lohan (r.).

nicht haben.» Ihr erstes Ungaro-Teil hatte sie selbst schliesslich schon mit dreizehn – «ein Leopardendruckmantel mit pinkfarbenem Futterstoff». Sie liebe Mode, und überhaupt sei alles «sooo aufregend».

Fakt ist: Das Modeimperium von **Emanuel Ungaro** steckt in der Klemme. Die Verkaufs-

zahlen sind im Keller. Zu alt, zu verstaubt, so das Urteil. Doch «ob eine Kollektion mit Herz, aber ohne Seele ausreichen wird, um junge Frauen anzulocken, die diesen Look wahrscheinlich überall finden könnten?», fragte Mode-Päpstin **Suzy Menkes** von der *International Herald Tribune* nach der etwas banalen Vorführung. **Mounir Moufarrige**, exzentrischer CEO des Hauses, verteidigt seine Personalwahl: «In der Mode geht es doch nur um Kontroverse.» Und Kontroverse sei seine Spezialität.



«Wandelnde Plakatwand»: CEO Moufarrige.

Nachdem Moufarrige bereits Dunhill und Montblanc aus der Misere geholt hatte, brach der Strategie libanesischer Herkunft (er ist mit Swatch-Group-Präsident **Nicolas Hayek** verwandt) 1997 selbst das unaussprechbarste aller Fashion-Tabus: Er feuerte **Karl Lagerfeld** bei Chloé und übergab den Sessel an die damals noch völlig unbekannte **Stella McCartney**. «Ich habe in ihr das gewisse Etwas gesehen, daran geglaubt, und siehe da: Es hat funktioniert.»

Lohan, deren Haus Moufarrige als «mini department store» bezeichnet («Wir mussten auf dem Teppich sitzen, weil die Stühle und Tische von Kleidern besetzt waren»), soll wieder ein Volltreffer werden. «Ein Designer kann es heute nicht mehr von allein schaffen. Er braucht die Kraft eines Gesellschaftsprominenten. Das sind die Supermodels von heute. Ausser er heisst **Tom Ford**, aber der stand nicht zur Verfügung.» Lindsay als «wandelnde Plakatwand» (Mounir Moufarrige)? Fashion-Puristen rümpfen die Nase. Doch Mounir könnte recht haben. Dem Backstage-Gerangel nach zu urteilen, waren die Fetzen ohnehin Nebensache. (ps)



Meine People

Unser Kolumnist bewertet ein neues Restaurant sowie eine neue Bar. Und schreibt, was für ihn vom 5. Zurich Film Festival bleibt. Von **Mark van Huissing**

Vergangene Woche blieb ich in Zürich. Die Stimmung in der Stadt ist zurzeit recht gut, finde ich. Das hängt mit dem schönen Wetter der vergangenen Wochen zusammen. Und damit, dass das Ende der Welt, wie wir sie kennen, vermutlich nicht so nahe ist, wie man meinte, trotz Finanz- und Wirtschaftskrise. Am Donnerstag wurde ein Restaurant mit Namen «Asia» eröffnet (hiess «Le Gourmet» früher). Restaurant-Openings waren einmal richtige Anlässe. Bis man merkte, dass vor allem *freeloader* kommen, die man dann nicht mehr sieht, wenn es kostet (Ihr Kolumnist weiss, wovon er schreibt). Heute sind es kleine Veranstaltungen mit wenigen Gästen, die zahlen zudem. Das «Asia», nebenbei, wird nicht MvHs Lieblingsrestaurant, obwohl das Essen schmeckt. Weil der Entwurf ist, die (kleinen) Teller mit anderen zu teilen. Und weil die Rechnung ziemlich hoch ausfällt – ungefähr ein Viertel höher als in der «Kronenhalle» –, falls man der Empfehlung folgt und drei Angebote bestellt (z.B. «Rock Lobster Tempura» oder «Dim Sum»-Variationen, je 30 Franken zirka). Ferner: Im «Tao's» in dem gleichen Haus, dem Augustinerhof, gibt es ungefähr das Gleiche (nur günstiger und mit mehr für das Auge).

Am selben Abend hatte ich zudem eine Einladung für die Eröffnung einer Bar. Das interessierte mich. Ihr Kolumnist fände es nicht schlecht im Grund, wenn er eine gute Bar kennen würde. Er weiss im Augenblick nie wohin, wenn er eine besuchen möchte (falls jemand eine Idee hat – geheimnisse@markvanhuissing.ch). Auf der anderen Seite, ich neige zu

Zweifeln, sobald einer sagt, er kenne eine Bar «für Leute wie uns». Was heisst das? In meinem Fall heisst es, man geht zweimal im Monat hin (max.), trinkt ein Schweppes Tonic und einen Averna auf Eis (oder zwei, falls es hochkommt), trägt zu der Stimmung recht wenig bei; findet aber, der Barmann und die Kellner müssten einen grüssen wie einen Freund (oder Stammgast wenigstens). Die neue Bar heisst «Jade», das spricht man, denke ich, englisch aus, was in meinen Augen kein *success* versprechender Name ist («Gehen wir noch in das <Tscheid>?»). Vor Ort lernte ich, dass das Lokal, in dem die Post Zürich 39 Selnau war, unter der Woche mehr Restaurant ist als Bar und am Wochenende mehr Klub. Ich meine, ich unterstütze Neues et cetera. Aber dieses Layout ist eine Herausforderung, es erinnert an das «Saint Germain» vor dem Umbau.

Am Samstag ging ferner das 5. Zurich Film Festival (ZFF) zu Ende, mit der «Closing Night». Ich schreibe nicht noch einmal über die grösste Geschichte in diesem Zusammenhang *ever*, kein Platz. (Bloss so viel: Die Rechtslage, die zu der Verhaftung von Roman Polanski führte, ist klar. Und das Umgehen der Verantwortlichen des ZFF mit einer Krise fand ich schwach.) Jetzt zu dem Erfreulichen: Die Ablauforganisation war besser als in früheren Jahren in meinen Augen; keine Wartezeiten bei der Ticketabholung, Ticket lag bereit usw. Und **Nadja Schildknecht** von der Geschäftsführung hat vermutlich Coachings hinter sich – ihr Bühnenauftritt war sicherer, und sie zeigte einen gewissen Liebreiz. Auch gut fand ich, dass man **Morgan Freeman** bekommen hat, er ist ein A-Liste-Namen, sogar in Hollywood. Das sind Peter Fonda und Michael Keaton nicht (Keaton stellte den ersten Film vor, bei dem er Regie führte, das geht auch).

Dies, wie geschrieben, das Erfreuliche. Weniger erfreulich: Von den Leuten, die Zürichs Gesellschaft ausmachen, war fast niemand dabei. Wenn man diesen Abend, die glanzvollste Veranstaltung des ZFF eigentlich, mit z.B. der Rive-Gauche-Sommerparty oder der Swiss Red Cross Gala vergleicht ... *well*, das ist hart. **Tanja Gutmann** war an der Closing Night und **Marco Rima** (nicht zusammen). Vielleicht sind die wichtigen Leute aus dem Filmgeschäft, die man haben muss als Gäste, ebenfalls dort gewesen. Möglich, dass MvH sie nicht kennt. Aber man musste sehen, Zurich hat noch kein People's Film Festival. Und Nadja ist noch nicht die Direktorin der Herzen.

Noch etwas Kleines. Shawne Fielding, die ich mag und die Anlässen guttut, von mir aus gesehen, habe ich länger nicht mehr gesehen. *Why's that?* Weil sie nicht mehr ohne Lohn ausgeht. Wer Shawne («Königin ohne Thron», *Sonntagszeitung*) auf einer sogenannten kommerziellen Veranstaltung haben will, muss zahlen – 5000 bis 10 000 Franken (an die Agentur, nicht an mich). *That's why*.

«Rotgold ist das Männergold»

Jim Gerber, Experte für Vintage-Uhren, über die goldene Ära der Branche, die gesuchtesten Modelle, schwarze Zifferblätter und Diamanten.



«Ich stehe auf Diamantuhren»: Uhrenhändler Gerber.

Sind Vintage-Uhren dasselbe wie Collector's Watches, also Sammleruhren?

Das würde ich nicht sagen. Ich denke, unter Collector's Watches fallen auch solche, die neu sind, mit Komplikationen. Mittels gezielter Marketingstrategie durch limitierte Editionen werden sie zu Sammleruhren gemacht.

In welche Zeit fallen Vintage-Uhren?

Für mich geht das bis kurz vor die achtziger Jahre. Die achtziger Jahre sind für mich nicht besonders sehenswert, vielleicht bin ich da noch zu nah dran. Etwa Hublot war sehr stark damals und erlebt jetzt auch ein Revival. Richtige Ikonen kann ich nicht ausmachen. Die erfolgreichsten Modelle der Achtziger sind aus den Siebzigern, wie die «Royal Oak» von Audemars Piguet. Sehr gut verkauften sich auch die IWC «Ingenieur» oder die «Nautilus» von Patek Philippe.

Ist Patek Philippe der Rolls-Royce unter den Uhren?

Bei den Vintage-Modellen auf alle Fälle.

Welche Jahre brachten in Ihren Augen die schönsten Uhren hervor?

Wenn ich von Patek Philippe ausgehe, datieren die schönsten von Ende der dreissiger bis Mitte der fünfziger Jahre.

Welche Rolex-Modelle sind am gesuchtesten?

Die Sportmodelle der Sechziger und Siebziger, aber es gibt auch Liebhaber für die sehr wertvollen Rolex-Chronografen aus den dreissiger und vierziger Jahren.

Wie populär ist das schwarze Zifferblatt?

Viele sehen es gern, aber es ist nicht für jedes Handgelenk gut. Das erkennt man auch an den Produktionszahlen. Eine wirklich Kleid-same Uhr hat statt eines weissen eher ein blaues Zifferblatt.

Welchen Durchmesser hat die klassische Vintage-Uhr?

Der beste Wurf war 31 mm, was aber den meisten zu klein ist. Ich würde sagen, 36 mm ist eine gute Grösse, ohne Krone. Ich selber finde auch 38 bis 41 mm sehr schön.

Heisst das, dass die kleinen Art-Déco-Uhren zurzeit schwer verkäuflich sind?

Man muss unterscheiden zwischen Vintage-Uhren- und Neuhren-Käufern. Der Vintage-Uhren-Liebhaber tendiert selten zu grossen Uhren. Art-Déco-Uhren gehen oft an Frauen.

Wie viele Diamanten verträgt die europäische Herrenuhr?

Für mich mindestens zwölf. Aber ich stehe auf Diamantuhren. So etwas ist halt nicht für jeden Tag. Legendar ist zum Beispiel die «Mystérieuse» von Jaeger-LeCoultre, die ursprünglich von Cartier kommt. Cartier hat sie dann zusammen mit Jaeger-LeCoultre gebaut.

Sind Gehäuse aus Gelbgold noch immer beliebt?

Wieder, muss man sagen. Lange Zeit war Stahl das Mass aller Dinge. Durch das Revival der Siebziger und Achtziger wurde Gold wieder ganz wichtig. Gelb- und auch Rotgold, das eigentlich immer stark war. Rotgold ist das Männergold. Vor allem das richtige satte Rot, das es heute nur mehr selten gibt. Es sieht gut aus auf der Haut, und im Gegensatz zum weichen Gelbgold besteht es aus einer sehr harten Goldlegierung.

Wie viel kostet ein erstklassiges Lederband?

Das hängt von der Lederart ab: Ein Krokodilband ab 180, ein schönes Lederarmband gibt es ab 90 Franken.

Welche Qualitätsuhrenmarke ist unterbewertet?

Vielleicht immer noch ein bisschen Jaeger-LeCoultre. Aber eigentlich ist jede Marke ziemlich begehrt, es gibt keinen « Sleeper » mehr.

Spüren Sie die Krise?

Als sie einsetzte im Oktober, war der Einbruch enorm. Niemand liess sich mehr zum Kauf bewegen. Im Februar/März kehrte es, und seither ist die Lust nach schönen Vintage-Uhren ungebrochen. Es läuft sogar fast besser als vor der Krise.

Wie viele Uhren besitzen Sie nur für sich?

Drei: zwei Patek Philippe und eine Bulova Accutron «Spaceview».

Jim Gerber, 49, ist Uhrmacher und Händler von Vintage-Uhren. Sein Geschäft befindet sich an der Rämistrasse 29 in Zürich.

Die Fragen stellte **Jürg Zbinden**.

Höchste Zeit für Platin

Von Jürg Zbinden

Es läuft nicht an wie Silber, ist 35-mal seltener als Gold und deutlich härter. Platin verhilft diamantener Schönheit zu optimaler Geltung und überlebt wie das härteste Mineral die Ewigkeit. Wer immer noch der Maxime «Geiz ist geil» nachhängt, ist bei einem der seltensten Metalle auf Erden an der falschen Adresse. Und weil das Gute nicht gut genug ist, vereinen die neuen Zeitmesser aus Platin kostspieligen Luxus mit hervorragender Uhrmacherkunst. Die Frage nach dem Preis der Preziosen dürfte bei all jenen, die sie sich leisten können, eine sekundäre Rolle spielen.

1 — Master Minute Repeater «Grand Feu» von Jaeger-LeCoultre: Das Feueremail auf dem Zifferblatt dieser auf hundert Exemplare limitierten Uhr hat eine monochrome Farbgestaltung. Hinter den Fenstern der mehrmals gebrannten Emailschichten ist ein Teil des Uhrwerks mit überdurchschnittlich hoher Gangreserve zu sehen. Ein Läutwerk für Stunden und Minuten verrät die Uhrzeit auch akustisch.

2 — A. Lange & Söhne Zeitwerk: Die interessanteste und originellste technische Eigenschaft dieser Uhr prägt auch ihr Erscheinungsbild: zwei grossformatige Fenster für die Sprungzifferanzeige der Stunden und Minuten. Die Zeitbrücke umspannt sie gemeinsam mit dem Hilfszifferblatt der kleinen Sekunde und der Gangreserve.

3 — Villeret 1858 «Grand Tourbillon Heures Mystérieuses» von Montblanc: Das Modell ist eine Hommage an Minerva, die Manufaktur, in der die Uhrwerke der anspruchsvollsten Montblanc-Zeitmesser gefertigt werden. Dieser ist mit einem Tourbillon-Gangregler aus 95 Einzelteilen sowie den «mysteriösen Stunden» ausgestattet.

4 — Patek Philippe «Reference 5074P»: Der Schieber auf der linken Seite des 42-mm-Platingehäuses betätigt ein Läutwerk zur Stunden- und Minutenrepetition mit zwei Kathedraltonfedern. Die andere aussergewöhnliche Komplikation dieser Uhr mit Automatikaufzug ist die Zeigeranzeige beim ewigen Kalender mit Mondphase, der Wochentag, Datum, Monat und Schaltjahr verkündet.

5 — «Reflet XL» von Boucheron: In jüngster Zeit lancierte der Luxusjuwelier eine grossformatige Herrenversion mit Automatikwerk. Die prestigereichsten Modelle der Serie sind aus Platin und limitiert auf 26 Exemplare.

1



2



3



4



5



NIVEA
FOR MEN

ACTION IST DEIN LEBEN
SILBER IST DEIN **SCHUTZ**

NEU

SILVER PROTECT

- Wirkt aktiv gegen Bakterien und Körpergeruch
- Garantiert 24 Stunden hochwirksamen Anti-Transpirant-Schutz

www.NIVEAFORMEN.ch

WAS MÄNNER WOLLEN



**Am 29.9. ist
der Tagi fertig
umgebaut.
Hier dauerts
etwas länger.**

Dranbleiben. TagesAnzeiger

Geschickt eingefädelt

Kann ein Laie mit der besten Nähmaschine der Welt etwas anfangen? Ein Besuch im Handarbeitsunterricht. *Von David Schnapp*

Zu Hause stand zwar in Kindertagen eine massive Bernina-Nähmaschine, und man hat der Mutter vielleicht mal interessiert zugehört, wie sie eine Hose auf die richtige Länge gebracht hat. Damit hat sich unsere praktische Erfahrung mit Nähmaschinen aber schon fast erschöpft. Wir wollten also versuchen, ob der «Rolls-Royce unter den Nähmaschinen» (*Blick*) uns nicht das Nähen beibringen könnte.

Genauer gesagt haben wir dann nicht genäht, sondern gestickt. Die Bernina 830 der Schweizer Firma aus Steckborn am Untersee ist weniger eine Näh- als vielmehr eine Kreativitätsmaschine. Sie kann sticken, nähen und quilten, eine Technik, die in den USA sehr beliebt ist. Man näht Stoffteile zu gigantischen Patchwork-Decken zusammen, was hohe Anforderungen an die Hardware stellt. Die 830 ist deshalb in Amerika ein Verkaufshit und habe die Firma übers Konjunkturtal hinweggetragen, sagt man uns beim Besuch am Hauptsitz.

Wir haben ein Projekt mitgebracht und wollen das *Weltwoche*-Logo auf eine Freitag-Tasche sticken. Wir setzen uns vor die Bernina 830 und sind beeindruckt: Ein 7-Zoll-Farb-Touchscreen, drei USB-Anschlüsse, LED-Beleuchtung, das ist so gar nicht, was man vom Handarbeitsunterricht erwartet. Wer eine 830er kauft, bekommt selbstverständlich einen Einführungskurs dazu. Wir haben zwar schnell gelernt, wie man einen Faden einfädelt, dabei hilft einem

das Gerät sehr. Aber für die Bedienung über den berührungsempfindlichen Bildschirm ist ein Kurs sinnvoll. Allein 612 Stichmuster und 550 Schriftzeichen stehen zur Verfügung. Dazu 150 Stickmotive, die sich mit der Stick-Software unendlich erweitern lassen.

Zum Glück bekommen wir fachkundige Unterstützung aus dem sympathischen Bernina-Nähatelier. So können wir nach einigen Vorbereitungsarbeiten dabei zusehen, wie unsere in einen grossen Stickrahmen eingespannte Freitag-Tasche beschrieben wird. 15165 Stiche zeigt die Maschine an, dafür braucht sie rund 26 Minuten. Die 830 könnte noch schneller, bis zu 1000 Stickstiche pro Minute schafft das Gerät, das würde aber unsere Tasche perforieren. Ab und zu müssen wir neu einfädeln, und mit der Präzision eines Schweizer Uhrwerks entsteht unser Logo.

Nach einem Tag können wir zwar nicht nähen, sind aber trotzdem ein bisschen stolz auf unsere Arbeit. Falls wir uns je eine grössere Steppdecke herstellen wollen würden, wüssten wir jedenfalls schon, womit.

Bernina 830, Nähmaschine. 7-Zoll-TFT-Touchscreen. 9 mm Stichbreite, 6 mm Stichlänge, 1100 Stiche/Min. (Nähen), 1000 Stiche/Min. (Stickern), 1162 Sticharten, 360°-Richtungsnähen. Tapering-Funktion, 11 Nähfüsse. 150 Stickmotive, 10 Schriften integriert. 3 Stickrahmen (72×50, 100×130, 145×255 mm). 3 USB-Schnittstellen. Fr. 10 890.–. www.bernina.ch

Bilder auf www.weltwoche.ch/objekte-bernina



Man kann damit auch Hosen kürzen: Näh- und Stickmaschine von Bernina.

Kind im Bauch

Von Peter Rüedi



Das Meer von Chardonnay, mit dem uns das globalisierte Angebot überschwemmt, ist ja nicht nur Hamlets berühmte «See der Plagen». Natürlich gibt es auch grosse Chardonnays aus der Neuen Welt: aus Australien (Sextons Giant Steps), Südafrika (Tokara), Neuseeland (Neudorf) und aus den USA (Joseph Phelps' Freestone). Um nur ein paar zu nennen. Der Chardonnay-Urmeter steht freilich in Frankreich. Im Burgund. In Meursault, zum Beispiel. Und: Natürlich ist nicht alles Gold, was von dort ins Glas kommt. Wie in allen Vorurteilen steckt auch in diesem ein wahrer Kern: dass Burgunder erstens teuer sind und zweitens ihr Preis noch nicht einmal sicher Qualität garantiert. Wie alle Vorurteile ist es leicht zu bestätigen und leicht zu widerlegen. Die Ikonen von Meursault, schon wahr, sind sauteuer bis unerschwinglich bis unauffindbar – die Weine von (u. a.) Comtes Lafon, Guy Roulot, Coche-Dury (s. *Weltwoche* 22/09). Allein, auch jemandem, der nicht in der Liste der hundert reichsten Schweizer aufscheint, von weissen Burgundern aber dennoch nicht lassen kann, ist zu helfen. Vorausgesetzt, er weiss, dass es nirgends so wichtig ist wie hier, den Produzenten zu kennen, die Tradition eines Hauses und seine Verlässlichkeit. Zum Beispiel Michel Bouzereau et Fils in Meursault. Der Sohn heisst Jean-Baptiste und leitet den Zwölf-Hektaren-Betrieb in der elften Generation. Eine solche biblische Genealogie ist noch keine Garantie, wohl aber ein Indiz: Da hat einer nicht nur als Individuum einen Namen zu verlieren, sondern gleich den einer ganzen Familiengruft. Der Meursault «Grands Charrons» 2004 macht ihm alle Ehre. Und dem der Traube auch. Von keiner der drei allerersten Lagen, dazu aus einem schwierigen Jahr (viel Hagel), ist er ein besonders inspiriertes Beispiel purer Chardonnay-Expression. Eine kreative Interpretation von Meursault-Tradition. So lang auf den Hefen wie ein Kind im Bauch der Mutter, etwas im Holz (*ma non troppo*), ist er, nunmehr im fünften Jahr, in der Nase und am Gaumen von einer fabelhaften Frische, Eleganz und Balance. Ein grosser Wein zu einem sehr humanen Preis. Eine veritable Trouvaille.

Michel Bouzereau et Fils: Meursault Les Grands Charrons 2004. 13,5%. Wermuth, Zürich. Fr. 37.70 (www.wermuth.ch/info@wermuth.ch)

Bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Dan Brown:** *The Lost Symbol* (Bantam)
- 2 (2) **Hugo Loetscher:** *War meine Zeit meine Zeit* (Diogenes)
- 3 (3) **Cecelia Ahern:** *Zeit deines Lebens* (Krüger)
- 4 (-) **Paulo Coelho:** *Der Sieger bleibt allein* (Diogenes)
- 5 (-) **Sophie Kinsella:** *Charleston Girl* (Manhattan)
- 6 (4) **Peter Stamm:** *Sieben Jahre* (Fischer)
- 7 (5) **William P. Young:** *Die Hütte* (Allegría)
- 8 (6) **Charlotte Link:** *Das andere Kind* (Blanvalet)
- 9 (8) **Joy Fielding:** *Im Koma* (Goldmann)
- 10 (7) **John Grisham:** *Der Anwalt* (Heyne)

Sachbücher

- 1 (1) **Guinness-Buch der Rekorde 2010** (F. A. Brockhaus)
- 2 (2) **Duden:** *Die deutsche Rechtschreibung* (F. A. Brockhaus)
- 3 (3) **Eckart von Hirschhausen:** *Glück kommt selten allein...* (Rowohlt)
- 4 (6) **Jean Ziegler:** *Der Hass auf den Westen* (Bertelsmann)
- 5 (-) **Heinz Gallmann:** *Zürichdeutsches Wörterbuch* (NZZ Libro)
- 6 (-) **Maya Onken:** *Heissssss* (Xanthippe)
- 7 (5) **Yangzom Brauen:** *Eisenvogel* (Heyne)
- 8 (4) **Teresa Fortis:** *Lockruf Saudia* (Woa)
- 9 (10) **Mikael Krogerus, Roman Tschäppeler:** *50 Erfolgsmodelle* (Kein & Aber)
- 10 (-) **Rhonda Byrne:** *The Secret – Das Geheimnis* (Goldmann)

Quelle: Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband SBVV/Media Control

Apropos: Liliane Lerch

Vor zehn Jahren erhielt sie als kreativer Kopf der europäischen Smart-Einführungskampagne einen Werbepreis nach dem andern. Dann zog Liliane Lerch, für viele überraschend, nach Los Angeles, später in die Mojave-Wüste. Was macht eine höchst erfolgreiche Schweizer Werberin in der kalifornischen Wildnis? Sie beantwortet die Frage in ihrem ersten Roman: der grossen Liebe über die Stiefel stolpern. Verächter von Liebesromanen können ruhig weiterlesen: Das Buch («Datura», Atrium-Verlag) enthält nicht eine Zeile Schmalz. Und ebenso wenig Tragik, obwohl der Mann, in den sich die Protagonistin Emma verliebt, todkrank ist. Ihre Freunde fragen: «Ja lohnt sich denn das? Das hat doch gar keine Zukunft.» Liliane Lerch findet die Frage verständlich und trotzdem falsch: «Leben heisst doch nichts anderes, als zu erfahren, wie du mit dem umgehst, was dir hingeworfen wird. Und eine grosse Liebe ist zu selten, als dass man sich leisten könnte, sie nicht zu leben.» (bes)

Literatur

Der vergiftete Wald

Mit dem übersinnlichen Horrorthriller «Glister» erweist sich der schottische Schriftsteller John Burnside als einer der brilliantesten und entsetzlichsten Romanciers unserer Zeit. Von Markus Gasser

Nachdem seine Mutter 1977 inoffiziell an gebrochenem Herzen gestorben war und sein Vater ihm vorwarf, er allein sei verantwortlich für ihren Tod, half sich der damals 22-jährige John Burnside mit den Krebsmedikamenten seiner Mutter über die Begräbnisrituale hinweg und bereute es, dem Vater vor Jahren nicht mit dem Küchenmesser den Garaus gemacht zu haben. Als der ihm dann doch endlich unter die Erde kam, waren beide dankbar, Vater wie Sohn. Der Vater aber brannte gleich glühender Kohle in ihm fort.

In seinem Fischerdorf auf der Halbinsel Fife an der schottischen Ostküste werden jeden Oktober überall Feuer entfacht, um den wiederkehrenden Toten durch Regen und Wind und den wegsterbenden Sommer den Weg zu weisen auf ihrer Suche nach den ihnen vertrauten Orten; auch Burnside begeht daheim still für sich sein Halloween und wartet bis kurz vor Tagesanbruch auf all jene, die er liebte und verloren hat. Doch ist es seit Jahrzehnten – verrät er in seinen Memoiren «A Lie About My Father» 2006 – immer nur diese eine Stimme, die ihn aus der Finsternis wissen lässt: «Mach dir nichts vor. Du bist wie ich.» Wieder einmal hat ihn die Seele des Vaters ausfindig gemacht.

Der whiskyirre Vater

Ein agiler Zombie aus Alkohol und Gewalt, hatte der ihn einst verflucht dafür, überhaupt geboren worden zu sein, während zwei seiner Geschwister gestorben waren, und Burnside glaubte, ein Teil seiner Seele sei mit den beiden ins Jenseits gegangen als Pfand dafür, dass er im Sauerstoffzelt gerade noch mit etwas Leben davongekommen war. Der Vater verbrannte seinen Teddybären, sobald er seinen John zu alt dafür wählte; und die Mutter drängte ihn, in die Wälder zu fliehen, als er reif genug war, von seinem whiskyirren Vater und dessen Saufkumpanen misshandelt zu werden. Die Wälder von Cowdenbeath waren Johns Zufluchtsort: eine Welt aus bizarr verwunschener Schönheit und nackt kreatürlichem Schmerz.

Nachts auf dem Fenstersims hockend, hörte er den in den Wäldern draussen paarweise jagenden Eulen zu und streifte tagsüber mit den ortsüblichen Jugendbanden, die geübt waren im zärtlich findigen Foltern von Katzen, durch dieses Laublabyrinth streunender Hunde, verwester Tiere und unirdisch arrangierter Bäume, von denen starr verrenkt tote Ratten und

Krähen an Bindfäden hingen wie Skulpturen, die ein auf Avantgardekunst spezialisiertes Museum in Auftrag gegeben hat. Irgendwo dort tief im Dunkeln verborgen würde der Eingang zu jenem Geisterreich zu finden sein, in dem seine ungeborenen Geschwister glücklich waren und wirklicher als selbst sein Vater und das Horrorloch Fife um ihn her.

Ein Toter wie ein Weihnachtsgeschenk

Vor der Schule versteckte sich Burnside in der Gemeindebibliothek und las Poe und Proust; mit achtzehn trat er seine «Pilgerfahrten» ins Vergessen mit Cocktails aus Wein, Speed und Barbituraten an, und selbst Jahrzehnte später, als er einer der gefeiertsten Dichter Schottlands war, konnte es ihm unterlaufen, dass er plötzlich seiner Sehnsucht nachgab, zu fallen, als wäre Whisky das Tor zum Limbus der geliebten Toten – nur um sich nach Tagen in einem fremden Apartment unter Fremden wiederzufinden, beschämt, vertrocknet und ohne Erinnerung. Zuweilen fühlt er im Schlaf noch heute eine Kreatur, die sich aus ihm heraus erhebt, Platz nimmt neben ihm, ihn belauert und auf ihr Existenzrecht pocht: «Lass mich jetzt raus.» Doch wozu? Um sich die übrigen Gehirnzellen wegzusauen? Oder ist da noch mehr? Nichts blieb Burnside erspart, und nichts blieb ihm fremd: ein Schriftsteller zum Fürchten.

Und zum Staunen. Andere verfügen über fünf Sinne, er über mindestens sechs. Als er Mitte der 1990er Romane zu schreiben begann, verlieh er dem Genre des Horrorthrillers den feinnervig fiebernden Glanz seiner Lyrik von derart schmerzhafter Eindringlichkeit, dass aus ihr selbst der Herzschlag eines Eichhörnchens herauszuhören war, und gewährte dem poeschen «Dämon des Perversen» in sich dabei Auslauf genug: Seine von geistig Derangierten bevölkerte Welt ertrug man nur, weil man mit somnambuler Konzentration zugleich an jeder Zeile hing. Es gibt Romanideen, die zu entsetzlich sind, als dass man sie noch in die Tat umsetzen könnte – doch Burnside kann.

Fassungslos vor Grauen und heimlichem Einvernehmen mit dem Täter, findet der Polizist John Morrison in «Glister» an Halloween im verseuchten Wald um die aufgelassene Chemiefabrik von Innertown in Fife einen fünfzehnjährigen Jungen an den Ast eines Baumes gekreuzigt, zärtlich mit Lametta herausgeputzt wie ein Weihnachtsgeschenk: In den toten Augen des Opfers schimmert Erleichter-



Zum Fürchten: Schriftsteller Burnside.

rung. Der märchenmonströse Unternehmer der Stadt, Brian Smith, drängt Morrison, auch die fünf folgenden Ritualmorde zu vertuschen: Die Kids hätten – rette sich, wer kann – die Stadt verlassen. Die Alten, spirituosen grau, krebbskrank und fernsehstüchtig, sind für jede Flucht zu apathisch, und die Jungen verwildern rattenjagend im vergifteten Wald drauflos; nur der fünfzehnjährige Leonard Wilson findet, beraten von John, dem Gemeindebibliothekar, neben sadomasochistischen Zärtlichkeiten Trost bei Poe und Proust, schlachtet, in den Bannkreis einer Jugendbande geraten, den pädophilen Täter Andrew

Rivers hin – und ahnt, dass Rivers gar nicht der Killer ist. Wer aber dann?

Jeden Herbst taucht in Fife ein grundsympathischer Ökologe auf, den Leonard den Moth Man nennt: Ihm taumeln die Schmetterlinge so bereitwillig ins Netz, als liessen sie sich mit Absicht fangen – so ist es den sechs Jungen ergangen, und so willig wird Leonard auch des Moth Man siebentes Opfer. Während sein Körper gekreuzigt am Dachbalken der Chemiefabrik hängt, betritt er den lichten Limbus vor seiner Geburt: All das hätten sich Stephen King und Cormac McCarthy zusammen nicht ausdenken können – und die Pointe schon gar nicht.

Denn «Glister» ist von Anfang an aus der Sicht des toten Leonard erzählt, der in das Bewusstsein jedes Stadtbewohners eindringen kann, im Erzählen das Erzählte zu vergessen beginnt und mithin Burnside's Urtraum erfüllt, endlich in das Geisterreich seiner Geschwister eingehen zu können. Polizist Morrison indes wird, ein Geschenk des Moth Man an Leonard, lebendig in Gips eingemauert, und mit ihm sollen auch wir bestraft werden dafür, den «Mächtigen die Stange zu halten» und Kollaborateure des Elends anderer zu sein – obwohl, gesteht Leonard ein, wir den Opfern nicht wirklich helfen und auch «der Vernichtung des Regenwalds» nicht Einhalt gebieten können.

Er schreibt keine Romane, er verübt sie

Einerseits sollten wir, andererseits können wir nicht – so weit, so paradox. Burnside ist schon immer zu weit gegangen, und so quält uns «Glister» mit dem Terror eines bereits abgelaufenen Ultimatums: Wie bei jenen Naturfreunden, die am Schluss eines Tierfilms begeistert unseren Untergang herbeifabeln, auf dass die bedrohten Arten uns überdauern mögen, hat die Menschheit bei Burnside kaum Anrecht auf Leben mehr. Er kartografiert all die Zeitgeistphobien, die uns umschwärmen wie die Gerüchte um die Chemiefabrik in Innertown, Serienmörder, böse Kapitalisten, Geheimlabors zur Produktion chemischer Waffen und die Durchseuchung der Natur. Zuletzt aber wächst sich sein vergifteter Wald zur Welt an sich aus: derart düster und der Rettung unwürdig, dass die Ermordung der Jungen wie ein Gnadentat und der onkelfreundliche Serienkiller Moth Man als altbiblischer Racheengel und Erlöser erscheinen kann, der den Polizisten Morrison mit überschwänglicher Perfidie dafür zu Tode quält, dass er es unterliess, seiner habhaft zu werden.

Wie sein schottischer Vorfahre Robert Louis Stevenson hat Burnside damit teil am Bösen, das er zum Guten beschwört: Er ist Jekyll und Hyde, Leonard und John, der bekiffte Bibliothekar, Morrison und der Moth Man in Personalunion, versteht sie alle von Grund auf und überlässt die Vergebung unserer Sünden den «Gottes Luft» atmenden Toten. Burnside schreibt keine Romane: Er verübt sie. Ein Überwältigungsartist, zwingt er uns, die Lektüre von «Glister» in einer einzigen Nacht gipssteif im Bett zu vollenden, nur damit wir den Roman erneut lesen müssen und uns schon vor dem ersten Kapitel fürchten. Burnside hat in «Glister» den Horrorthriller zum Höhepunkt und mit dem scharfgeschliffenen Draht seiner stilistischen Meisterschaft an sein Ende gebracht: Es verwundert nicht, dass er selbst vor dem Tod keine Angst mehr hat.

John Burnside: Glister. Roman. Aus dem Englischen von Bernhard Robben. Albrecht-Knaus-Verlag. 287 S., Fr. 36.90

Hymniker al fresco

Von Peter Rüedi

An seinem Klang hat Jan Garbarek ein Leben lang gearbeitet. Er hat ihn gehärtet und geschärft wie ein japanischer Messermacher seinen Stahl. Sein Saxofonspiel hat er immer mehr auf diesen Klang zentriert, ihm zunehmend alles Ornamentale abgeschminkt, bis er am Ende bei dieser lapidaren schneidenden Unfraglichkeit anlangte, der Intensität, die ihm den Ruf des grössten Hymnikers nach Coltrane eintrug. Bei den einen. Für die andern ist er mit seinem Drang zur triumphalen Melodie eine Art *terrible simplificateur*, wenn nicht gar ein Kitscher. Sein Image des reinen Klaren aus dem hohen Norden überwiegt. Er selbst dagegen meinte einmal, seine Musik sei «ein totaler Bastard. Sie hat Elemente des Jazz, oder besser: Sie wäre nicht so, wenn ich in frühen prägenden Jahren nicht Jazz gespielt hätte. Es gibt in ihr viel Volksmusikalisches, Anklänge an klassische Musik, es gibt Elemente aus der Popmusik, und schliesslich reflektiert sie ethnische Musiken aus aller Welt. Sie ist auf eine ausgesuchte Weise <unrein>. In allen genannten Bereichen gibt es Leute, die ablehnen, was ich mache.» Den Norweger mit polnischen Wurzeln schert das wenig. Zahlreicher sind ohnehin seine Bewunderer – aus allen genannten Lagern die Nicht-Puristen. Garbarek gehört zu den Musikern, die mit dem ersten Ton zu erkennen sind. Wie vor Zeiten Johnny Hodges hat er seine ganze Persönlichkeit in diesen Sound hineinkomprimiert. Wie der Coltrane der Balladen. Seine Kritiker sehen in Garbareks Breitenwirkung das Indiz für einen Verrat an der Kunst. Sie verkennen, dass diese (zugegeben mehrheitsfähige) Einfachheit das Resultat eines langen Prozesses ist. Das letzte Album seiner Jan Garbarek Group erschien vor sechzehn Jahren. Jetzt präsentiert er zum ersten Mal überhaupt einen Live-Mitschnitt, ein Dresdener Konzert des neuen Quartetts mit Rainer Brüninghaus, dem Bassisten Yuri Daniel und dem explosiven Drummer Manu Katché von 2007. Die gut zwei Stunden Musik sind ein grosser Flug durch bekannte Titel und neue Kompositionen – ein kühn und al fresco hingeworfenes Espresso. Jedem Garbarek-Skeptiker zu empfehlen.



Jan Garbarek Group in
Concert: Dresden. 2-CD-Set
ECM 2100/01 2709572

Die Unsichtbare

Dialogwitz und charmantes Spiel: «Giulias Verschwinden» ist eine gelungene Schweizer Komödie. Von Wolfram Knorr



Ab fünfzig wird man unsichtbar: Corinna Harfouch als Giulia.

Alle sitzen sie in der Falle, und sie wissen es: Die Teenies, die froh sind, noch nicht zwanzig zu sein. Giulia, die zur Feier ihres Fünfzigsten unterwegs ist. Die Siebzigjährige, die auch zu einem runden Geburtstag will, und die Mittvierziger- und Endvierziger-Freunde Giulias, die sich fürs Geburtstagsfest aufbrezeln, um ihr eigenes Alter ein bisschen vergessen zu machen. Doch eben, sie sitzen alle in der Falle, vor allem in den Schubladen der Vierzig-, Fünfzig-, Sechzig-, Siebzig- und Achtzigjährigen. Und Giulia, die an diesem Abend in die Schublade «fünfzig» gesteckt werden soll, verweigert sich. Im Bus, im Gedränge junger Menschen, macht sie eine schreckliche Erfahrung: Ab fünfzig wird man unsichtbar.

Aus dieser Pointe bezieht «Giulias Verschwinden», der jüngste Film von Christoph Schaub («Jeune Homme») und Drehbuchautor Martin Suter, seinen schmetterlingsleichten Humor. Nicht, dass man ab fünfzig tatsächlich unsichtbar wird, behaupten Suter und Schaub, sondern dass sich die Altersgruppe eine Wahrnehmungsunschärfe einbildet. Genau daraus filtert Suter seine zum Teil hinreissenden Dialog-Volten, und Schaub ergänzt sie mit scharf beobachteten Zügen der unter letaler Sichtbeschränkung leidenden Pappenheimer.

Komödiantischer Höhepunkt ist der Freundeskreis, der sich im Restaurant zusammenfindet, sich belauert und gegenseitig hoch-

nimmt. Da entsteht eine herrlich gescheite Verbal-Choreografie der Selbsttäuschungen und Verspottungen. Und je länger die Freunde aufs Geburtstagskind warten müssen, umso tiefer rutschen sie in die Falle ihres Alters, die sie üblicherweise kommod ausblenden. Bestsellerautor Martin Suter («Lila, Lila») hat mit seiner «Business Class» bewiesen, dass er ein begnadeter Dialogschreiber ist (in der Schweiz sowieso eine Rarität).

In «Giulias Verschwinden» wirkt allerdings die sutersche Kunst mit den vielen Parallelhandlungen zu repetitiv. Die Jungen, die Mittleren, die Alten, alle haben sie nur ein Thema: das Altern. Das ist in den einzelnen Episoden witzig. In der Gesamtheit aber hat das dramaturgische Konzept einen Hauch von Reissbrettentwurf. Nur der Fremde, den Giulia kennenlernt, redet ironisch von der Alterslosigkeit. Aber der ist auch der einstige Engel über Berlin. Jetzt ist er nach Zürich gekommen, um eine schöne Frau von ihrem Altersproblem zu erlösen. Klar, das kann nur Bruno Ganz sein. Christoph Schaub hat alle Rollen glänzend besetzt, mit Corinna Harfouch als Giulia; mit Stefan Kurt, Sunnyi Melles, Daniel Rohr, André Jung und anderen. Eine, trotz Einwänden, wunderbare Schweizer Komödie.

Giulias Verschwinden
Regie: Christoph Schaub. Schweiz, 2009

Fototermin

Ein Fussballstar und eine Beinah-Miss-Swiss: So ein Hochzeitsfoto muss perfekt aussehen. Vor allem, wenn es ein Titelblatt werden soll. «Doppelpass», Folge 45.
 Von Charles Lewinsky

«Süss», sagte Klara Holzer.

«Total verkrampft», sagte Kurt Schädler. «Ein Gesicht, als ob es hier nicht um seine Hochzeit ginge, sondern um eine Hinrichtung.»

Aber genau das fand Klara Holzer so süss. Dass Männer immer so niedlich verlegen kuckten, wenn sie sich einmal elegant anziehen mussten.

«Niedlich hin oder her.» Kurt Schädler war heute wieder mal besonders schlechter Laune. «Ich kann keine Bilder abliefern, auf denen der Bräutigam aussieht, als ob er die Hosen voll hätte.»

Klara Holzer lachte, und Tom Keita versuchte mitzulächeln. Nicht weil ihm darum zumute war, sondern weil er hoffte, die unangenehme Situation so schneller hinter sich zu bringen. Es war ihm einfach nicht wohl. Der weisse Seidensmoking mit dem diskreten Edelweissmuster mochte lange nach Mass geschneidert sein, er fühlte sich darin trotzdem wie in einer Zwangsjacke. Und die Frage, wo er mit seinen Händen hin sollte, wurde mehr und mehr zu einem unlösbaren Problem.

«Lehnen Sie sich einfach ganz locker an», hatte Klara Holzer gesagt. Das klang so einfach und war so schwierig. Wie lehnt man sich ganz locker im Licht von fünf Scheinwerfern an eine lebensgrosse Plastikkuh, die vor einem gemalten Panorama von Eiger, Mönch und Jungfrau steht?

Wenn doch nur Claudia schon da gewesen wäre! Aber die sass – seit Stunden, kam ihm vor – in ihrer Garderobe vor dem Spiegel und war mit ihrem Make-up immer noch nicht zufrieden. Darum hatten sie seine Fotos ja vorgezogen, obwohl letzten Endes natürlich nur eine Aufnahme wichtig war: das Doppelpor­trät von Claudia und ihm als glücklichem Ehepaar. Das Bild, das auf dem Titelblatt der *SI* erscheinen sollte.

Ein Titelblatt! Für ein Titelblatt hätte sich Claudia auch verhaften lassen wie Roman Polanski. Sie konnte sich kein erstrebenswerteres Lebensziel vorstellen, als von jedem Kiosk der Stadt in den Verkehr hinauszulächeln. Darum hatte sie auch zugestimmt, die Hochzeitsfotos schon ein paar Wochen im Voraus zu machen, obwohl das doch nach dem alten Aberglauben nur Unglück bringen konnte. Aber man musste einer Klara Holzer und ihren



Produktionsfristen schon ein bisschen entgegenkommen, wenn man wirklich prominent werden wollte. Und überhaupt: Der Renzo Blumenthal hatte seine Hochzeit auch exklusiv an die *SI* verkauft. Warum sollte das also für sie beide falsch sein?

Und darum stand Tom Keita jetzt vor dieser blöden Plastikkuh und versuchte zu lächeln.

«So hat das keinen Sinn», sagte Kurt Schädler resignierend. «Wenn ich per Photoshop aus dieser Grimasse ein seliges Lächeln machen will, kündigt mir mein Computer wegen seelischer Grausamkeit.» Er schaltete die Musik aus, mit der er vergeblich versucht hatte, Tom Keita in eine hochzeitsgemäss glückliche Stimmung zu versetzen. André Rieu verstummte mitten im Dreivierteltakt.

«Aber wir werden doch nicht fertig», jammerte Klara Holzer.

«Ich bin fertig», knurrte der Fotograf. «Fix und. Warten wir, bis seine Alte kommt, dann wird das schon werden. Und überhaupt brauche ich jetzt erst mal eine Zigarette.» Und damit marschierte er aus dem Fotostudio.

Klara Holzer schickte sich in das Unvermeidliche. «Ein Püschchen wird uns allen guttun. Ich mache ganz, ganz schnell ein Telefon, und bis dann wird die liebe Claudia ganz bestimmt auch so weit sein. Nehmen Sie doch so lang hier Platz, lieber Tom. Wir haben etwas Feines zum Knabbern für Sie vorbereitet. Und selbstverständlich etwas zum Lesen.»

Die Knabberei bestand wie immer aus Sushi. An solchen Orten gab es das jedes Mal. Wahrscheinlich, weil Sushi nichts Billiges war und man demonstrieren wollte, dass man sich die

Gastfreundschaft etwas kosten liess. Er setzte sich in einen der gelb überzogenen Sessel, ganz vorsichtig, um keine Falten in den Smoking zu machen. Auf einem niedrigen Tischchen lagen fächerförmig angeordnet alle Zeitschriften des Verlags. Und der *Blick*. Das war genau, was er brauchte.

Er schlug die Zeitung auf – zum Glück hatten sie jetzt wieder dieses grössere Format! – und legte sie sich über die Knie. Bloss kein Fleck auf den weissen Seidenhosen! Das würde ihm Claudia nie verzeihen.

Er streckte gerade seine Hand nach einem Sushi mit Aal aus, seiner Lieb­lingssorte, als er plötzlich erstarrte. Auf der Zeitung­seite, die er ganz zufällig aufgeschlagen hatte, war ein Foto zu sehen. Eine Gruppe von Männern vor einer Kapelle. Und genau in der Mitte ...

Das war doch ...

Ja, das war doch ...

Tom sprang so hastig auf, dass er das kleine Tischchen umstiess. Die Platte mit den Sushis landete auf dem Boden. Aber das war jetzt nicht wichtig.

«Claudia!», rief er und rannte auf den Gang hinaus. «Claudia! Ich habe ihn gefunden!»

Als er in ihre Garderobe stürmte, drehte Claudia den Kopf nur mit einer ganz winzigen Bewegung. Man muss stillhalten, wenn man geschminkt wird. Aus der Mona Lisa wäre auch nichts geworden, wenn ständig jemand an der Staffelei gerüttelt hätte.

«Bist du schon fertig mit deinen Fotos?», fragte sie. Die Worte waren kaum zu verstehen, weil sie versuchte, den Mund dabei so wenig wie möglich zu bewegen.



Sie sah ein bisschen seltsam aus, fand Tom, als ob jemand eine Puppe aus zwei ganz verschiedenen Teilen zusammengesetzt hätte. Ihre untere Hälfte war in einen schlabberigen violetten Morgenmantel gehüllt, während sie vom Hals aufwärts so perfekt hergerichtet war, als müsste sie gleich auf einem roten Teppich in die jubelnde Menge lächeln.

Das Hochzeitskleid hing, immer noch in seiner Plastikhülle, an einem Bügel.

«Schau dir das an!»

Claudia versuchte über die hingestreckte Zeitung weg weiter in den Spiegel zu schauen.

«Nicht jetzt, Schatz! Du willst doch nicht, dass ich auf unserem Hochzeitsfoto aussehe wie eine alte Frau.»

«Wir können gern eine Pause machen», sagte die Maskenbildnerin eifrig. Sie machte einen recht gestressten Eindruck. «Wenn Sie mit Ihrem Mann etwas zu besprechen haben ...»

«Noch ist er nicht mein Mann. Und wenn Sie die Frisur nicht besser hinbekommen, werden wir die Hochzeit wohl verschieben müssen.» Tom kannte den überfreundlichen Tonfall. Claudia benutzte ihn immer, wenn sie ernsthaft genervt war.

«Jetzt schau doch!»

Claudia atmete tief aus, und jede Frau der Welt hätte verstanden, was diese Andeutung eines Seufzers bedeuten sollte: Männer haben einfach keinen Sinn für Prioritäten – aber was kann man machen?

Die Maskenbildnerin benutzte die Gelegenheit und rettete sich aus der Türe.

«Was ist denn?» Der demonstrativ geduldige Ton war bei Claudia immer ein Zeichen höchster Ungeduld.

«Das ist er!»

«Wer?»

«Mein Vetter! Hier auf dem Foto!»

Claudia fasste die Zeitung mit ganz spitzen Fingern, die durch die perfekt manikürten Nägel noch länger wirkten.

«Das ist er nicht», sagte sie.

«Ich werde doch meinen eigenen Vetter erkennen!»

«Eine zufällige Ähnlichkeit. Schau dir nur seine Hand an! Dem Mann auf dem Foto fehlt ein Finger. Und dein Vetter ...»

«Vielleicht hatte er einen Unfall.»

«Vielleicht.» Wenn Claudia ihr sarkastisches Gesicht aufsetzte, wurden ihre Lippen immer ganz schmal. «Aber selbst wenn er es wäre – und ich bin sicher, dass du dich irrst –, kannst du froh sein, dass er sich nicht mehr bei dir gemeldet hat.»

«Froh?»

«Hast du denn den Text unter dem Bild nicht gelesen?»

Tom Keita musste zugeben, dass er den Text nicht gelesen hatte.

«Kirchenbesetzung. Illegaler Protest. Widerstand gegen die Staatsgewalt.»

«Das heisst: Er ist in Schwierigkeiten. Also muss ich sofort hinfahren und ihn unterstützen.»

«Nein, das heisst: Du musst vergessen, dass du ihn jemals gekannt hast. Wenn er es überhaupt ist.»

«Er ist es!»

«Und selbst wenn ... Ich habe dir von Anfang an gesagt: Mit diesem Mann will ich nichts zu tun haben.»

«Er stammt aus meinem Dorf!»

«Wenn es ein Kinderschänder aus deinem Dorf wäre – würdest du dich dann auch für ihn verantwortlich fühlen?»

«Die Frage ist völliger Unsinn. Er ist kein Kinderschänder!»

«Woher willst du das wissen?»

Eigentlich war es ja schade, dass Kurt Schädler irgendwo draussen seine Zigarette rauchte. Hier vor dem grossen Garderobenspiegel hätte sich seiner Kamera ein interessantes und ungewöhnliches Motiv geboten: eine perfekt frisierte und gestylte blonde Frau in einem violetten Morgenmantel in heftiger Diskussion mit einem aufgeregten dunkelhäutigen Mann im weissen Smoking. Allerdings wäre das Resultat für eine SI-Reportage über ein glückliches junges Ehepaar wohl kaum zu brauchen gewesen.

Sonst hatte Claudia ihren Tom immer ganz gut im Griff, mit vernünftigen Argumenten oder, wenn ihr keine einfielen, mit dem unschuldig hilflosen Lächeln, das ihm an ihr so gefiel.

Aber heute versagte das Lächeln seinen Dienst, und ihre Argumente schien er gar nicht zu hören. Und dabei waren die doch wirklich einleuchtend. Man musste nur einmal überlegen, was Eidenbenz wohl zu dieser illegalen Aktion sagen würde, zu dieser Kirchenbesetzung, und was zu einem Spieler seines Klubs, der sich mit diesen Illegalen solidarisierte.

«Vergiss die ganze Sache!», sagte Claudia. «Der Mann kann dir nur schaden.»

«Darauf kommt es nicht an! Er ist ein Freund!»

Die zu gross geratene Geste, mit der Tom bei diesem Satz eine ganze Kollektion von Schönheitsprodukten auf den Boden fegte, war keine Absicht gewesen. Aber sie tat ihm seltsam wohl, und so pfefferte er auch noch eine Dose mit Haarspray hinterher. Claudia überlegte kurz, ob sie ihre letzte Waffe, einen Schwall von Tränen, einsetzen wollte. Aber sie liess das dann doch lieber bleiben. Dafür war die Maquilage einfach zu aufwendig gewesen.

Als Klara Holzer aus ihrem Büro zurückkam, bot sich ihr ein unerwarteter Anblick. Tom war nirgendwo zu sehen, und Claudia sass wie eingefroren vor ihrem Spiegel und zupfte an einer Haarsträhne herum.

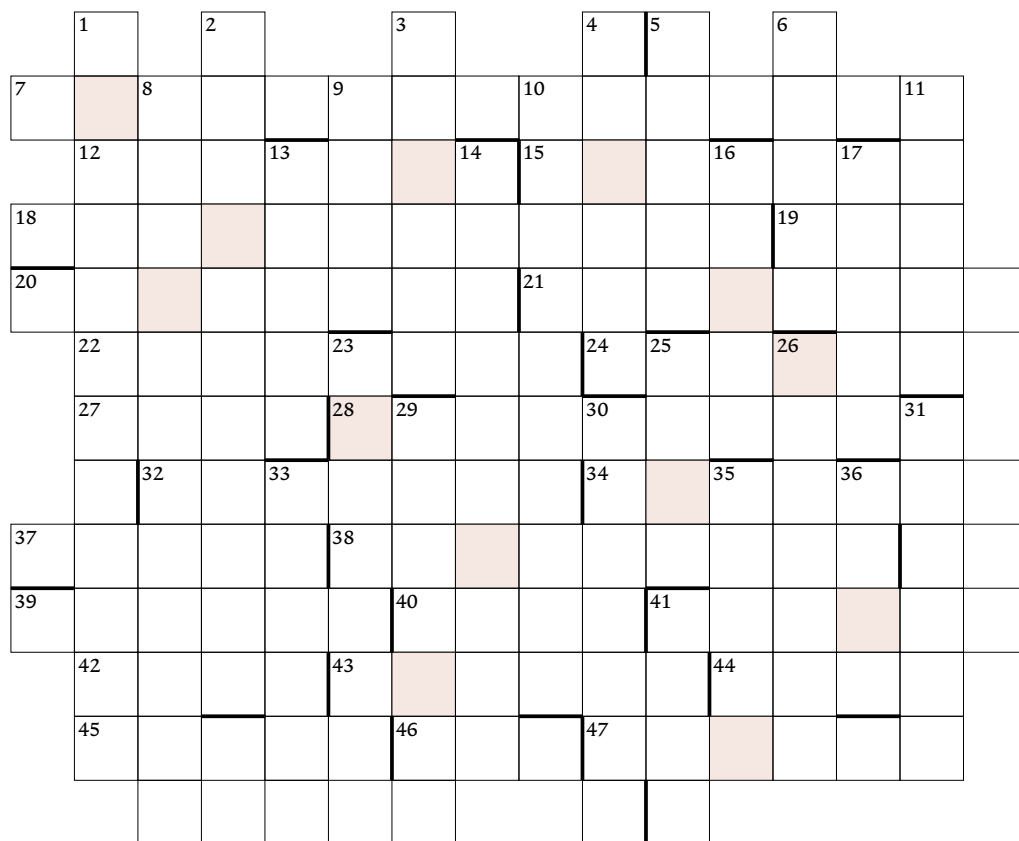
«Wo ist denn Ihr lieber Mann geblieben?», fragte Klara.

«Mein Mann?», sagte Claudia, und mit ihrem Lächeln hätte man Glas ritzen können. «Ich habe keine Ahnung, wen Sie meinen.»

Folge 46 des Fortsetzungsromans in der nächsten Weltwoche

Im Internet

Alle Folgen auf www.weltwoche.ch/doppelpass



Lösungswort — Umspannend ist er nicht unspannend

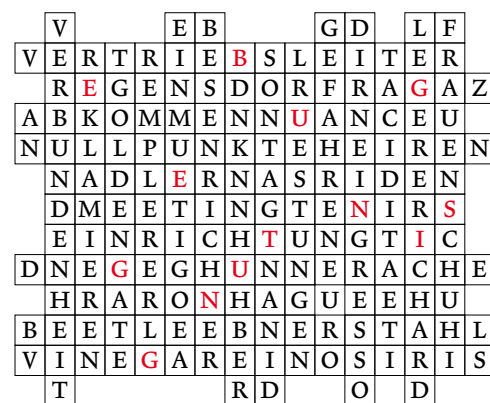
Die eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 7 Schlüpfrige Struktur eines elektrischen Strichs. 12 Ist Italienern in der Tat hilfreich. 15 Werden sich und grauen Katzen um die Ohren geschlagen. 18 Hafenstadt auf gut Glück oder gut Abenteuer. 19 Italiens kollektives Ego. 20 Der antiblockierte Gebäudeflügel ist nur gedacht. 21 Hat man einen weiten Weg gemacht, ist man soweit wie weggemacht. 22 Ein Herr mit territorialer Befehls- und Jassgewalt. 24 Wird von Briten und Franzosen gleichermaßen angestrengt. 27 Er gehört zu den grossen Akteuren der Bibel. 28 Sie sind etwa so häufig wie Tartaneier. 32 Was dem Pult zur Schleuder fehlt, ruiniert den liederlichen Teil. 34 Ist die Liegenschaft ihrem Wesen nach. 37 Schokopastillenherkunft. 38 Erdfarben bekommt der Armknochen das Flattern. 39 Wir schauen hier nicht faul Reh & Hirsch aufs Maul. 40 Apples rot gekreuzte Insel? 41 Einer der drei Reinen. 42 Empfangszimmern fehlt das A und O. 43 Schweizer Pufferzonengericht. 44 Nicht so grober Grubber. 45 Gestochene Narben im Grün. 46 Kurze Proteinsyntheseverantwortliche. 47 Wie Shakespeares Luftgeist wäscht, wenn der Slogan lügt.

Senkrecht — (v. h. = von hinten) 1 Beutelalternative für Sauger. 2 Der Pferdefreund brachte den übersetzten Namen seiner Mutter in die königliche Ehe. 3 Lebend, im übertragenen Sinn. 4 Ein Burgunder liebender Schönlings ist ihm innewohnend. 5 Träge ist, was rückwärts südlich fährt. 6 Akustisch wächst 4 Senkrecht hier im Garten. 8 27 Waagrecht muss dabei aufpassen, dass er nicht die Kurve kratzt. 9 Der Waschbefehl wird heiss bei Rätoromanen. 10 Sie lassen Raum für innere Werte. 11 Tut der Bettseicher in Bezug aufs Schwitzen. 13 Morgenstern im Morgenland. 14 Schwierigkeit des Piraten beim Herantasten. 16 Mit Latte bekommt man ihn in der Schale. 17 Compañero von caballo und alfil. 23 Dabei fühlte sich Wilhelm wie ein Kellner. 25 Internationaler Ruhmeshunger. 26 Er ist ganz Ohr fürs O in der HNO. 29 Ist von vornherein nach Capri orientiert. 30 Dafür ist bei Kräutern der Auszug die Lösung. 31 Stanzerl endete unter Parasiten. 33 Idiophones Bandeninstrument. 35 The British Empire (v. h.) oder Krach mit Ende am Anfang. 36 Ist nicht romanisch. 41 Ein einseitiger Querverweis.

© Daniel Krieg - Rätsel Agentur

Lösung zum Denkanstoss Nr. 136



Waagrecht — 8 VERTRIEBSLEITER 13 REGENDORF 16 RAGAZ (Bad ...; ragazzi = ital. Junge) 18 ABKOMMEN («vom Kurs ...») 19 NUANCE 20 NULLPUNKT («Absoluter ...» bei - 273,15 Grad) 21 EHE (wilde ...) 22 IREN 23 ADLER (Eagle = 10 Dollar (= Bucks); ...-horst) 25 NASRIDEN (Motto: «Es gibt keinen Sieger ausser Allah.») 27 MEETING (Freund Hein = Tod) 29 TENIR (= frz. halten) 31 EINRICHTUNG (ein' Richtung) 33 TIC (Tick (Trick & Track)) 34 DNEGEG (Gegend; eigentl. das Gegenüberliegende) 36 HUNNE 38 RACHE (in «Drache» u. «Rachen») 39 RARON (Rilke liegt dort begraben) 41 HAGUE (frz. Stadt «La ...»; «The ...» = engl. Den Haag) 42 EHU (Ehud) 43 BEETLE (= engl. Käfer (= bug); Beatles) 44 EBNER (Martin Mauritius ..., Schweizer Finanzjongleur) 45 STAHL 46 VINEGAR (= engl. Essig) 47 EIN («... für alle Mal») 48 OSIRIS (wurde v. Seth zerstückelt)

Senkrecht — 1 VERBUNDENHEIT 2 EINMUETIG («ein Herz u. eine Seele») 3 BESEN («Ich fress' einen ...!»; Reis...) 4 GEFAHREN (Partizip Perfekt v. «fahren») 5 DIRNE («Horizontales Gewerbe») 6 LEGERE (= lat. lesen; = frz. locker) 7 FRAUENSCHUH (Orchideenart) 9 REKLAMIEREN (Reklame) 10 REMPLER (Puff, Stoss) 11 BDNKN (bedanken) 12 SONTAG (Susan, US-Autorin † 2004) 14 GOLDENGATE (= engl. goldenes Tor; Meerenge bei San Francisco) 15 RUESTUNGEN 17 ACIDITAET (Fähigkeit, Protonen abzugeben) 24 RICHNER («Beatocello») 26 INGRESSO (= ital. Zutritt; in «Ingres so») 28 NHUUBER (Rebhuhn «Perdix») 30 RICHARD (Cliff, brit. Sänger; ... Löwenherz) 32 TNANID (Dinant) 35 ERLGE (ergibt «Regel») 37 EURO 40 OEA (alter Name v. Tripolis; Vokale in «Potentat»)

Lösungswort — BEGUENSTIGUNG

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Polymere Werkstoffe,
Feinchemikalien/Engineering



ZENITH

SWISS WATCH MANUFACTURE
SINCE 1865



EL PRIMERO

NEW VINTAGE 1969

Seit einem halben Jahrhundert gestaltet ZENITH die Zeit in einem unaufhörlichen Streben nach Perfektion. Diese Leidenschaft schuf 1969 das legendäre Werk El Primero, welches 40 Jahre später immer noch das einzige mechanische Hochfrequenzkaliber (36 000 Hs/S) mit automatischem

Aufzug ist und die 1/10 Sekunde messen kann. ZENITH und El Primero haben uhrmacherische Geschichte geschrieben und es ergänzen sich weiterhin neue Kapitel der Gegenwart und der Zukunft. Alle handgefertigten ZENITH Uhren sind mit mechanischen ZENITH Werken ausgestattet.

THE BENCHMARK.

www.zenith-watches.com